

Programm und Taktik der U. S. P. D.

in ihrer geschichtlichen Entwicklung

Rede

VON

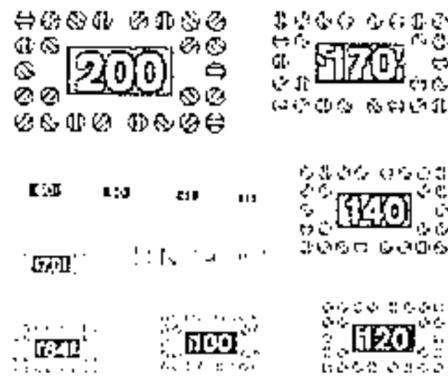
ARTHUR CRISPIEN

gehalten auf dem Leipziger
Parteitag der U. S. P. D.

(30. November bis 6. Dezember 1919)

Herausgegeben

im Auftrage des Vorstandes der U. S. P. D.



Programm und Taktik
der U. S. V. D.
in ihrer geschichtlichen Entwicklung

Rede

VON

Arthur Crispian
gehalten auf dem Leipziger
Parteitag der U. S. V. D.
(30. November bis 6. Dezember 1912)

Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der U. S. V. D.

Der Vollständigkeit halber folgt der Rede ein Anhang, in dem das Schlusswort des Referenten, der Verzicht der Redaktionskommission und das endgültig formulierte Aktionsprogramm aufgenommen sind.



A 84-2271

1. Weder sozialsozialistisch noch anarchisch, sondern marxistisch-sozialistisch.

Parteilagerinnen und Genossen! Gestern abend las ich in einer Nummer des „Berliner Tageblattes“ eine Notiz über einen Artikel, den Herr Zampfer im „Vorwärts“ geschrieben hat. Darin wurde gesagt, daß unser Parteitag endlich darüber Klarheit schaffen möge, ob die Unabhängige Sozialdemokratie noch sozialdemokratisch sei, oder ob sie sozialistisch werden wolle. Das „Berliner Tageblatt“ hat dazu bemerkt, daß auch die Demokraten ein Interesse daran hätten, daß über diese Frage von unserem Parteitag Klarheit geschaffen werde.

Diese Notiz im „Berliner Tageblatt“ scheint mir recht interessant zu sein, und zwar ziehe ich daraus den Schluß auf die Hoffnung der Sozialsozialisten und Demokraten, daß unsere Partei irgendwie Mitleid auf die bedrängte Lage der Regierungsparteien nehmen werde. (Rufe: Sehr gut!) Man hat die Hoffnung, wir könnten vielleicht doch noch unsere Geschicke mit den Geschicken der Sozialsozialisten, der Demokraten und vielleicht gar mit denen des Reichstums verquiden; wir könnten vielleicht auf dem führerlosen Statu der Regierung Platz nehmen, der dem Abgrunde zueilt. Ich habe demgegenüber die Auffassung, daß wir darauf von vornherein nur eine Antwort geben können: Wir nennen uns unabhängige Partei und sprechen damit aus, daß wir Unabhängigen eine selbständige proletarische Politik treiben, und daß wir es ablehnen, mit opportunistischen oder bürgerlichen Parteien unsere Politik irgendwie zu verquiden. (Rufe: Sehr gut!) Ich zweifle gar nicht daran, daß der Parteitag die erhoffte Klarheit restlos bringen wird. Wir werden für alle, die hören wollen, Klarheit darüber schaffen, daß wir gar keine Neigung verspüren, sozialsozialistisch zu werden.

Wir werden aber auch klar aussprechen, daß für uns nicht die Wege der Anarchisten und Syndikalisten in Betracht kommen, sondern daß wir nach wie vor unerschütterlich und unbeirrt auf dem Boden des wissenschaftlich-marxistischen Sozialismus stehen. (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich will in meinem Vortrag nachweisen, daß alles das, was Ihnen als Material zur Programmfraße vorgelegt ist, und daß auch das von der Parteileitung vorgelegte Aktionsprogramm in jedem Wort vollkommen sozialistisch und marxistisch ist.

2. Die Pläne der deutschen Imperialisten.

Ich bitte, mir zu gestatten, daß ich zunächst in gedrängter Form eine kurze Darstellung über die gegenwärtige weltpolitische Lage gebe. Daraus werden wir dann die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen haben.

Wenn wir uns in der Welt umsehen, dann sieht jeder, daß sich die ganze Welt in Aufruhr befindet. Die Entwicklung des Kapitalismus, die Entwicklung der Produktivkräfte hat noch großen wirtschaftlichen Umwälzungen den Boden für die soziale Revolution bereitet. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte ist eine neue ökonomische Struktur für die Gesellschaft geschaffen worden. Ökonomisch haben wir die Weltmehrwert, die alle Völker, alle Kulturländer zu einer Gesellschaft vereinigt.

Der geistige Ueberbau der Gesellschaft, die politischen und juristischen Einrichtungen stimmen mit der ökonomischen Struktur der Weltwirtschaft nicht überein. Politisch sind die Völker in Staaten getrennt; politisch haben wir noch die alten Organisationen, die der Sozialismus sich im Kampf gegen den Feudalismus schuf, um zur eigentlichen Anerkennung und Herrschaft zu gelangen.

Es werden heute Staaten zertrümmert, wenn sie für irgendeine Kapitalistengruppe zu groß geworden sind. Es werden neue Staaten gebildet, in denen „freie“ Nationen „selbständig“ leben sollen. Wir wissen aber: Alle die neu gebildeten Staaten sind in Wirklichkeit weder wirtschaftlich noch politisch selbständig. Wir dürfen nur an Deutschland und vor allen Dingen an Österreich denken, um uns daran zu erinnern, daß die formale Selbständigkeit von Staaten gar keine Bedeutung hat, daß in Wirklichkeit alle Staaten abhängig sind von den kapitalistischen Mächten, die die Welt beherrschen.

Karl Marx hat nachgewiesen, daß der Kapitalismus zunächst eine große Expropriation der Volksmassen von Grund und Boden, Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten zur Folge gehabt hat. Die Kleinbauern und Handwerker wurden ökonomisch entwurzelt und proletarisiert.

Die kapitalistische Entwicklung hat dann mehr und mehr alle Klassen und Schichten der Gesellschaft in das kapitalistische Getriebe hineingerissen und in eine wilde Konkurrenz verwickelt. Wer sich in diesem Konkurrenzkampf nicht durchzusetzen vermochte, der kam unter die Mäher. Auch die Kapitalisten verjagten einander nicht. Ein Kapitalist wurde von anderen Kapitalisten expropriert. Die Konzentration des Kapitals brachte nicht nur Handwerker und Gewerbetreibende, sondern auch kleinere und größere Kapitalisten zur Strecke.

Der Kapitalismus ergreift mehr und mehr alle Schichten und Klassen in den Mutterstaaten, er dringt über die Grenzen hinaus und tritt überall auf, wo auf dem Erdboden Völker wohnen, die noch unter vorkapitalistischen Verhältnissen leben. Überall dort dringt der Kapitalismus ein, um sich neue Quellen für Produktivkräfte zu erschließen, um Arbeitskräfte „frei“ zu machen und zur Lohnarbeit zu zwingen, um die Landwirtschaft vom Gewerbe zu trennen und um die Warenwirtschaft einzuführen. Mit Eisenbahnbauten, Telegraphenanlagen, Straßen-, Kanal- und Hafenbauten beginnt in der Regel der Eroberungszug des Kapitalismus. Mit Bibel und Schrapel, mit Sphingis und Nilpferdpestische, mit Betrug und Feuerrohr wird die christliche Kultur verbreitet. Durch Strafexpeditionen, Besetzung von Festungen, Erzwingung von Freihandeln und Erpressung von Konzessionen erschleicht sich der Kapitalismus Neuland. Der Konkurrenzkampf der Kapitalisten um die noch nicht kapitalistisch bewirtschafteten Meere der Erde, der Imperialismus, ist die höchste Stufe der kapitalistischen Entwicklung.

In den beiden letzten Jahrzehnten trat das imperialistische Kapital besonders in Sibirien, in Rußland, in Persien, in Indien, in Japan, in China und in Nordafrika in die Erscheinung.

Durch revolutionäre Umwälzungen vermindert der Kapitalismus in den von ihm erschlossenen Ländern die bisherigen gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Einrichtungen, um an ihre Stelle die kapitalistische Staatsform durchzusetzen. Durch den Krieg versuchen junge kapitalistische Staaten die Weltwirtschaft der alten abzuschütteln und selbständig zu werden.

In dieser Zeit sind es besonders drei Mächte, die um die Herrschaft über den Erdball kämpfen: Deutschland, England, Amerika. Dazu kommt als neuerer Konkurrent das mehr und mehr erstarkende Japan. Die anderen Staaten sind meist nur Trabanten oder Geiseln der Großmächte. England, das durch seinen großen Besitz in allen Weltteilen die Welt bis in die neueste Zeit unbestritten beherrscht hatte, sah in Deutschland einen gefährlichen Rivalen aufkommen. Die Konflikte, die sich aus der imperialistischen Politik insbesondere zwischen diesen beiden Staaten ergeben haben, bilden eine ununterbrochene Kette von Kriegen und Katastrophen. Frankreich, Italien, Österreich, Rußland, die Türkei und andere Staaten wurden in diese Katastrophen hineingezogen.

Der Krieg von 1914, der von den deutschen Imperialisten von langer Hand vorbereitet und planmäßig herbeigeführt wurde, sollte Deutschland zum Herrn über die ganze Erde machen. Wenn man uns glauben machen will, daß Rußland vor Deutschland mobil gemacht und so den Krieg provoziert habe, so vertritt ich demgegenüber die Meinung, daß in Deutschland für diesen Krieg schon im Jahre 1912 durch die letzte große Heeresvorlage mobil gemacht wurde. (Nun: Sehr richtig!) Nachdem diese große Militärvorlage in Deutschland durchgeführt war, wußte alle Welt: Nun ist Deutschland bereit, jeden Augenblick das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Es ist nützlich und unbedenklich, die besondern Pläne, die die deutschen Imperialisten verfolgt haben, der Öffentlichkeit in die Erinnerung zurückzurufen. Denn heute wollen die deutschen Kriegsverbrecher die reinsten Unschuldslämmer sein.

Ich habe hier den Ausdruck eines großen britischen Kolonialpolitikers, Sir Johnston: „Wäre ich ein Deutscher, so würde ich in meinem Zukunftsstraum ein großes deutsch-österreichisch-türkisches Reich sehen, mit vielleicht zwei Haupt-Handelsplätzen: der eine Hamburg, der andere Konstantinopel; mit Häfen an der Ost- und Nordsee, am Adriatischen, am Ägäischen und am Schwarzen Meer; ein Reich, das seinen Einfluß durch Kleinasien und Mesopotamien bis über Bagdad hinaus geltend machen sollte. Dies ununterbrochene Imperium, das von den Mündungen der Elbe bis an die von Sues und Sibirien reichen würde, wäre doch gewiß ein so stolzes Ziel, wie es eine große Nation nur erstreben kann.“ Im Sinne dieses Zukunftsstraumes wurde die deutsche Politik betrieben, seitdem der letzte Wilhelm auf den Thron gekommen war. (Nun: Sehr richtig!) Ostpreußen und Bagdad, die Endstationen eines Verkehrswegs, wie er früher einmal vorhanden war, wo die großen Handelsstraßen vom Orient über Deutschland bis nach Hamburg führten.

Ostpreußen, so lange es englisch war, bedeutete ein Bedrohung für Hamburg und Bremen, eine Gefährdung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, der die Ostsee mit der Nordsee verbinden sollte. Ostpreußen, von Deutschland erworben, eingetauscht gegen Sansibar, bildete nun einen „Fels von Stein und Eisen“ gegen England. Das war ein Stützpunkt für Ueber-Deutschland im Norden.

Die Bagdadbahn, die ein Stück des Weges vom Mittelischen Ozean bis zum Indischen Ozean bilden sollte, bedrohte England an den indischen und ägyptischen Grenzen. Die Länder in Vorderasien und auf dem Balkan, die vorhergehend noch Agavaraaten sind, sollten für Deutschlands Kapital erschlossen

werden als eine neue Quelle ungeahnter Reichthums. Diese Länder können Baumwolle, Leinwand, Weizen, Wein, Opium, Schokolade, Erze und andere Hochprodukte liefern und bieten gute Märkte für Fertigfabrikate.

Deutschland führte in den letzten Jahren vor dem Kriege Baumwolle im Werte von 600 Millionen Mark ein, Schajwolle für 370 Millionen Mark, Getreide für 450 Millionen Mark.

Im Jahre 1910 betrug Deutschlands Umsatz mit den Balkanstaaten 278 Millionen Franken, der Umsatz Oesterreich-Ungarns 317 Millionen Franken, und an dem türkischen Großhandel war Deutschland beteiligt im Jahre 1887 mit nur sechs Prozent, 1910 aber bereits mit 21 Prozent. Oesterreich mit zwölf und dann ebenfalls mit 21 Prozent. Der türkische Gesamthandel betrug 1887 zehn Millionen Pfund Sterling, 1910 schon 24 Millionen Pfund Sterling.

Ich beschränke mich auf diese kurzen Angaben, um einiges Tatsachenmaterial anzudeuten, das uns Schlüsse ziehen läßt auf die wertvollen Eroberungen, die die deutschen Kapitalisten und mit ihnen die österreichischen Bundesgenossen, auf dem Balkan und in Klein Asien zu machen hofften.

Ein Heber-Deutschland, dessen Ländergebiet im Norden vom Atlantischen Ocean und im Süden vom Indischen Ocean bespült würde, müßte nach den militaristischen Grundfäden der deutschen Imperialisten selbstverständlich auch nach Westen und Osten mit den nötigen Sicherungen versehen sein. Darüber waren sich die deutschen Welt Eroberer denn auch vollkommen klar. Und auch hierfür hatten sie ein fertiges Programm. Ich erinnere an die vertrauliche Eingabe, die der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine zur Zeit Westfälischer Bauernverein, der Centralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband am 20. Mai 1916 an den deutschen Reichskanzler gerichtet haben:

Berlin, den 20. Mai 1916.

Exzellenz!

Mit dem ganzen deutschen Volke ist auch die deutsche Erwerbstätigkeit in Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Handel fest entschlossen, in dem Deutschland aufgezwungenen Kampf auf Leben und Tod ungeachtet aller Opfer auszuhalten bis zum letzten, damit Deutschland aus diesem Kampfe nach außen stärker, mit der Gewähr eines dauernden Friedens und damit der Gewähr einer gesicherten nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung auch im Innern hervorgehe.

Angefeht dieses Zielbewußtseins und dieser durch die Tat befestigter Opferwilligkeit des ganzen Volkes mußten die in Stadt und Land umlaufenden Gerüchte über die Anbahnung von Friedensverhandlungen und insbesondere über vorbereitende Schritte zur Anbahnung eines Sonderfriedens mit England auf der Grundlage gewisser englischer Wünsche und Forderungen — Gerüchte, die in gewissen Presseverlautbarungen eine Stütze zu finden schienen — doppelt beunruhigend wirken.

Mit Befriedigung ist daher überall die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aufgenommen, daß kein Urteilsfähiger daran denken kann, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgendeinem seiner Feinde preiszugeben.

In dieser Entschlossenheit würde allerdings auch eine ungünstigere oder unsichere Kriegslage nichts ändern dürfen, wenn anders das von Sr. Majestät dem Kaiser nach außen wie nach innen selbst gesteckte Ziel nicht aus dem Auge gerieten werden soll. Denn dieses Ziel ist nur durch die Er kämpfung eines

Friedens zu erreichen, der uns eine bessere Sicherung unserer Grenzen im Westen und Osten, eine Erweiterung der Grundlagen unserer Versorgung und die Möglichkeit einer ungehinderten und starken Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte, kurz, politisch, militärisch-maritim und wirtschaftlich diejenigen Machterweiterungen bringt, die unsere größere Stärke nach außen gewährleisten.

Ein Frieden, der nicht diese Ergebnisse zeitigt, macht baldige neue Kämpfe unter für Deutschland wesentlich ungünstigeren Aussichten unvermeidlich. Also kein vorzeitiger Frieden. Denn bei einem solchen steht ein ausreichender Siegespreis nicht zu erhoffen.

Aber auch kein innerer Frieden, kein Frieden, der nach den ange deuteten Stichtungen hin nicht die volle politische Ausnutzung der von uns erhofften schließlich militärischen Erfolge in sich begreift!

Wenn es bald nicht verkamt werden, daß die volle Ausnutzung der militärischen Lage für die äußere Machterweiterung Deutschlands nicht nur die Voraussetzung für die Sicherstellung unserer Zukunft nach außen, sondern auch die gleich wichtige Voraussetzung dafür bildet, daß die opferfreudige Geselligkeit des deutschen Volkes auch für die innere Politik in kommenden Friedenszeiten nutzbar gemacht werden kann. Einer militärischen Blutgelage, die auch das opferfreudigste Durchhalten schließlich vor unüberwindliche Schranken stelle, würde sicherlich auch unser Volk Rechnung tragen. Sind unangebrachte, nicht in der militärischen Lage zwingend begründete Nachgiebigkeit beim Friedensschlusse, die, ebenso wie eine vorzeitige Aufgabe des Kampfes, zur Folge haben könnte, daß unsere heimkehrenden Krieger dereinst als einziges Ergebnis ihrer kaiserlichen Durchhaltens nur eine erdrückende Steuerlast vorfinden, müßte von den verhängnisvollsten Folgen für den inneren Frieden unseres Vaterlandes werden. Dem Blutopfer von Hunderttausenden muß auch der Siegespreis entsprechen!

Welche Forderungen im einzelnen — die militärische Durchführbarkeit vorausgesetzt — nach Ansicht der unterzeichneten Verbände erfüllt werden müssen, um Deutschland politisch, militärisch und wirtschaftlich so zu festigen, daß es allen Möglichkeiten der Zukunft getrost entgegensehen kann, ist in der nachstehend wiedergegebenen Eingabe ausgeführt, die unter dem 10. März d. J. seitens des Bundes der Landwirte, des Deutschen Bauernbundes, des Centralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes an Euer Exzellenz gerichtet wurde, und der sich auch die hier mitunterzeichneten christlichen deutschen Bauernvereine angeschlossen haben. Die Eingabe lautet:

Die unterzeichneten Körperschaften haben sich mit der Frage beschäftigt, wie die in dem letzten Monate so oft gehörte Formel zu verstanden ist, daß diesem Kriege ein ehrenvoller Frieden folgen müsse, der den gebrachten Opfern entspricht und die Gewähr seiner Dauer in sich trägt.

Bei der Beantwortung dieser Frage darf niemals vergessen werden, daß unsere Feinde fortgesetzt verkünden, Deutschland solle zernichtet und aus der Reihe der Großmächte gestrichen werden. Gegenüber diesen Bestrebungen werden wir keinen Schritt machen in Verträgen, welche man in hoffenden Augenblick wiederum mit Füßen tritt, sondern nur in einer so starken wirtschaftlichen und militärischen Schwächung, unserer Gegner, daß durch diese für absehbare Zeit der Feinde gesichert wird.

Neben der Forderung eines Kolonialreiches, das den vielfältigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands voll genügt, neben der Sicherung

unserer zoll- und handelspolitischen Zukunft und der Erlangung einer ausreichenden, in zweifacher Form gewährten Kriegsschädigung, sehen sie das Hauptziel des uns auferlegten Kampfes in einer Sicherung und Verbesserung der europäischen Lebensgrundlage des Deutschen Reiches nach folgenden Richtungen:

Belgien muß, wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegeltung, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Saluststellung gegenüber England, und wegen des engen Zusammenhanges des wirtschaftlich so bedeutenden belgischen Gebietes mit unserem Hauptindustriegebiet, militär- und zollpolitisch, sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens, der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Eisenbahnen und Wasserstraßen sind unserem Verkehrsweisen einzugliedern. Im südligen müssen Regierung und Verwaltung des Landes, unter Schreibung eines wallonischen und eines überwiegend flämischen Gebietes und unter Ueberführung der für die Beherrschung des Landes wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen und Besitzungen in deutsche Hand, so geführt werden, daß die Bewohner einen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches erlangen.

Was Frankreich betrifft, so muß, aus dem gleichen Gesichtspunkte unserer Stellung zu England, der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebietes bis etwa zur Somme und damit der Ausweg zum Atlantischen Ocean als eine Lebensfrage für unsere künftige Seegeltung betrachtet werden. Das hierbei mit zu erwerbende Hinterland muß so bemessen werden, daß wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnutzung der gewonnenen Kanalküsten gesichert ist. Jeder weitere französische Sonderwerb hat, abgesehen von der notwendigen Angliederung der Erzgebiete von Brieg, ausschließlich nach militärstrategischen Erwägungen zu geschehen. Man kann hierbei nach den Erfahrungen dieses Krieges wohl als selbstverständlich ansehen, daß wir unsere Grenzen nicht weiterhin schädlichen Einfällen preisgeben dürfen, indem wir die uns bedrohenden Festungsstellungen, insbesondere Verdun und Belfort und der dazwischen liegenden westlichen Abfall der Vogesen, den Gegnern belassen. Mit dem Erwerb der Maasküste und der französischen Kanalküste wäre, außer dem erwähnten Erzgebiete von Brieg, auch der Besitz der Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas de Calais gegeben. Auch diese Erwerbungen setzen — nach den eljah-losheingischen Erfahrungen wohl selbstverständlich — voraus, daß die Bevölkerung der angegliederten Gebiete nicht in die Lage gebracht wird, politischen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu erlangen, und daß die in diesem Gebiete vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes, derart in deutsche Hand überführt werden, daß Frankreich deren Eigentümer entschädigt und übernimmt.

Für den Osten muß zunächst die eine Erwägung maßgebend sein, daß der im Westen zu erwartende große industrielle Machtzuwachs ein Gegengewicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet finden muß. Die gegenwärtige wirtschaftliche Struktur Deutschlands hat sich im jetzigen Kriege als so glücklich erwiesen, daß die Notwendigkeit ihrer Erhaltung für eine absehbare Zukunft wohl als allgemeine Ueberzeugung unseres Volkes bezeichnet werden kann.

Die Notwendigkeit, auch die gesunde landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft zu stärken, eine großangelegte deutsche ländliche

Besiedelung sowie die Zurückführung der im Auslande, namentlich in Rußland lebenden und jetzt entfremdeten deutschenbauer in das deutsche Reichs- und Wirtschaftsgelände zu ermöglichen und unsere wehrkräftige Volksganzahl stark zu erhöhen, fordert eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preussischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten.

Der Wiederaufbau Ostpreußens verlangt eine bessere Sicherung seiner Grenze durch die Verlagerung weiterer Landstriche, und auch Westpreußen, Posen und Schlesien dürfen nicht die gefährdeten Außermatten bleiben, die sie jetzt sind.

Hinsichtlich der Verleihung politischer Rechte an die Bewohner der neuen Gebiete und der Sicherung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses in ihnen gilt das hinsichtlich Frankreich Gesagte. Die Kriegsschädigung von Seiten Rußlands wird in großem Umfange in der Ueberweisung von Land bestehen müssen.

Selbstverständlich beruhen diese Forderungen auf der Voraussetzung ihrer militärischen Durchführbarkeit. Wir haben aber nach dem bisher Erreichten das feste Vertrauen zu unserem Heere und zu seiner Führung, daß ein Sieg, der die Erreichung dieser Ziele gewährleistet, erlangen werden wird. Nicht aus Eroberungspolitik sind diese Ziele zu erstreben, sondern weil nur die Erreichung dieser Ziele den dauernden Frieden sichert, den das deutsche Volk in allen seinen Teilen nach den gebrachten Opfern erwartet, ganz abgesehen davon, daß, unserer Auffassung nach, eine freiwillige Preisgabe der mit so vielem deutschem Blute geträubten feindlichen Gebiete, in denen sich ungezählte Gräber gerade der Besten unseres Volkes befinden, dem Volksempfinden und den Volksbegriffen von einem ehrenvollen Frieden nicht entsprechen würde.

Der Mangel an Häfen unmittelbar am Kanal würde nach wie vor unsere überseeische Betätigung einschränken. Ein selbständiges Belgien wäre weiter der Brückenkopf Englands, sein Stützpunkt gegen uns. Die natürliche Festungslinie in Frankreich in den Händen der Franzosen bedeutete eine stete Bedrohung unserer Grenze. Rußland aber würde, wenn es ohne Landverlust aus dem Kriege hervorginge, unsere Leistungsfähigkeit und Kraft, die es an der Störung unserer Interessen hindern könnten, misachten, während andererseits der Nichterwerb landwirtschaftlichen Gebietes an unserer Ostgrenze die Möglichkeit verringern würde, die Wehrkraft Deutschlands durch genügende Vermehrung seiner Bevölkerung Rußland gegenüber zu stärken.

Euer Erzellenz kehren wir uns von diesen Auffassungen, die weit über die unterzeichneten Körperschaften hinaus, wenn auch hier oder da vielleicht mit Abweichungen in Einzelheiten, auch von solchen Kreisen in Deutschland vertreten werden, die sich zur Zeit noch nicht äußern, hierdurch ergebenst Kenntnis zu geben und dabei mitzutheilen, daß wir dieses Schreiben gleichzeitig den Staatsministerien der einzelnen Bundesstaaten eingereicht haben.

In Ergänzung dieser Eingabe soll hier aber noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele, welche das deutsche Volk im Interesse der Sicherung seiner Zukunft erstreben muß, in enger Verbindung miteinander stehen und voneinander nicht getrennt

werden können. Borneo ist hier, das die Erreichung der großen politischen Ziele abhängig ist von der Schlachtkraft und den Erfolgen unserer Flotte. Es kann aber auch, gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges, nicht zweifelhaft sein, daß, namentlich auf die Länge der Dauer, unsere militärischen Erfolge und weiterhin deren Ausübung in weitem Umfange bedingt sind von der wirtschaftlichen Stärke und Leistungsfähigkeit unseres Volkes. Wenn nicht die deutsche Landwirtschaft in der Lage gewesen wäre, die Ernährung unseres Volkes, allen Bemühungen der Feinde zum Trotz, zu sichern, und wenn nicht die deutsche Industrie, deutscher Erfindungsgeist und deutsche Technik imstande gewesen wären, und auf den verschiedensten Gebieten dem Auslande unabhängig zu machen, so würden wir, ungeachtet der glänzenden Erfolge unserer siegreichen Truppen, in dem uns aufgezwungenen Kampfe schließlich unterliegen müssen, wenn nicht schon unterlegen sein.

Daraus ergibt sich, daß auch solche Forderungen, denen auf den ersten Blick nur eine rein wirtschaftliche Bedeutung innewohnen scheint, unter dem Gesichtspunkt der zwingenden Notwendigkeit möglichst Verstärkung unserer nationalen Macht und unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet werden müssen.

Das trifft in hervorragendem Maße zu für die in der Eingabe erhobenen Forderungen einerseits des Erwerbes landwirtschaftlichen Siedlungsgebietes und andererseits der Beschlußnahme des Erzgebietes von Meurthe und Moselle, sowie der französischen Hoheisengebiete des Departements du Nord und des Pas de Calais neben den belgischen.

Die Gewinnung von ausreichendem landwirtschaftlichem Siedlungsgebiet ist unumgänglich, nicht nur im Interesse der Erbreicherung der landwirtschaftlichen Grundlagen unserer Volkswirtschaft und damit der Aufrechterhaltung des im gegenwärtigen Kriege als so notwendig erkannten glücklichen Gleichgewichts unserer Gesamtwirtschaft, sondern auch zur Sicherung der aus einer starken Landwirtschaft fließenden Quellen unserer nationalen Volkskraft, insbesondere unserer Volkervermehrung und damit zur Stärkung unserer militärischen Kraft.

Ebenso liegen Erwägungen wie die der erwähnten Erz- und Hoheisengebiete nicht etwa nur im Interesse unserer industriellen Nachentwicklung, sondern sie stellen militärische Notwendigkeiten dar, wie aus folgendem erhellt:

Die monatliche Hoheisen-Produktion in Deutschland ist seit August 1914 wieder auf annähernd 1 000 000 Tonnen gestiegen, d. h. sie hat sich annähernd verdoppelt. Die monatliche Stahlproduktion ist auf mehr als 1 000 000 Tonnen gestiegen.

Dabei herrscht in Hoheisen und Stahl kein Ueberfluß, sondern Mangel im Inland und noch mehr im neutralen Ausland.

Die Graugießfabrikation erfordert Eisen- und Stahlmengen in einem Umfange, von dem sich früher nur wenige einen Begriff gemacht haben. Allein für die Graugießereien, den minderwertigen Ersatz von gegossenen und Stahlgießereien, sind Hoheisenmengen von mindestens 1000 Tonnen täglich in den letzten Monaten verbraucht worden. Gemane Gießereien liegen darüber im Augenblick nicht vor. Soviel ist aber sicher, daß ohne die Verdoppelung der Hoheisen- und Stahlproduktion gegenüber dem Monat August eine Fortführung des Krieges unmöglich wäre.

Der Grundstoff für die Herstellung dieser Hoheisen- und Stahlmengen tritt in zunehmendem Maße die Minette in den Vordergrund, denn nur dieses Erz kann in stark steigenden Mengen im Inland gewonnen werden.

Die Produktion der anderen belgischen Gießeisen ist sehr stark beschränkt, und die überseeische Produktion, selbst der kanarischen Gießeisen, ist zu erschöpfen. Auf vielen Stellen auch außerhalb Luxemburg-Verbindungen sind die Minette 80 bis 90 Prozent der Hoheisen- bezw. Stahlherstellung. Würde die Minetteerzeugung gehindert, so wäre der Krieg in gutem Maße verloren.

Wie aber steht es mit der Gewinnung der Minette in diesem Kriege, wie in einem zukünftigen Kriege?

Wenn die Festung Longwy mit den zahlreichen umliegenden französischen Hoheisenwerken den Franzosen zurückgegeben würde, so würden in einem neuen Kriege mit einigen weittragenden Beschüssen folgende wichtige und zugewandte Werke in wenigen Stunden zum Erliegen zu bringen sein:

Möhlungen	7	Kilometer Entfernung	von Longwy
Differdingen	10	"	
Eich	10,17	"	
Veitlingen	21	"	
Müdelingen	25	"	

Damit würden allein jährlich um etwa 20 Prozent der belgischen Hoheisen- und Stahlproduktion fortfallen.

Ein Blick auf die Karte zeigt aber auch weiter, daß z. B. Longwy (die Minettegrube des „Rhönig“) 12 bis 16 Kilometer von Verdun entfernt liegt, und daß die westlichen Erzkonzeptionen bei Landres und Conflans auf höchstens 20 Kilometer auf Verdun heranziehen. Wir beschließen heute Mühlungen auf 20 Kilometer Entfernung. Glaubt jemand, daß die Franzosen auch bei einem nächsten Kriege versäumen würden, weittragende Geschütze in Longwy und Verdun aufzustellen, um für uns die Erzgewinnung und Hoheisenherzeugung weitergehen zu lassen?

Bestimmend sei bemerkt, daß die hohe Stahlgewinnung aus Minette zugleich die alleinige Möglichkeit bietet, bei abgesperrter Phosphatzufuhr der deutschen Landwirtschaft die nötige Phosphorsäure zu liefern.

Die Sicherstellung des Deutschen Reiches in einem zukünftigen Kriege erfordert also gebieterisch den Besitz des gesamten Minettevorkommens, einschließlich der Festungen Longwy und Verdun, ohne die dieses Gebiet nicht zu halten ist.

Der Besitz größerer Mengen Kohle und ganz besonders von bitumenreicher Kohle, die in großen Mengen in dem nordfranzösischen Becken vorkommt, ist in mindestens gleichem Maße wie Eisen erzentscheidend für den Ausgang des Krieges.

Belgien und Nordfrankreich fördern zusammen über 40 000 000 Tonnen.

Heute schon ist, wie das zum 15. Mai erlassene englische Kohlenausfuhrverbot auch wieder zeigt, die Kohle eines der ausschlaggebenden politischen Einflußmittel. Die industriellen neutralen Staaten müssen der Kriegspartei zu Willen sein, die die Kohlenversorgung gewährleisten kann. Wir können das zur Zeit nicht genügend und sind heute schon gezwungen, auf die belgische Kohlenproduktion zurückzugreifen, um unsere neutralen Nachbarn nicht ganz in Abhängigkeit von England geraten zu lassen.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die zielbewusste Forderung der belgischen Kohlenproduktion schon in diesem Kriege für die Aufrechterhaltung der Neutralität verschiedener Nachbarstaaten die größte Bedeutung erlangen wird.

Daß die verarbeitbare bezw. verarbeitete Kohle zugleich die Grundlage der Grundlagen unserer wichtigsten Sprengstoffe ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden, ebenso die Bedeutung der Kohle für die Ammoniakgewinnung.

Im Bergol bietet sie aber außerdem den einzigen Ersatz für das un-
 fehlende Benzol, und endlich liefert der Teer sowohl die für die Marine unent-
 behrlichen Marineheizeöle als auch im Anthracenöl den bisher brauchbarsten
 Zolanderatz für Schmierzwecke und im Naphthalin voraussichtlich den Grund-
 roff für künstliches Petroleum.

Es sei dabei darauf hingewiesen, daß eine zeitgemäße Umgestaltung der
 Torpedoboote und Unterseebootswaffe ohne reichliche flüssige Brennstoffe aus-
 geschlossen erscheint. Der Verlauf dieses Krieges hat die Ueberzeugung der Oel-
 feuerung über die reine Kohlenfeuerung bei Torpedobooten deutlich gezeigt,
 daß es unzweifelhafter Reichthum wäre, nicht für die Zukunft alle Folgerungen
 zu ziehen.

Wenn unsere feindlichen Nachbarn sich die Oelquellen sichern, muß Deutsch-
 land sorgen, daß es die nötigen Gas- und Kettkohlen sich sichert, und muß diese
 im Frieden zu erschöpflichen Quellen von Oel, Benzol, Toluol, Ammoniak,
 Naphthalin ausbauen, nicht etwa nur zur Vermehrung des Wohlstandes im
 Frieden, sondern zur unentbehrlichen Kriegsvorbereitung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Ziele, die in Aussicht ge-
 nommen sind, um unseren dauernden Wirtschaftsstand zu sichern, zugleich
 auch die Ziele sind, die uns unsere militärische Kraft und damit unsere
 politische Unabhängigkeit und Macht verbürgen, ganz abgesehen davon, daß sie
 durch die Erweiterung unserer wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit die
 Arbeitsgelegenheit vermehren und sichern und damit dem Vorteil auch der ge-
 samten Arbeiterschaft dienen.

Bund der Landwirte: für den engeren Vorstand: Dr. Koesche.

Deutscher Bauernbund: für den Vorstand: Wachhorst de Wente.

Bericht der christlichen deutschen Bauernvereine, zur Zeit Westfälischer

Bauernvereine: Freiherr von Twidel.

Zentralverband deutscher Industrieller: Nötzer.

Bund der Industriellen: Friedrichs.

Reichsdeutscher Mittelstandverband: Eberle.

Diese Ausgabe ist auch ein Dokument für die Schuld der deutschen Kriegs-
 verbrecher und Volkserbberber. Hier sehen wir die deutschen Volkseigenen
 in großer Besorgnis vor einem vorzeitigen oder lauen Frieden. Mögen
 Hunderttausende, ja Millionen Menschen dem Menschenjoch zum Opfer
 fallen, wenn nur der Siegespreis diesen Blutopfern entspricht. Das heißt,
 wenn nur die Imperialisten ihre Eroberungspläne durchsetzen und ihre Beute
 heimbringen. Schon Jahre vor dem Kriege hatten wir eine umfangreiche
 kriegsheberische Literatur. Sie war auf den Ton Wilhelm Schwanecks, eines
 Freundes des Grafen Rasadowsky, gestimmt, der anfänglich den Marokkorkrieg
 im Volkserzieher die Kriegstrompete blies: „Es wird auch wohl bei diesen
 geradezu chronisch gewordenen Mägen der Deutschen in der Weltpolitik
 vorläufig bleiben, weil unsere Regierung allemal vor dem letzten Treppen-
 abgang ängstlich und unerklärlich stehen bleibt. Man kann das bei der
 ungeheuren Verantwortung wegen eines Weltkrieges wohl verstehen, besonders
 wenn man seine politischen Erwägungen nach den „führenden“ (kreisförmigen)
 Tageszeitungen richtet. . . . Man versteht diese „deutschen“ Friedensapostel
 in den „führenden“ Zeitungen richtig, wenn man bedenkt, daß auch sie an
 den Londoner und Pariser Geschäften beteiligt sind und daß es die Sicherheit
 ihrer ausländischen Papiere verlangt, immer zur Ruhe und Frieden zu
 mahnen. . . . Ich aber meine: wenn das blühende jetzt noch offene Welt un-

bedingt verteilt werden soll, so hat Deutschland, entsprechend seiner Größe,
 Macht und kulturellen Bedeutung mehr Anspruch auf einen recht großen
 Rest als irgendeiner der von der großkapitalistischen Weltwirtschaft gepredigt,
 bezugsfähigen Weltverbreiter an der Themse, an der Seine oder an der Newa.“

Diese imperialistischen Pläne der Weltverbreiter an der Spree, um mit
 Schwaneck zu sprechen, riefen die Weltverbreiter an der Themse, an der Seine
 und an der Newa auf den Plan, da sie sich bedroht fühlten. Auf dem Balkan
 fühlte sich Rußland bedroht. Rußland braucht die Dardanellenstraße. In
 Kleinasien fühlte sich England bedroht und in Afrika Frankreich, denn in
 Afrika sollte ein mächtiges Zentralafrika unter deutscher Vorherrschaft entstehen,
 ein Kolonialreich, „das den vielseitigen wirtschaftlichen Interessen Deutsch-
 lands voll genügt“. Die weltpolitische Lage verschärfte sich dauernd, der
 Imperialismus nahm in allen Ländern an Energie und Gewalttätigkeit zu,
 „sowohl in seinem aggressiven Vorgehen gegen die nichtkapitalistische Welt, wie
 in der Verschärfung der Gegensätze zwischen den konkurrierenden kapitalistischen
 Ländern“. So kam 1914 der Krieg. Der Krieg, durch den die deutschen
 Militaristen die ganze Welt erobern wollten. Und der deutsche militärische
 Größenwahn ist so stark gewesen, daß man triumphierte, wenn immer neue
 Gegner gegen Deutschland aufstanden. Oft geradezu provoziert und heraus-
 gelockt durch die größenwahnsinnigen Ideen der deutschen Weltverbreiter. (Nur:
 Sehr richtig!) Die deutschen Militaristen wären vermessen genug gewesen,
 nach dem Sieg über die ganze irdische Welt sogar den lieben Gott abzusetzen,
 um auch die himmlische Welt samt der ewigen Seligkeit unter die Fuchel
 des deutschen Militarismus zu bringen.

Der Krieg hat alle diese Pläne vernichtet. Er eroberte, wie jeder be-
 ständige Mensch, der nicht vom Chauvinismus benebelt war, voraussehen
 mußte, mit einem vollständigen Zusammenbruch des deutschen Militarismus.
 Deutschland hat seine Mitschuldigen mit ins Verderben gerissen. England und
 vor allem Amerika sind die Sieger. Frankreich hat den Keim des Zusammen-
 bruchs aus dem Krieg heimgebracht. Italien vermochte keine Vorteile zu
 erringen, die groß genug wären, die davongetragenen Schäden aufzuwiegen.

3. Der Völkerbund der Kapitalisten und der Völkerbund der Sozialisten.

Die Sieger denken nicht daran, jetzt der Welt endlich Frieden zu geben
 und dafür zu sorgen, daß die Völker sich zusammenfinden. Das lehren uns
 allen die verschiedenen sogenannten Friedensverträge. Die Verträge von
 Versailles und St. Germain sind nichts anderes als die Fortsetzung des
 Krieges mit wirtschaftlichen Waffen. (Nur: Sehr richtig!) Ob Millionen
 Menschen dabei Hungers sterben, danach fragt der Kapitalismus nicht. Die
 siegreichen Kapitalisten wollen Deutschland auch wirtschaftlich so entkräften,
 daß es als Konkurrent bei der Eroberung über die Weltwirtschaft nicht mehr
 ernsthaft in Betracht kommt.

Der Wilsonsche Völkerbund gilt nun als neue Verkündung der Menschen-
 rechte. Wie die Bourgeoisie in ihrer großen Revolution von 1789 die arbeitenden
 Klassen im Namen der Demokratie gegen die Adligen und die Geistlichen
 mobil machte, um nach dem Sieg die Diktatur des Kapitalismus zu errichten,
 wie die Bourgeoisie damals die heiligen Menschenrechte verkündete und die
 Parole der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in die Welt schleppte, um

nach dem Sieg der Menschheit im Aufstand gegen Militarismus, Imperialismus, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufzubieten, so verkünden die Imperialisten heute: Völkerbund und Völkerfriede, Freiheit der Meere und Selbständigkeit der Nationen, um die Völker in eisernen Fesseln zu schlagen, durch Blut und Eisen zum Kirchhofsfrieden zu verhaften und um die Menschheit zu verfluchen.

Die Forderung der gemeinsamen Arbeit unter den Nationen, die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit, das stellen die siegreichen Imperialisten ihrem „Völkerbundesvertrag“ als Ziel voraus. Das Ziel wollen sie erreichen durch öffentliche, auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen, durch Anerkennung und Beobachtung der Vorschriften des internationalen Rechtes und durch vollständige Beachtung der Gerechtigkeit und aller Vertragsverbindlichkeiten in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker.

Das liest sich in der Tat wie eine neue Verkündung der Menschenrechte. Es ist aber nur nötig, an die kapitalistischen Verbrechen zu erinnern, die während des Krieges verübt wurden, vom Überfall Belgien bis zu dem Ersäufen der nordirischen Bergwerke, um die namenlose Grausamkeit der Völkerbundesverträge an den Pranger zu nageln. Verträge waren den Kapitalisten seit jeher nur Fesseln von Papier. Noch stehen die kapitalistischen Massenmörder des Krieges von 1914—1919 schamlos und bluttriefend aus allen Poren vor uns und schon sind sie dabei, von neuem Menschen in Massen zu mordeten. Durch blutige Schladhtereien und durch Hunger. Die imperialistischen Verkünder der modernen Menschenrechte bekennen sich keinen Augenblick, auch ihre eigenen Völker zu massakrieren, wenn sie es wagen, gegen den kapitalistischen Stachel zu wirken. Solches wird in Deutschland im Namen derselben kapitalistischen Gewalttäter fleißig geübt, die sich bitter darüber beklagen, daß sie noch nicht dem Völkerbund angehören dürfen, um für Ehre und Gerechtigkeit zu wirken.

Die siegreichen Imperialisten, diese Erfinder und Träger des „Völkerbundes“, die alle Friedensangebote der russischen Sowjetregierung mit Hohn und Verachtung zurückweisen, die ihre Armeen zu einem Kesseltreiben gegen Sowjetrußland vereinigen, die an der Herrschaft Rußlands, Deutschlands und Österreichs arbeiten, um alle diese Völker zu verfluchen, sie sind die rechten Weltverflucher!

Wilson, der Beauftragte des amerikanischen Finanzkapitals, war der Herald des „Völkerbundes“, der nichts anderes darstellt, als das Friedensprogramm des amerikanischen Finanzkapitals. Das amerikanische Friedensprogramm hat seinen tiefen Grund in dem Streben Amerikas, durch wirtschaftliche Kriegsmittel zu erreichen, was ihm durch militärische Kriegsmittel zu erreichen in absehbarer Zeit nicht möglich scheint. Amerika braucht die „Freiheit der Meere“, um die Uebermacht der englischen Flotte nutzlos zu machen, um Japan nicht aufkommen zu lassen. Amerika will durch die „Freiheit der Meere“ seinen überseeischen Handelsverkehr vor England und Japan sichern. Amerika braucht die „Internationalisierung der Kolonien“, braucht den „Völkerbund“, um seine europäischen Bundesbrüder militärisch und wirtschaftlich in Schach zu halten. Denn unter den siegreichen Imperialisten des Krieges, trotz aller Waffenbrüderlichkeit während des Krieges, diese Gegenätze.

Das Finanzkapital Amerikas ist gewaltig erstarkt und ist durch den Krieg, im Gegensatz zu dem Finanzkapital in den europäischen Staaten, nur mächtiger

geworden. Amerika erstreckt durch den „Völkerbund“ die Vorherrschaft in der Welt.

Nachdem die Mächte der Entente ihr gemeinsames Ziel, Deutschland zu zerschmettern, erreicht haben, beginnen wieder ihre eigenen Sorgen. Frankreich fürchtet ebenso den wiedererstarkenden deutschen Militarismus und einen nationalistischen Revanchekrieg, wie den Marsch der Weltrevolution von Rußland über Deutschland nach Frankreich. Darum das Bestreben, zwischen Sowjetrußland und Deutschland neue Stenzen zu schaffen. Das Baltikum und Polen. — So soll Deutschland isoliert und unter dem Druck der französischen Militäristen gehalten werden. — England bemüht sich mit amerikanischer Unterstützung, Frankreich daran zu hindern, etwa die militärische Vorherrschaft in Europa zu werden. Dazu kommen die Interessengegenstände zwischen England und Frankreich im Orient. England trachtet danach, die deutsche Erbchaft in der Türkei wie in ganz Kleinasien restlos zu übernehmen. Dadurch stellt sich Frankreich in seinen vorliegenden „Interessensphären“ verkehrt, so besonders in Syrien. Durch das „friedliche Abkommen“, das England mit Persien getroffen hat, ist Persien bereits eine englische Kolonie geworden. Und England will auch die Türkei wie ganz Kleinasien zu seinen Kolonien machen. Das kann nicht geschehen, ohne nicht nur Frankreich, sondern auch Italien und Griechenlands imperialistische Bestrebungen zu kränken und zu durchkreuzen.

Die Konflikte in Europa und in Kleinasien sind nicht die einzigen, die zwischen den Ententemächten bestehen. Die Schaulustfrage im fernem Osten und die Gegenstände zwischen Amerika und Japan wegen der Beherrschung des Stillen Ozeans sind nicht minder ernst.

Trotz des Geschreis vom Völkerbund sind die Kriegsfäden noch nicht zerbrochen und drohen fortgesetzt die ganze Welt von neuem in Brand zu setzen.

Der Konfliktkampf der Imperialisten um das Kommando über den Erbteil kann nicht aufhören, solange der Kapitalismus besteht. Der von den Imperialisten propagierte Völkerbund ist nichts anderes als der von ihnen erstrebte Zusammenschluß der sich zuteils behauptenden siegreichen Kapitalisten, nichts anderes als die internationale Herrschaftsorganisation des internationalen Kapitals zur Unterdrückung der Völker aller Länder. (Nur: Sehr richtig!) Und so sehr die Kapitalisten der verschiedenen Länder ihrer besonderen Interessen wegen bereit sind, sich jederzeit von neuem an die Charge zu springen und die Völker gegeneinander zu hetzen, darin sind sie sich einig, die siegreichen wie die geschlagenen Imperia litten, und zwar in dem Kampf gegen die sozialrevolutionäre Bewegung des Proletariats. (Nur: Sehr richtig!)

Der Kampf der Imperialisten um die Beherrschung der Welt hat die proletarische Weltrevolution ausgetrieben, die im Mutterleib der kapitalistischen Gesellschaft herangewachsen ist. Der Beginn der proletarischen Weltrevolution war der Beginn einer revolutionären Epoche zur Umwälzung der politischen und juristischen Ueberbau der heutigen Gesellschaft im Sinne des Sozialismus.

Die Weltrevolution ist historisch notwendig zur Ueberwindung der kapitalistischen Anarchie und imperialistischen Völkerei, die den Völkern aller Länder zum Blut geworden sind. Eine Gesellschaft, die alle ökonomischen und sozialen Probleme nur noch durch Blut und Eisen zu lösen sich bemüht, die, anstatt Leben zu erhalten und zu erzeugen, Leben und Kultur vernichtet, ist reif für den Untergang, wenn sie aus der imperialistischen Hölle keinen Ausweg findet. Dieser Ausweg ist der Sozialismus.

Der Sozialismus kann nur international zur Vollendung gelangen: in der sozialistischen, planmäßig arbeitenden und organisierten Weltwirtschaft. Diese sozialistische Gesellschaft wird in Wahrheit ein Völkerbund sein, der die Völker des ganzen Erdballs materiell und geistig vereint. Diese sozialistische Gesellschaft wird nicht durch politische Grenzen zerrissen sein, sie wird allen Menschen in Wahrheit Freizügigkeit bringen. An Stelle der politischen Staaten werden nach ökonomischen Grundsätzen gebildete Verwaltungsbezirke treten, die in der sozialistischen Gesellschaft auf allen Gebieten zu einer höheren Einheit vereint sind.

Zwei gewaltige Bewegungen stehen sich in einem Kampf auf Tod und Leben gegenüber. Die der kapitalistischen Weltzerberer und die der sozialistischen Weltbezieher. Der „Völkerbund“ der Imperialisten bedeutet nie geahnte Macht und nie geahnten Reichtum für eine finanzkapitalistische Clique und ein dauerndes Golgatha für die Völker der Erde. Die sozialistische Gesellschaft verheißt Völkerglück und Völkerfriede.

4. Durch wissenschaftlichen Sozialismus zur Erkenntnis.

Die weltpolitischen Ereignisse sind uns durchaus keine Ueberraschungen. Ebensovornig vermögen sie uns in Verwirrung zu setzen oder aus dem Gleichgewicht zu bringen. Denn alles, was wir jetzt an Krieg und Revolution erleben, haben alle die schon seit langem kommen sehen, die nicht nur dem Namen nach, sondern aus wissenschaftlicher Erkenntnis und innerster Ueberzeugung Sozialdemokraten sind. (Anmerkung: Sehr richtig!) Das ist ja das bleibende große Verdienst eines Karl Marx, daß er die Triebkräfte und Bewegungsgesetze der Menschheitsgeschichte entdeckt hat, daß er uns fähig gemacht hat, die Vergangenheit zu erforschen, die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft vorauszusagen. So wissen die wissenschaftlich geschulten Sozialdemokraten, daß die Veränderungen der ökonomischen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft Ursachen von sozialen Revolutionen sind. So wissen wir aber auch, daß nicht jede Umwälzung des geistigen Ueberbaus der Gesellschaft eine soziale Revolution ist. Wenn Maßregeln von den herrschenden Klassen getroffen werden, durch die der juristische und politische Ueberbau der Gesellschaft im Interesse der herrschenden Klassen dem veränderten ökonomischen Aufbau der Gesellschaft anzupassen, dann handelt es sich um Reformen. Zu solchen Maßregeln gehört der kapitalistische Völkerbund.

Jeder wissenschaftlich geschulte Sozialdemokrat weiß, daß Umwälzungen des Ueberbaus der Gesellschaft nur dann revolutionäre Maßnahmen sind, wenn sie von bisher unterdrückten Klassen ausgehen, wenn diese unterdrückten Klassen die politische Macht erobern und wenn sie dann ihre Macht in ihrem Interesse benutzen, um durch die Umwälzung neue Verhältnisse zu schaffen. Das sind die Aufgaben, die jetzt das Proletariat zu erfüllen hat. Damit das Proletariat seine historische Mission erfüllen kann, hat die Sozialdemokratie seit Marx planmäßig und unermüdet daran gearbeitet, das Proletariat zum Klassenbewußtsein zu bringen, es mit den Grundsätzen und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut zu machen und es zum Wollen und Handeln für seine Befreiung zu bringen. Daß das trotz aller Mühen und Opfer noch nicht in dem Maße gelungen ist, wie wir alle es wünschen müssen, das mußten

wir grausam genug gerade in dieser Zeit erfahren, die für die Verwirklichung des Sozialismus so verheißungsvoll ist.

Zweimal mußte das Proletariat die Probe bestehen, ob und in welchem Maße es vom revolutionären wissenschaftlichen Sozialismus befeelt ist. Einmal August 1914. Leider mußten wir erkennen, daß das Proletariat in nur zu großen Teilen nicht vom wissenschaftlichen Sozialismus, sondern vom bürgerlichen Nationalismus beherrscht war. (Anmerkung: Sehr richtig!) Chauvinismus und Nationalismus triumphierten über den Sozialismus. Sozialdemokratische Führer wurden schamlos und gingen in der Stunde der Gefahr zum Feind über. Ganze Arbeiterregimenter folgten den sozialpatriotischen Führern. Der Sozialismus galt als veraltet und überwunden. Vom Imperialismus erhofften auch nur zu viele Proletarier eine Zukunft voller Gewinn und Vorteile. Die Worte: Proletarier aller Länder, vereint euch, waren erlosch durch die Losung: Los! Nun wollen wir sie dreschen! Die zweite Probe sollte das Proletariat im November 1918 bestehen. (Sehr richtig!) Als das Proletariat Kühn die politische Macht erobert hatte, als es gewagt hatte, einen Tag frei zu sein, da verzögerte es bald die Errungenschaften seiner Erhebung, weil das Proletariat weder in seiner Gesamtheit noch in seiner Mehrheit vom wissenschaftlichen Sozialismus befeelt war, weil es nicht möglich war, der begonnenen Revolution rasch genug revolutionär-sozialistischen Inhalt, Richtung und Ziel zu geben. Wir müssen daraus Lehren und Nutzenwendungen ziehen. Das ist unsere Aufgabe als Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Wir müssen das Proletariat von allen Abhängigkeiten, von jedem Rest der bürgerlichen Ideologie frei machen. Wir müssen uns vollkommen und unbeeinträchtigt auf den Boden des wissenschaftlichen marxistischen Sozialismus stellen und unsere Fahne hoch erheben, daß sie weithin sichtbar ist und damit sich alle Proletarier um sie sammeln. Die Unabhängige Sozialdemokratie muß die Arbeiter zum Kampf für den Sozialismus, für die Verwirklichung unserer Gesellschaftsordnung führen.

Daraus ergibt sich für uns die Aufgabe, den Nachweis zu führen, daß der wissenschaftliche Sozialismus in allen seinen Erkenntnissen und Schlußfolgerungen durch die weltpolitischen Ereignisse in glänzendster Weise gerechtfertigt ist. (Anmerkung: Sehr richtig!) Wir müssen uns ein Programm schaffen, in dem die imperialistische Epoche des Kapitalismus berücksichtigt ist und in dem wir ohne Scheu und ohne jede Rechnungsträgererei aussprechen, was ist, und in dem wir die Grundsätze und Forderungen des revolutionären marxistischen Sozialismus formulieren. Das ist gerade in dieser Zeit der allgemeinen Unsicherheit, des Schwankens und der Verwirrung, der Abirrung und Verzweiflung notwendiger denn je.

Wir wissen auf Grund unserer Gesichtsauffassung, daß es einen Stillstand in der Menschheitsgeschichte nicht gibt, daß auch unsere Programme nichts Ewiges sein können, daß, wie alles, auch unsere Programme der Entwicklung unterliegen. Auch der Sozialismus wird nicht das Ende der Menschheitsgeschichte bedeuten. (Anmerkung: Sehr richtig!) Nach ihm kommen neue Ziele und neue Aufgaben.

Wir wissen: Der Kapitalismus ist eine historisch notwendige Epoche der Menschheitsgeschichte. Er bedeutete gegenüber dem Feudalismus eine höhere Gesellschaftsordnung, durch die die Menschen fähig gemacht werden sollten, alle ökonomischen und politischen Aufgaben zu erfüllen, die ihnen von der Zeit gestellt waren. Wir wissen ferner, daß die nächste Epoche der Geschichte unweigerlich dem Sozialismus gehört. Soweit Menschen jetzt denken

können, soweit sie nicht phantastieren, sondern von den realen Tatsachen ausgehen, ist nicht daran zu denken: der Sozialismus ist eine historische Notwendigkeit, er wird die nächste Epoche der Geschichte der Menschheit beherrschen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Was unsere jetzigen Nachkommen weiter tun werden, um die Menschheit auf immer höhere Stufen der Kultur zu bringen, das sind Aufgaben, die nicht wir zu lösen haben. Wir müssen die Aufgaben lösen, die uns historisch zugewiesen sind.

Unser Programm kann nur nach wissenschaftlichen Methoden geschaffen werden. Was uns und dem Proletariat unser Programm sein soll, das wird verständlicher, wenn wir zunächst die Geschichte unseres Programms verfolgen. Dabei lernen wir zugleich ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung kennen.

5. Was ist uns das Programm?

Die Entwicklung der Menschheit mit ihrer ganzen Kultur vollzieht sich nach ökonomischen Gesetzen. Es handelt sich jedoch nicht um einen mechanischen Prozeß, den die Menschen als neugierige Zuschauer beobachten können oder den sie als ohnmächtige Opfer über sich ergehen lassen müssen. Die Menschen müssen vielmehr bewußt auf die Entwicklung einwirken, wenn ihre Existenz angenehm und nützlich sein sollen.

Das bedingt, daß die Menschen die Gesetze der Entwicklung kennen, daß sie wissen, mit welchen Mitteln auf die Entwicklung einzuwirken ist und welches Ziel erreicht werden muß.

Diese Erkenntnis wird zunächst in mühevoller wissenschaftlicher Arbeit von wenigen Forschern gewonnen. Es bedarf einer nicht minder mühevollen Arbeit, diese Erkenntnis auf immer weitere Kreise der Menschheit zu übertragen, sie zum gesellschaftlichen Bewußtsein zu erwecken und zum gesellschaftlichen Wollen und Handeln zu bringen.

Dazu bedürfen wir eines Programms.

Uns ist das Programm nicht eine Sammlung schöner Phrasen oder eine Sammlung von Forderungen für den Tag. Unser Programm ist nicht ermittelbar oder erfunden. Unser Programm kann nicht jedem etwas bringen und allen angenehm sein. Es ist nützlich für das Proletariat, verderblich für den Kapitalismus.

Unser Programm ist eine historische Tat. Es ist Wort für Wort geworden, es entwickelt sich mit der Geschichte. Die Grundlage unseres Programms bildet eine klare, knappe Formulierung des Ganges der Entwicklung der modernen menschlichen Gesellschaft. Daraus wird das von uns zu erreichende Ziel abgeleitet und die historische Aufgabe unserer Bewegung festgesetzt.

Uns ist das Programm die sichere wissenschaftliche Plattform, von der aus wir zum Ziel streben. Die Mittel und Wege zum Ziel ergeben sich aus der praktischen Anwendung der Grundzüge unseres Programms. Besten Bedenken unter den Füßen, das Ziel klar vor uns, so kämpfen wir.

Die Geschichte unseres Programms ist die Geschichte unserer Bewegung.

6. Das Kommunistische Manifest.

1847.

Mit dem von Marx und Engels 1847 verfaßten Kommunistischen Manifest beginnt die Reihe der Programme des wissenschaftlichen Sozialismus.

Nicht durch göttliche Mächte, ob sie nun Volk oder Vorsehung oder Satisfakt genannt werden, nicht durch ewige Ideen, nicht durch Naturgesetze, nicht durch Hebereißenkommen oder Gesellschaftsverträge werden die Geschicke der Menschheit bestimmt, sondern durch die Entwicklung der Arbeit. Die Arbeit hat den Menschen geschaffen, ihre Entwicklung ist die Triebkraft der Geschicke der Menschheit.

Die Menschen werden immer zahlreicher und haben immer mehr und immer höhere Bedürfnisse. Sie sind gezwungen, ständig auf die Steigerung der Ergiebigkeit ihrer Arbeit bedacht zu sein. Das führt zur fortwährenden Verbesserung ihrer Werkzeuge. Die Entwicklung der Werkzeuge verändert den Arbeitsprozeß. Die Entwicklung des Arbeitsprozesses verändert die ökonomischen Verhältnisse der Menschen zu einander. Die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse verändert die sozialen Zustände in der menschlichen Gesellschaft. Die Entwicklung der sozialen Zustände verändert die juristischen und politischen Einrichtungen, die ganze Ideologie der Menschen. Eine dauernde Entwicklung der Menschheit, ein ewiges Auf und Ab, je nach den jeweils besonderen Umständen und dem jeweils gearteten Bewußtsein und Wollen der Menschen.

Die materiellen Bewegungsgesetze wirken auf das Bewußtsein und Wollen der Menschen. Aber das Bewußtsein und Wollen der Menschen wirkt auf die materiellen Bewegungsgesetze. Es bestehen Wechselwirkungen zwischen den Grundursachen und den Zwischenursachen. Das Denkvermögen des Menschen als natürliche Anlage auf die Welt. Wie er aber denkt, das hängt ab von dem gesellschaftlichen Sein des Menschen.

So untersucht Marx die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Menschheit bis auf ihre Grundursachen, leitet Folgerungen logisch ab und prüft die Schlüsse an der Wirklichkeit. Marx arbeitet als Nationalökonom nach wissenschaftlichen Vorrichtungsmethoden, wie ein Naturforscher, Mediziner oder Chemiker auf dem Gebiet seiner Wissenschaft. So findet Marx das letzte Bewegungsgesetz in der Geschichte der Menschheit, seine Ursachen und Wirkungen. Und nun kann er wirksam und erfolgversprechend Erkenntnisse wecken, Wollen und Handeln im Proletariat auslösen. Das Proletariat muß als dazu berufene Klasse bewußt auf die Entwicklung der Geschichte der Menschheit einwirken. Dann besteht die Gewähr dafür, daß die kapitalistische Kultur nicht zusammenbricht, um dem Barbarismus zu verfallen, daß sie zu einer höheren Kulturstufe, dem Sozialismus, emporgeführt wird.

Seitdem der primitive Kommunismus aufgehört hat zu bestehen, ist die menschliche Gesellschaft in Klassen geteilt. Klassengegenstände und Klassenkämpfe beherrschen seitdem die Geschichte der Menschheit. Klassenkämpfe auf einer immer höheren Stufe der allgemeinen Entwicklung. Jetzt stehen wir auf der höchsten Stufe. Die letzten Klassenkämpfe zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie werden um die Befreiung der Massen überhaupt geführt. Mit dem Sieg des Proletariats fällt die Klassengesellschaft, hören die Klassengegenstände und Klassenkämpfe auf. Die planmäßig arbeitende Gesellschaft auf der Grundlage des bewußten, entwickelten, sozialistischen Kommunismus ist herbeigeführt.

Von den verschiedenen Klassen der Gesellschaft kommt allein das Proletariat als Träger und Vollstrecker der gewaltigen Revolution in Betracht, durch die der Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus gesetzt werden soll. Alle

anderen Klassen, mögen sonst Gegensätze zwischen ihnen bestehen, sind als Interessenten des Kapitalismus für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft oder für die Rückkehr zu überwindenen Entwicklungsstufen, sind entweder konservativ oder reaktionär.

Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Es muß die politische Macht erobern und die essentielle Gewalt ausüben, bis der Sozialismus bewirkt ist.

Das sind die Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus, die zum erstenmal in programmatischer Form im kommunistischen Manifest formuliert wurden und die im Verlaufe der modernen Arbeiterbewegung im einzelnen ergänzt, ausgebaut und vertieft werden. Das sind die wissenschaftlich-sozialistischen Grundzüge, deren Wichtigkeit durch die fortschreitende Entwicklung in immer gesteigertem Maße bestätigt wird.

Aus den Grundzügen ergeben sich die Richtlinien, ergeben sich die Mittel und Wege, die zum Ziele führen.

Die Grundzüge sind, soweit ihr spezifisch sozialistischer Charakter in Betracht kommt, das Dauernde für eine ganze große Epoche der Menschheitsgeschichte: vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Mittel und Wege, die zwar immer von den Grundzügen ausgehen und nach den Grundzügen orientiert sein müssen, sollen sie zum Sozialismus führen, verändern sich mit der jeweiligen Situation, wie sie sich innerhalb dieser Epoche jeweils ergibt: von Stufe zu Stufe, bis zur Eroberung der politischen Macht und von der Eroberung der politischen Macht bis zur Vollendung des Sozialismus.

Als das kommunistische Manifest geschrieben wurde, kämpfte sich die deutsche industrielle Bourgeoisie an, die politische Macht zu erobern und sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung auszuüben. Die Bourgeoisie war damals die revolutionäre Klasse. Sie stand im Kampf gegen die feudalen konservativen Massen. Das Kleinbürgertum, das infolge der freien Entfaltung des Kapitalismus seinen Untergang vor Augen sah, richtete seine Blicke zurück zur guten alten Zeit, in der das Handwerk einen goldenen Boden hatte. Das Kleinbürgertum war reaktionär.

Die Vertreter des kommunistischen Manifestes setzten ihre Hoffnungen auf die Revolution der Großbourgeoisie in Deutschland. Sie waren bereit, diese Revolution mitzukämpfen, in der Hoffnung, sie über die Ziele der Großbourgeoisie hinauszutreiben, sie zur proletarischen Revolution zu machen und den Sozialismus zum Siege zu führen.

Auf Deutschland richteten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt, als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die heutige Revolution also nur das unmittelbare Vorbild einer proletarischen Revolution sein kann.

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

Die Klassen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier.

Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie. Das Proletariat ist ihr eigenes Best.

Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Bekämpfung der Demokratie. Welche Mittel und Wege das herrschende Proletariat anzuwenden hat, um den Sozialismus zu verwirklichen, darüber sagt das kommunistische Manifest:

„Das Proletariat wird seine Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. der als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt durch despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unbetrieblisch sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch einen Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Werkzeugarmut und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Anstalten, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie. Einwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Essenzielle und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter.

Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

Das kommunistische Manifest erreicht seinen Höhepunkt in einem Aktionsprogramm, das von der Arbeiterregierung vom Tage ihrer Einsetzung ab durchzuführen ist. Es ist ein Aktionsprogramm für die Diktatur des Proletariats.

Alle Produktionsinstrumente — Produktionsmittel — werden Eigentum der herrschenden Arbeiterklasse, die ihre Macht durch eine feste zentralisierte Organisation — Staat — ausübt. Dies kann nur geschehen durch despotische — gewaltherrschende — Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch die Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln — gesellschaftliches Eigentum. Es wird bei dieser Gelegenheit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Staat kein „Ding an sich“ ist, das „über allen Klassen“ steht oder „zum Wohl des Volksganges“ wirkt, sondern daß er eine Herrschaftsorganisation der herrschenden Klasse ist.

Wenn für die proletarische Revolution auch die Grundsätze allgemein gültig sind, so hat sich doch die Art und Weise ihrer praktischen Durchführung je nach den besonderen Verhältnissen in jedem Lande besonders zu gestalten. Es handelt sich darum, in jedem Lande an das gegebene äußerste Ende anzuknüpfen und umgestaltend weiterzubauen.

Die unter 1. angeführte Forderung spielte schon in der Chartistenbewegung eine Rolle. Der radikale Chartistenführer O'Brien sah im Privateigentum an Grund und Boden die Quelle alles Übels und forderte darum Verstaatlichung des Grundeigentums. Damals eine Gegenwartsforderung, jetzt eine Forderung für die Zukunft. Marx und Engels waren sich darüber klar, daß eine solche Forderung nur durch eine siegreiche Revolution verwirklicht werden kann. Expropriation des Grundeigentums, nicht Konfiskation. Also nicht nur Fortnahme, sondern auch Ablösung. Dagegen unter 4.: Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen. Damit ist die Fortnahme des Geldkapitals ohne Entschädigung gemeint.

Unter 5. haben wir eine Forderung, die seinerzeit von Saint-Simon für die Gegenwart erhoben wurde. Hier gilt als Voraussetzung für die Erfüllung auch dieser Forderung die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Die 7. und 8. Forderung sind zur Erhöhung der Produktivität nötig, da mit dem Aufhören der kapitalistischen Wirtschaft eine erhöhte Konsumtion eintritt.

Von großer Bedeutung ist die 9. Forderung. Schon bei Owen und Fourier finden wir die Idee der landwirtschaftlichen Betriebe mit **Industrie**.

Die Verschmelzung von Stadt und Land schafft den Arbeitern Gelegenheit, ihre verschiedenen Fähigkeiten zu entwickeln und die Arbeit abwechslungsreicher zu gestalten; sie ist ferner von der größten Wichtigkeit für die Lösung der für die proletarische Revolution so schwierigen Agrarfrage.

Die 10. Forderung bezieht sich ebenfalls mit Fouriers Idee, die Erziehung der Kinder so zu gestalten, daß sie spielend nützliche Arbeit leisten.

Die beiden letzten zitierten Abschnitte des kommunistischen Manifests heben die Umwandlung der staatlichen Herrschaftsorgane in Verwaltungsorgane hervor: „So verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter.“ Nach diesem Gedanken begegnen wir schon bei Saint-Simon. Die Diktatur des Proletariats findet ihr Ende in der Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, in der sozialistischen Demokratie. Das kommunistische Manifest war das Programm des internationalen Kommunistenbundes für die letzte entscheidende Phase des Klassenkampfes mit klaren bestimmten Richtlinien für die praktische Durchführung des sozialistischen Kommunismus. Stolz und Kühn, ohne Rücksicht auf etwaige Misläuter oder auf irgendwelche Hilfe irgendwelcher nichtproletarischer Schichten und Massen trübten sie: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“

Die Hinweise auf O'Brien, auf Fourier, Saint-Simon und Owen sollen darauf aufmerksam machen, daß das kommunistische Manifest in allen seinen Teilen ein historisches Produkt ist.

Die Annahme, daß die proletarische Revolution unmittelbar auf die bürgerliche folgen werde, erwies sich bald nach 1848 als irrig. Fehlen ökonomisch dazu die Vorbedingungen in der Gesellschaft, so war das Proletariat weder materiell noch geistig reif und stark genug zur Übernahme und Behauptung der politischen Macht. Marx und Engels ließen sich deshalb auf keine Revolutionspielerei ein. Sie waren auch nicht der Meinung, daß sich die Arbeiterklasse nun begraben lassen müßte. Im Gegenteil, sie wiesen darauf hin, daß sich das Proletariat auf einen jahrzehntelangen energischen Klassenkampf einzurichten habe, in dessen Verlauf die Vorbedingungen zum Sieg geschaffen werden würden.

Diejenigen, die von der Revolutionspielerei nicht lassen konnten, verloren sich in Eklerielei oder im Anarchismus und erlangten nie eine nennenswerte politische Bedeutung. Geschweige denn, daß sie durch ihre Taten viel Nützliches zum Befreiungskampf der Arbeiterklasse beigetragen haben.

Der Margismus hat recht behalten, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt.

7. Offenes Antwortschreiben, 1863.

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Im Prinzip und in der Taktik stützte sich der Verein auf den Boden des Offenen Antwortschreibens, das Lassalle auf Ersuchen an das Leipziger Zentralkomitee für die Einberufung eines deutschen Arbeiterkongresses gerichtet hatte. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war die erste sozialistische Arbeiterorganisation in Deutschland.

Die erste Aufgabe für die Arbeiter war nach dem Offenen Antwortschreiben:

„Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, direkte und indirekte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Lösungswort und Programm dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen beschreiben kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.“

In diesem Sinne war denn auch im ersten Paragraphen des Organisationsplans als Zweck des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins angegeben, „auf friedlichem und gesetzmäßigem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu wirken, als das einzige Mittel, das eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Beseitigung der Klassengegenstände in der Gesellschaft herbeiführen kann“.

Rassalle fragte: „Sind die Schulze-Delitzschen Affoziationen, die Kredit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Konsumvereine imstande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?“

Rassalle antwortete mit dem entschiedensten Nein!

Die Kredit- oder Vorschuß- und die Rohstoffvereine existieren nur für den, der ein Geschäft für eigene Rechnung betreibt, für den kleinen Handwerker. Für den Arbeiter im engeren Sinn, für den Lohnarbeiter, kommen die genannten Vereine nicht in Betracht. Und die Konsumvereine? Auch die sind gänzlich unfähig, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken. Und zwar sagte Rassalle:

„1. Die Benachteiligung, welche den Arbeiterstand trifft, trifft ihn, wie das sub 2 anzuführende ökonomische Gesetz zeigen wird, als Produzenten, nicht als Konsumenten. Es ist daher schon eine ganz falsche Hilfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo wirklich der Schuh ihn drückt, als Produzenten.“

Unter 2 entwickelte dann Rassalle das eiserne Lohngesetz:

„2. Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwüngen jederzeit herum gravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben zu erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterzahl und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde,

Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt.

Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn bewegt somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurückfallen muß, herumzukreuzen, bald etwas über denselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen No-Standes und der Krisen).

Die Beschränkung des durchschnittlichen Arbeitslohnes auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft — das ist also, ich wiederhole es Ihnen, das eiserne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn unter den heutigen Verhältnissen beherrscht.

Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebenjoviele Gewährsmänner auführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der liberalen Schule selbst, denn gerade die liberale ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeutet und nachgewiesen hat.“

Dies eiserne und grausame Gesetz kann nicht durch Konsumvereine außer Kraft gesetzt werden. Solange einzelne Kreise von Arbeitern zu Konsumvereinen zusammentreten, solange wird der allgemeine Arbeitslohn nicht durch dieselben berührt. Die untergeordnete Erleichterung durch billigere Konsumtion bleibt auf die den Konsumvereinen angehörenden Arbeiter beschränkt. Wird mehr und mehr der gesamte Arbeiterstand durch die Konsumvereine erfasst, dann tritt vermöge des eisernen Lohngesetzes die Wirkung ein, daß der Arbeitslohn infolge des durch die Konsumvereine billiger gewordenen Lebensunterhalts um ebenjoviel fallen muß.

Wie also ist es möglich, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken? Nach Rassalle durch folgendes Mittel:

„Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — wie Sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eiserne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!“

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!

Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Affoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der heutigen Produktion von dem Produktionsertrag das oben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Ueberfluß auf den Unternehmer

verteilt, das ist die einzige wahrhafte, die einzige freien gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusorische Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Über wie? Werfen Sie einen Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffbauwerftstätten, die Baumwollspinnereien, die Stahlfabriken usw. usw., auf die zu diesen Anlagen erforderlichen Millionen, werfen Sie einen Blick in die Leere Jahre: Tauschen und fragen Sie sich, wo Sie jemals die zu diesen Anlagen erforderlichen riesigen Kapitalien hernehmen und wie Sie somit jemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen sollen.

Und gewiß ist nichts sicherer, nichts festerstehend, als daß Sie dies niemals ermöglichen würden, wenn Sie ausschließlich und lediglich allein auf Ihre isolierten Anstrengungen als Individuen reduziert bleiben.

Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten.

Wie die Staatshilfe erlangen?

Durch das allgemeine und direkte Wahlrecht. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen, dann werden die Arbeiter den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

„Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.“

Und wie das Wahlrecht erzwingen? Durch Agitation, Organisation und Presse.

Wietet das Kommunistische Manifest ein Programm für die praktische Durchführung des Sozialismus nach dem siegreichen proletarischen Klassenkampf. So gibt das Offene Antwortschreiben ein Programm zur Eröffnung des Klassenkampfes. Das Offene Antwortschreiben ruft die Arbeiter auf, den Kampf um ihre Befreiung zu beginnen. Das Ziel ist in weiter Ferne nur angedeutet: „Eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft.“

Im Kommunistischen Manifest wird offen erklärt, daß die Arbeiterklasse ihr Ziel nur erreichen kann durch den gewaltsamen Umsturz.

Nach dem Offenen Antwortschreiben gelten die friedlichen und gesetzlichen Mittel des Parlamentarismus als die einzigen Mittel, die eine soziale Besserstellung des Arbeiterstandes und die Beseitigung der Klassengegensätze herbeiführen können.

Unter 2 entwickelte Lassalle das eiserne Lohngesetz nach einer Wertelendungslehre, wie sie inhaltlich auch im Kommunistischen Manifest zu finden ist: „Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der

Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum.“

Die bürgerlichen Ökonomen leiteten das eiserne Lohngesetz aus der Bevölkerungstheorie von Malthus ab, nach der sich die Menschen rascher vermehren als die Nahrungsmittel. Lassalle dagegen übertrug, in Übereinstimmung mit dem kommunistischen Manifest, nicht Naturgesetze auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse der Menschen zueinander, er bemerkte ausdrücklich, daß das eiserne Lohngesetz „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit“ gelte. Ihm war das Lohngesetz nicht ein natürliches, sondern ein gesellschaftliches Gesetz, das durch andere organisierte gesellschaftliche Verhältnisse durch Produktionsassoziationen außer Kraft gesetzt werden kann. Marx hat zwar aber im ersten Bande des Kapitals — der drei Jahre nach Lassalles Tod, im Jahre 1867, erschienen ist — das elastische Lohngesetz der großkapitalistischen Gesellschaft nachgewiesen:

„Das Gesetz, das die industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Fesseln des Gefährlos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, das heißt auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“

Nach dem elastischen Lohngesetz von Marx ist die Schwere des Lohnes nach oben der Durchschnittsprofit der Kapitalisten, die Schwere nach unten die Erhaltung der Arbeiter. Zwischen diesen Schranken vollziehen sich die Bewegungen des Lohnes. Es kommt darauf an, in welchem Maße die Widerstandskraft der Arbeiter gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte wirksam ist, in welchem Maße die Arbeiter regulierend auf den Markt der Ware Arbeitskraft einzuwirken vermögen. Die Widerstandskraft der Arbeiter wird absolut gehemmt durch die fortschreitende Proletarisierung des Volkes. Das Proletariat vermehrt sich absolut und nimmt relativ ab. Die industrielle Reservearmee wächst. Die relative Widerstandskraft der Arbeiter steigt und fällt mit der Verminderung und der Vermehrung der industriellen Reservearmee, deren Ab- und Zunahme abhängig ist von dem Periodenwechsel der kapitalistischen Konjunktur. Nicht die Bewegung der Bevölkerung, sondern die Bewegung des Kapitals ist bestimmend für die Bewegung des Lohnes.

Im Kommunistischen Manifest werden neben anderen Maßnahmen die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats und die Vermehrung von Nationalfabriken gefordert, die zwar zunächst ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die sich aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unermesslich sind.

Im Offenen Antwortschreiben werden freiwillige Produktionsassoziationen mit Staatskredit gefordert, um den Unternehmergewinn und den Arbeitslohn aufzuheben und den Arbeitsertrag an ihre Stelle zu setzen. Lassalle glaubte also, daß sich das Gesetz der Lohnarbeit auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise beseitigen ließe.

Als Vergeltung der Arbeit wollte Lassalle den Arbeitsertrag an die Stelle des Lohnes treten lassen. Das ist eine unüberführbare Forderung. In keinem

Gesellschaft, weder in einer kapitalistischen noch in einer sozialistischen, ist es möglich, jedem den vollen Ertrag seiner Arbeit zu geben. Jeder Arbeiter ist Mitglied der Gesellschaft und wirkt in dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Jeder muß zur Erhaltung der Gesellschaft beitragen. Dazu gehören Produktion und Reproduktion, Erzeugung der direkten Lebensmittel und der Produktionsmittel, Erhaltung der Kranken, Alten und Schwachen, der Ausübenden öffentlicher Dienste und, je nachdem, auch Erzeugung bestimmter Metalle an Lebensmitteln. Darum kann nicht jeder den vollen Ertrag seiner Arbeit haben, sondern, unter Berücksichtigung des eben Gesagten, wird jeder nach seinem Bedürfnis und nach dem vorhandenen Reichtum der Gesellschaft an der Verteilung der Produkte teilnehmen.

Mary erforschte die Triebkräfte der Menschheit nach den Gesetzen der materialistischen Geschichtsauffassung. Seine Lehre war von unermesslicher Bedeutung auf den Gebieten der Geschichtsphilosophie, der Ökonomie und der Politik. Was ungezählte Generationen vor ihm auf diesen Gebieten geleistet haben, das hat Marx mit großer Kühnheit zusammengefaßt und emporgehoben.

Lassalle hatte zwar erkannt, daß die Arbeiterklasse einen selbständigen politischen Kampf führen müsse, er war aber nicht vom historischen Materialismus aus zu dieser Erkenntnis gekommen. Er dachte noch in den bürgerlichen Denkformen der Philosophie und der Rechtswissenschaft, die für die bürgerliche Ideologie bestimmend waren.

In der Tat aber handelte Lassalle durchaus marxistisch. Er knüpfte an das äußerste Ende der politischen Bewegung an. Zuerst versuchte Lassalle die Fortschrittler voranzutreiben. Als ihm das nicht gelang, rief er die Arbeiter zum selbständigen Kampf auf. Lassalle nahm die Idee der Assoziation auf, die damals gerade auch auf Arbeiterkreise starken Einfluß übte, als „das organische, unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus sich selbst entfaltende Genstorn“. Bedeutungsvoller jedoch als alles dies war Lassalles Ruf an die Arbeiter, den Kampf für die Eroberung politischer Rechte zu beginnen. Wenn das „freie Wahlrecht“ auch nicht das Zeichen ist, in dem die Arbeiterklasse liegen wird, so war es doch zweifellos die Kraft, den proletarischen offenen und planmäßigen Klassenkampf auszulösen, ohne den die Arbeiterklasse nicht zum Sieger und Vollstrecker des Sozialismus werden kann.

Die von Lassalle ins Leben gerufene Arbeiterbewegung war nicht die von einer Pause unterbrochene Fortführung jener Arbeiterbewegung, deren Kern der Bund der Kommunisten gewesen ist. Der Bund der Kommunisten war der Geheimbund einer kleinen erlesenen Schaar wissenschaftlich geschulter Sozialisten für den unmittelbar bevorstehenden Sieg der proletarischen Revolution und für die praktische Durchführung des Kommunismus.

Lassalle mußte mit der Arbeiterklasse eines ökonomisch und politisch rückständigen Landes rechnen, deren Denken sich noch vollkommen in den von der bürgerlichen Ideologie vorgeprägten Geleisen bewegte. Diese Arbeiterklasse mußte erst politisch geboten und zu einem langen zähen Klassenkampf auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft erzogen werden, bevor an die praktische Durchführung des Sozialismus zu denken war.

Ein Wort Lassalles ist darüber charakteristisch: „Für deutsche Arbeiter selbst merkwürdige Leute. Vor französischen und englischen Arbeitern, da mußte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, auch aber muß man vorher noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Solange ihr noch ein Stück schlechte Würst hat und ein Glas Bier, merkt ihr gar nicht und wagt

gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt eher von eurer verdammten Bedürfnislosigkeit.“

Das kommunistische Manifest hat internationalen Charakter und ist ein Ruf an die Proletarier aller Länder. Das Offens Antwortschriften hat nationalen Charakter und wendet sich an die Arbeiter eines bestimmten Landes.

8. Programm des Verbandes der deutschen Arbeitervereine. 1868.

In seinen Lebenserinnerungen erzählt Webel, daß die erste Schrift, die ihm von Marx in die Hände gekommen und die er mit Genuß gelesen habe, die Inauguraladresse für die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation gewesen sei. Diese Schrift lernte Webel Anfang 1865 kennen. Ende 1866 trat er der Internationale bei. Im übrigen sei er, erzählt Webel weiter, wie fast alle, die damals Sozialisten wurden, über Lassalle zu Marx gekommen. Lassalles Schriften waren in unseren Händen, noch ehe wir eine Schrift von Marx und Engels kannten. Den ersten Band des Kapitals von Marx, der 1867 erschienen war, las Webel 1869 im Gefängnis.

In den fünfziger und sechziger Jahren entstanden in Deutschland überall Arbeitervereine, in denen alle Richtungen der bürgerlichen Parteien vertreten waren. Von den republikanischen Demokraten bis zu rechtsstehenden Nationalvereinigern. 1861 wurde in Leipzig ein Gewerlicher Bildungsbund gegründet, dem Webel in der Gründungsversammlung beitrug. Als dann 1868 der Lassalle'sche Allgemeine Arbeiterverein geschaffen worden war, kam es zu heftigen Kämpfen zwischen ihm und den bürgerlich orientierten Arbeitervereinen.

Auf ihrem ersten Vereinstag, 1868 in Frankfurt a. M., setzten die deutschen Arbeiter- und Arbeiterbildungsbünde den fast einstimmig angenommenen Ausdruck an die Spitze ihrer Beratungen, daß der Vereinstag „es für erste Pflicht der in ihm vertretenen und aller Arbeitervereine sowohl als überhaupt des gesamten Arbeiterstandes hält, bei der Verfolgung seines Strebens nach geistiger, politischer, bürgerlicher und wirtschaftlicher Hebung des Arbeiterstandes einzig unter sich, einzig mit allen nach des deutschen Vaterlandes Freiheit und Größe Strebenden, einzig und mit helfend zu sein mit allen, welche an der Bereicherung der Menschheit arbeiten“.

Dieser Ausdruck war direkt gegen die Lassalle'sche Arbeiterbewegung gerichtet. Innerhalb der Arbeitervereine entstand jedoch sehr bald eine stetig wachsende radikalere Arbeiterbewegung, die nach politischer Befähigung strebte. Manche, die Lassalles Schriften lasen, um sie zu widerlegen, wurden durch ihr Studium Sozialisten. In den Vereinen tauchten alte Kommunisten und Sozialisten auf. Liebknecht belästigte sich neben Webel in den Arbeitervereinen. Sozialistische Schriften wurden empfohlen und verbreitet. 1867 wandte Webel sich in einem Brief an Staudinger, den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses der Arbeitervereine, gegen die immer noch gemachten Versuche, die Arbeitervereine von der Politik fernzuhalten. Webel wollte auch, daß mit der sozialistischen Internationale Verbindungen angeknüpft würden.

Auf dem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, der 1868 in Nürnberg zusammentrat, wurde unter Webels Führung beschlossen, dem Verband ein

sozialistisches Programm zu geben. Webel hatte den Generarat der internationalen Arbeiterassoziation gebeten, einen oder mehrere Delegierte zum Nürnberger Vereinsstag zu schicken. Der Generarat delegierte Escarins aus London. Auf dem Vereinsstag waren 23 Organisationen durch 115 Delegierte vertreten. Webel wurde zum Präsidenten der Tagung gewählt. Zu Einverständnis mit Liebknecht war Robert Schweißel damit betraut worden, einen Programmentwurf auszuarbeiten und ihn auf dem Vereinsstag zu begründen.

Mit 69 Stimmen, die 61 Vereine hinter sich hatten, gegen 40 Stimmen, die für 22 Vereine abgegeben wurden, gelangte folgendes Programm zur Annahme:

„Der zu Nürnberg versammelte fünfte Vereinsstag deutscher Arbeitervereine erklärt in nachstehenden Punkten seine Abereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation:

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Anständigkeit in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist das unentbehrliche Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Erneut in Erwägung, daß alle auf die ökonomische Befreiung der Arbeiter gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Ärmeln der Arbeit jedes Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Befreiung der Arbeit weder ein lokales noch nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, das alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaften gibt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittenen Länder abhängt, beschließt der fünfte Deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation.“

Die Grundlage dieses Programms bildet unverkennbar die programmatische Erklärung, die den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation beigegeben worden war, und an deren Formulierung Marx mehr als nur hervorragenden Anteil hatte. Die programmatische Erklärung lautet:

Programm der Internationalen Arbeiterassoziation.

1864.

„In Erwägung, daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß; daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht ein Kampf für die Klassen-

privilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft bedeutet; daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Anständigkeit in jeder Form, des sozialen Elends der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet; daß deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, dem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte, daß alle auf dieses große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Ärmeln der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, das alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existiert und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittenen Länder abhängt; daß das gegenwärtige Niederkommen der arbeitenden Klassen in den zivilisierten Ländern Europas, während es neue Hoffnungen weckt, eine feierliche Warnung vor einem Mißfall in alle Zukunft enthält und ein unmittelbares Bündnis der noch getrennten Bewegungen erfordert; aus diesen Gründen erklärt der Erste Internationale Arbeiterkongress, die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörenden Gesellschaften und Individuen, Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Verkenntnis oder Nationalität anzuerkennen. Der Kongress betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes oder Vorgesetzten nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.“

Punkt 1 und 2 des Programms der deutschen Arbeitervereine stimmen vollkommen überein mit dem Programm der Internationalen.

Punkt 3 des Programms der deutschen Arbeitervereine schließt mit der Erklärung, daß die soziale Frage nur im demokratischen Staat gelöst werden kann.

Der Schluß des Programms enthält ein entscheidendes Bekenntnis zur internationalen Solidarität.

So hatten wir nun zwei sozialistische Arbeiterbewegungen in Deutschland: die von Lassalle ins Leben gerufene und die von Webel und Liebknecht geleitete. Die erste erstrebte nach ihrem Programm die Befreiung der Massen gegenläufige, die zweite die Abschaffung aller Klassenherrschaft. Im offenen Antwortschreiben ist immer wieder die Rede von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes. Im Programm der Arbeitervereine wird als Ziel die Befreiung der arbeitenden Klassen genannt. Abereinstimmung bestand über die Notwendigkeit des politischen Kampfes zur Eroberung politischer Rechte.

Auch das Programm der Arbeitervereine war ein Programm für die erste Phase des selbständigen planmäßigen Klassenkampfes.

In der programmatischen Erklärung der Internationalen Arbeiterassoziation sind die großen Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus knapp und scharf umrissen: Selbständiger Klassenkampf, Vernichtung aller

Klassenherrschaft, ökonomische Vertretung der arbeitenden Massen. Daneben liegt der Ton vor allen Dingen auf der notwendigen Zusammenfassung der Arbeiter. Es gilt, die englischen Gewerkschafter, die französischen Proud-honisten und die deutschen Sozialreformer und Arbeitervereiner für die allen Arbeitern gemeinsamen Interessen zu vereinen. Es ergeht eine feierliche Warnung an die Arbeiter vor einem Mißfall in alle Irthümer. Keine Revolutionsromantik! Kein Paktieren mit der Bourgeoisie! Die soziale Frage kann nur unter Mitwirkung der Arbeiter der vorgeschrittensten Länder, nur international gelöst werden.

9. Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 1869.

Am 17. Juli 1869 erschien im Demokratischen Wochenblatt, dessen Redakteur Liebknecht war, ein Aufruf zum Zusammentritt eines allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses. Unterschrieben war der Aufruf von 66 ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, von 114 Mitgliedern des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, von einer Anzahl ehemaliger Mitglieder des Kasselerischen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, vom Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine der Schweiz, vom Deutsch-republikanischen Verein in Zürich, von Vertretern österreichischer Arbeiter und von Joh. Phil. Beder für die deutsche Abtheilung der Internationalen in Genf.

Bebel war beauftragt worden, einen Programm- und einen Organisationsentwurf auszuarbeiten und dem Kongreß vorzulegen. Der Kongreß wurde am 7. August 1869 in Eisenach eröffnet. Erschienen waren 262 Delegierte, die 193 Orte vertraten. Beschlossen wurde die Gründung einer neuen Partei unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit nachstehendem Programm:

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Erzielung des freien Volksstaats.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit 5. - zur Straß einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Massen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von den Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch die genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Massen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Ermägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und ein-

heitlich den Kampf führt, gibt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, wofür alle Länder, in denen es eine moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, bekennt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinigungsgesetze gestatten, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erzielung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.

2. Einführung der direkten Gesetzgebung (das heißt Vorschlags- und Verwerfungsbrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.

4. Erzielung der Volkswehr an Stelle der jetzigen Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Kadetengerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsbeschränkungen; Einführung des Normalarbeitstags; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.

10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Dieses Programm enthält ein Gemisch sozialistischer, sozialreformerischer und sozialdemokratischer Forderungen. Nach dem Abschluß von 1869 fand die Einberufung des Norddeutschen Bundes und der Zusammentritt eines norddeutschen Reichstages auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts in Aussicht. Mit Rücksicht darauf sollten die Arbeitervereine zu einer festeren politischen Organisation zusammengeschlossen werden. Diese Organisation sollte auch ein neues Programm bekommen. Bebel sagt darüber: „Daß das Programm einer sozialdemokratischen Partei konnte, war angesichts der Stellung, die ein Teil der führenden Elemente, Professor Rühlmann und andere, einnahmen, ausgeschlossen, auch war noch ein Teil der Arbeitervereine politisch zu rückständig, als daß wir einen solchen Schritt wagen konnten. Es wäre

zu einer Spaltung gekommen, und die mußte in diesem Stadium der Entwicklung vermieden werden.“ So wurde dann auf einer Landesversammlung, die am 10. August 1890 in Chemnitz zusammentrat, die Neue Demokratische Partei gegründet. Und zwar mit einem ausgesprochen bürgerlich-demokratischen Programm, in dem leichte sozialistische Ware in winzigen Mengen als Konterbande eingeschmuggelt war. Das Programm sei hier wiedergegeben, damit es mit dem Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1890 verglichen werden kann:

Forderungen der Demokratie

1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (das Parlament, die Kammeren der Einzelstaaten, die Gemeinden usw.). Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Ein mit größter Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.
2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt. — Kein Kleindeutschland unter preussischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen, sind von der demokratischen Partei auf das Entschiedenste zu bekämpfen.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession.
4. Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung, Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt mit unentgeltlichem Unterricht. Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der der Volksschule Entwichenen.
5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes und Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel. Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatsrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktionsgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.
6. Selbstverwaltung der Gemeinden.
7. Hebung des Rechtsbewußtseins im Volke durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte, namentlich auch in politischen und Preßprozessen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.
8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

Als Ziel ist in dem Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgestellt: die Errichtung des freien Volksstaats. Hier zeigt sich gleich die Wirkung der bürgerlichen demokratischen Ideen vom „freien Staat“. Der Staat ist die Herrschaftsorganisation der besitzenden Klassen. Der Sozialis-

mus wird nicht im Rahmen eines Staates verwirklicht werden, der die Menschheit ohne Rücksicht auf ihre ökonomischen Lebensbedingungen durch politische Grenzen trennt, er wird nicht staatliche Organisationen beschreiben lassen, sondern der Sozialismus sagt die Menschen über die staatlichen Grenzen hinaus zu einer Gesellschaft zusammen, er setzt Verwaltungsgorgane an Stelle der staatlichen Herrschaftsorgane. Die sozialistische Gesellschaft umfaßt alle Menschen, die in ihren materiellen und geistigen Lebensbedingungen aufeinander angetrieben sind.

Wenn so bürgerlich-demokratisch gedacht ist es, wenn unter 1 die politischen und sozialen Zustände als ungerecht charakterisiert werden. Das ist eine moralische Bewertung historischer Erscheinungen. Nur nach bürgerlichen Anschauungen gibt es ewige Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und dergleichen mehr. Politische und soziale Zustände wirken, solange sie mit der ökonomischen Struktur übereinstimmen, nützlich und fördernd. Sobald sie aber nicht mehr mit der ökonomischen Struktur übereinstimmen, wirken sie schädlich, hemmend und zerstörend auf die Interessen der Gesellschaft. Die rückständigen politischen und sozialen Zustände werden von den Sozialdemokraten nicht bekämpft, weil sie ungerecht sind, sondern weil sie beseitigt werden müssen, damit die Menschheit zu einer höheren Kulturstufe gelangen kann. Was die Arbeiter als ungerecht empfinden, das halten die Besitzenden für durchaus gerecht. Ungerechtigkeit ist ein relativer Begriff. Jede Zeit hat ihre besonderen Ansichten über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Zu jeder Zeit haben außerdem die verschiedenen Klassen je ihre besonderen Ansichten über die genannten Begriffe.

Es sind noch andere Ausdrücke im Programm zu finden, die erkennen lassen, daß die materialistische Geschichtsauffassung sich die Arbeiter erst noch erobern mußte. So wenn unter 3 von den gleichen Rechten und gleichen Pflichten und unter 6 vom Wohl der Gesamtheit die Rede ist.

Unter 3 wird die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten festgestellt, die die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form bildet. Hier wäre eine andere Formulierung besser gewesen. Eine Formulierung, die hätte erkennen lassen, daß auch der Grundbesitzer seinen Anteil an der Knechtschaft hat.

Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei enthält die Forderung der Beseitigung aller Klassenherrschaft und betont die Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes. Es enthält aber auch die Forderung des bollen Arbeitsertrags, wie die der freien Produktionsgenossenschaften und Staatskredit.

Dem II. Teil folgen zehn nächste Forderungen. Das Wahlrecht wird für alle Männer — an die Frauen ist noch nicht gedacht — gefordert. Das Wahlrecht ist die erste Vorbedingung für den politischen Kampf als Mittel zur ökonomischen Befreiung. Dann soll dem Staat Stillsitzen seine Macht genommen und dem Volke gegeben werden: direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr, weltliche Schule, Geschworenengerichte usw.

Im ganzen lehrte das Programm, wie die Sozialdemokraten jener Zeit darauf bedacht waren, die Mittel und Wege, die zum Ziel führen sollen, ständig zu modifizieren und zu ergänzen. Die Arbeiterbewegung hat sich auf einen langen zähen Kampf eingerichtet. Weit, weit in blauer Ferne winkt das Ziel: „der freie Volksstaat“.

10. Programm der Sozialdemokratischen Partei. 1875.

Die Lassalleaner wie die Eisenacher standen im scharfen Kampf gegen Bourgeoisie und Regierung. Lassalle'sche Schriften fanden über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hinaus Verbreitung unter den Arbeitern. Marx und Engels und die Internationale Arbeiterassoziation übten ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung aus.

Der gemeinsame Kampf gegen die herrschenden Gewalten wachte in immer steigendem Maße das Verlangen nach einer Einigung der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung.

Die Frage der Einigung wurde zum erstenmal offiziell auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Berlin, 1872, erörtert. Ein Antrag: „Die Generalversammlung möge Mittel und Wege suchen, um die verschiedenen Faktionen der deutschen Arbeiterpartei zu vereinigen“, war der Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Die Generalversammlung beschloß, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Der Verbandstag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1872, in Mainz, nahm einen Antrag an, in dem der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seinen sozialistischen Prinzipien gemäß als der einzige natürliche Bundesgenosse der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bezeichnet wurde. Der Parteiausschuß erhielt den Auftrag, ein prinzipielles Zusammengehen mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein immer von neuem zu versuchen und dafür Sorge zu tragen, daß die Faltung aller dem Deutschen Arbeiterverein abgewinkelten Mitgliedschaften eine versöhnliche werde.

Diese versöhnliche Stimmung fand bei dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein keine Gegenliebe. Im Mai 1873 beschloß er auf seiner Generalversammlung in Berlin einen Beschluß seines Vorstandes, nach dem „für die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in prinzipieller und formeller Beziehung durchaus keine Veranlassung vorliegt, an der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Zwecke einer Vereinigung mit der Eisenacher Partei eine Änderung vorzunehmen“. Dabei wurde von einer „sogenannten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ gesprochen, die nur in der Absicht gegründet worden sei, die Arbeiterbewegung zu schädigen und zu spalten.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erklärte darauf auf ihrem Eisenacher Kongreß im Jahre 1873, daß jeder Versuch auf Einigung der Partei oder auf Wahlen als aussichtslos einzustellen sei. Die Reichstagswahlen wurden von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei „nur als Agitationsmittel und als Prüfung für die Verbreitung ihrer Prinzipien“ betrachtet und „jeder Kompromiß mit anderen Parteien“ abgelehnt.

1874, auf seiner Centralversammlung in Hannover, lehnte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein abermals einen aus den Reihen seiner Mitglieder kommenden Einigungsantrag ab. Doch nicht mehr so scharf wie bisher. Die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag waren gezwungen, öfter gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen. Das tat nicht ohne Wirkung auf die streikenden Brüder.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die 1874 ihren Kongreß in Coburg abhielt, erklärte sich nach wie vor bereit zu einer Einigung. „Über den Modus einer solchen Einigung werden zum nächsten Kongreß seitens des Ausschusses

und der der Partei angehörigen Reichstagsmitglieder Vorschläge erwartet“. Der Kongreß erkannte gleichzeitig die Notwendigkeit einer Reform des Parteiprogramms.

Bersäurte Verzögerungen gegen die Sozialdemokraten beider Richtungen trieben die streikenden Klassenossen ebenfalls mehr und mehr zusammen. Es bildete sich eine Einigungskommission aus Vertretern der Lassalleaner und Eisenacher, die im Februar 1875 in Gotha zusammentrat, um die Programme der beiden Parteien zu „einem einzigen“ zu schmieden. Es wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, in der die Lassalleaner durch Gosenleber und Haffemann, die Eisenacher durch Weib und Liebknecht vertreten waren. Das neue „geschmiedete“ Programm löste vielfach heftigen Widerstand aus. Weibel, der in dieser Zeit im Gefängnis saß, war ebenfalls entrüstet über das neue Programm. Er arbeitete im Gefängnis sogar einen Gegenentwurf aus. Liebknecht erklärte, es sei, mit Rücksicht auf die Einigung, nicht mehr zu erreichen gewesen. Marx und Engels übten ebenfalls scharfe Kritik an dem Einigungsprogramm. Weibel wurde von allen Seiten bekräftigt, seiner Unzufriedenheit über das Einigungsprogramm nicht öffentlich Ausdruck zu geben, um die Vereinigung nicht zu gefährden.

Am 25. Mai 1875 trat dann der Einigungskongreß in Gotha zusammen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte 71 Delegierte geschickt, die 16 634 Mitglieder vertraten, von den Eisenachern waren 56 Delegierte erschienen, die sich auf 9121 Mitglieder berufen konnten.

Liebknecht referierte über die Programmfrage. Bei der Spezialberatung beantragte Weibel u. a. das Wahlrecht „für Staatsangehörige beiderlei Geschlechts“ zu fordern. Dieser Antrag wurde mit 55 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Viele Delegierte erklärten, daß sie deshalb gegen den Antrag gestimmt hätten, weil sie keine Forderung durch den Ausdruck „Staatsangehörige“ erfüllt hielten. Liebknecht war jedoch mit Weibel einverstanden, er verteidigte nur aus stilistischen Gründen den Ausdruck „beiderlei Geschlechts“.

Das einstimmig angenommene Programm lautet:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nützbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft das heißt allen ihren Mitgliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinsamer Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundfäden ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Beseitigung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Befreiung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich gänzlich im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktionsgenossenschaften sind für Industrie und Handwerk in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlage des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit Geheimert und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen im Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungs- tag muß ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahme-gesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtssprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderung.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabriken, Werkstätten und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfe- und Unterstützungszassen.

Karl und Engels haben das Einigungsprogramm gründlich und scharf kritisiert. Diese Kritik war zugleich eine Vorlesung über die Grundprinzipien

des wissenschaftlichen Sozialismus. Im nachstehenden folgen wir dieser Kritik. Der Satz, daß der Arbeiterpartei gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Klasse seien, wurde als großmütige, aber historisch falsche Passaflesche Phrase bezeichnet. Dieser Satz sei nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr, z. B. in einer Revolution des Proletariats oder in einem Land, wo nicht nur die Bourgeoise Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet habe, sondern auch schon nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildung bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt habe. Wenn das demokratische Kleinbürgertum zu dieser reaktionären Klasse gehörte, wie könne man da nicht weniger als sieben Forderungen, 1-5 und 1-2, die dies selbe Programm aufnehmen, die wörtlich übereinstimmen mit dem Programm der Volkspartei und Kleinbürgerlichen Demokratie? Alle diese Forderungen seien bürgerlich-demokratisch.

Das Prinzip der Internationalität der Arbeiterbewegung werde praktisch für die Gegenwart vollständig verleugnet. Dafür sei die blasse Aussicht übriggeblieben — nicht einmal auf ein späteres Zusammenwirken der europäischen Arbeiter zu ihrer Befreiung — nein, auf eine künstliche „internationale Völkerverbrüderung“ — auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ der Bourgeoise von der Friedensliga. Es wäre gar nicht nötig gewesen, von der Internationale zu sprechen. Aber das mindeste wäre doch, keinen Rückschritt gegen das Programm von 1864 zu tun, sondern etwa zu sagen: obgleich die Deutsche Arbeiterpartei zu nächst innerhalb der ihre gesetzten Staatsgrenzen wirke, so sei sie sich doch ihrer internationalen Solidarität bewußt und nach wie vor bereit, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hätten sich ferner das Passaflesche „eherne Lohngesetz“ ostroyieren lassen, das auf einer ganz veralteten ökonomischen Ansicht beruhe.

Weiter stelle das Programm als einzige soziale Forderung auf — die Passaflesche Staatshilfe in ihrer nacktesten Gestalt. Und das, nachdem fast alle, wo nicht alle, Redner der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Kampf mit den Passafleskanern genötigt gewesen seien, gegen diese „Staatshilfe“ aufzutreten! Dieser habe sich die Partei nicht demütigen können. Im besten Falle sei die „Staatshilfe“ im Passafleschen Sinne doch nur eine einzige Maßregel unter vielen anderen, um das Ziel zu erreichen, was hier mit den lahmern Worten bezeichnet werde: „um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“, als ob es für uns noch eine theoretisch ungelöste soziale Frage gäbe!

Verügt wurde auch, daß im Einigungsprogramm von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse mittels der Gewerkschaften gar keine Rede sei.

Alles den Passafleskanern zu Gefallen!

Daß ein Haufen ziemlich verwarren z. e. in demokratischer Forderung z. u. g. n. im Programm figurierten, von denen manche keine Modische seien, wie z. B. die „Gesetzgebung durch das Volk“, die in der Schweiz bestünde und mehr Schaden als Nutzen anrichte, wenn sie über. ist was anrichte. Verw. u. n. u. g. durch das Volk, das wäre noch etwas.

Der freie Volksstaat sei in den freien Staat verwandelt. Man sollte das ganze Vered. vom Staat fallen lassen. Während Schrijt gegen Branden und nachher das kommunistische Manifest sagten direkt, daß mit der Etablierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöse und verschwinde. Der Staat sei nur eine vorübergehende Erscheinung, deren man sich im Kampf, in der Revolution bediene, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten; es sei puren Unsinns, vom freien Volksstaat zu sprechen; solange das

das Proletariat den Staat noch gebraucht, gedraue es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner. Sobald nun Freiheit die Mode sein könnte, höre der Staat zu bestehen auf. Es sollte aberall das Wort Staat durch das Wort Gemeinwesen ersetzt werden.

„Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ sei auch eine sehr bedenkliche Phrase statt: „Aufhebung aller Klassengegenstände.“ Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der Gleichheit sei eine einseitige französische Vorstellung, anlehnd an das alte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, eine Vorstellung, die als Entwidlungsstufe ihrer Zeit und ihres Orts berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollte. Von Land zu Land, von Provinz zu Provinz, von Ort zu Ort sogar werde immer eine gewisse Ungleichheit der Lebenshaltung bestehen, die man auf ein Minimum reduzieren, aber nie ganz beseitigen können werde.

Mars und Engels drohten sogar, daß sie sich nie zu der auf dieser Grundlage errichteten neuen Partei bekennen könnten und daß sie sich sehr ernstlich werden überlegen müssen, welche Stellung sie — auch öffentlich — ihr gegenüber zu nehmen hätten. Engels war überzeugt, daß die Einigung auf solcher Basis kein Jahr dauern würde.

Es ist in der Tat unverkennbar: das Einigungsprogramm wurde vom baskulischen Geist und von kleinbürgerlich-demokratischer Ideologie beherrscht. Vom Marxismus ist darin wenig genug zu spüren. Einigung um hohen Preis! Auch um den Preis eines Mißschicks hinter 1889.

Wer wollte bestreiten, daß alle diejenigen, die damals für die Einigkeit der Arbeiterbewegung eingetreten sind, von den edelsten sozialistischen und menschlichen Motiven befeuert waren. Niemand wird auch verkennen wollen, daß der Wille zur Einigung in den Reihen der kämpfenden Arbeiter wie die allgemeinen Wellen immer zwingender wurden. Mehring selbst rechtfertigt in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie die Einigung als notwendig und fruchtbar, selbst auf Kosten eines klaren einseitigen Programms. Wer nun uns könnte dafür einreden, daß er damals nicht genau so gehandelt hätte wie Mehring und Bebel und alle anderen Freunde der Einigung?

Das alles sei beachtet.

Und doch, wenn wir die Geschichte der Arbeiterbewegung von 1875 bis 1914 kritisch betrachten, dann sind die Fragen erlaubt: War die Einigung nicht trotz alledem zu teuer erkauft? Sind die darübergehenden Erfolge so viel wertvoller gewesen, als der versärgerte dauernde Gewinn?

Entscheidungen von geschichtlicher Bedeutung werden desto richtiger bewertet, je länger der Zeithorizont ist, der zur Beurteilung ihrer Wirkungen herangezogen wird. Und ich kann nicht anders: ich glaube, daß es 1875 richtiger gewesen wäre, die Klarheit über alles zu stellen. Gewiß, die Einigung wäre nicht so rasch und so glatt zustande gekommen. Es wäre mühevoller gewesen, die Arbeiter für ein Programm auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu einigen. Aber der dauernde Gewinn für die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung wäre von fegensreicher Wirkung gewesen. Eine innerlich einigte, klare und zielbewußte Partei hätte sich sicher in allen Stürmen bewährt.

Die Kongressen, die 1875 um einer vorherrschend äußerlichen Einigung willen an die kleinbürgerlich-demokratische Ideologie gemacht wurden, haben für die zeitige Fügung des Proletariats böse Folgen genug gehabt. Die heute

noch reden und schreiben Sozialisten vom „freien Volksstaat“, vom „sozialistischen Zukunftsstaat“, vom bürgerlich-pazifistischen „Völkerbund“ (Wilson-Programm) und auch die „Vereinigten Staaten von Europa“ spielten besonders während des Krieges eine Rolle im Denken bürgerlich verfeuchter Sozialistengehirne. Phrasen von „Freiheit, Gleichheit und Demokratie“ nehmen schier kein Ende. Und leider war zu oft hören wir immer noch die Schwägerel, daß „jedem sein voller Arbeitsertrag“ werden müsse.

Sie blä in die Verfassung des Deutschen Reiches von 1919, der „freiesten Demokratie der Welt“, und in die seiner „Gliederstaaten“ genügt, um festzustellen, wie sehr rechtssozialistische Führer heute noch kleinbürgerlich-demokratisch, d. i. reaktionär, denken. Wie heißt es doch? „Das deutsche Volk, einzig in seinen Schicksalen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Eine wundervolle Einleitung für einen nationalistischen Primaneransatz. Und dann: „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus“ und dergleichen mehr. — Wahrhaftig: „Das alles stinkt nach Mühsalred, das ist verfault und verfaulend!“

Herr Wilhelm Dlos, der früher sozialistische Geschichtchen schrieb und heute rechtssozialistische Geschichtchen macht, ist ein typischer kleinbürgerlich-beschränkter Sozialist. Bei der Beratung der Württembergischen Verfassung im Württembergischen Landtag rügte ich Ausdrücke, wie Volksstaat usw., als nicht korrekt im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Da erhob sich der Präsident Württembergs, Herr Dlos, um mit der ganzen überlegenen Würde eines weltweisen Patriarchen zu erklären, daß doch sogar Marx — Artikel für eine Zeitung geschrieben, die den Namen Volksstaat trug! — Artikel über das historische Wissen des Herrn Dlos im ganzen Hause, Rechtssozialisten schauten triumphierend und unteilidig zu mir herüber: Welt, der kann's! In der Tat, ich war sprachlos.

Der Nationalismus, der sich in der Sozialdemokratie 1914 so herrlich offenbarte, ist auch ein Beweis dafür, wie sehr weite Kreise der Partei, von den Arbeitermassen außerhalb der Sozialdemokratischen Partei ganz zu schweigen, in kleinbürgerlich-demokratischem Denken befangen waren. Lange vor dem beispiellosen nationalen und internationalen Zusammenbruch der Sozialdemokratie im Jahre 1914 machte der Spaltplatz Opportunismus in der äußerlich so machtvollen deutschen Sozialdemokratie. Was aber ist der Opportunismus der Nationalsozialisten anders als die Demokratie der Bourgeoisie? Und was ist die Demokratie der Bourgeoisie anders als der Opportunismus der Nationalsozialisten?

Es wird die Aufgabe des Geschichtsforschers sein, zu untersuchen, in welchem Maße die Einigung von 1875 zum Zusammenbruch und zur eintlichen Scheidung der Sozialdemokraten von 1914 geführt hat.

11. Das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1891.

Obgleich das Einigungsprogramm von 1875 vom Einigungsongesetz eine Annahme angenommen worden war, war eigentlich niemand mit ihm zufrieden. Viele hatten entgegen ihrer besseren Einsicht neben eigenen und fremden

Widerstand nur unterdrückt, um die Einigung nicht zu gefährden. Aber von Stunde an wurde die Abänderung des Einigungsprogramms erstrebt. Die Angriffe richteten sich besonders gegen die Forderung der Produktionen von Maschinen mit Staatshilfe. Bevor jedoch eine gründliche Revision des Programms vorgenommen werden konnte, kam das Sozialistengesetz. Zwölf Jahre „Kampf auf Leben und Tod“ für die Partei. Die Sturmzeit wirkte aber auch aufschüttelnd und aufläuternd auf alle, die nun dem Todfeind des Proletariats Auge in Auge gegenüberstanden. In der Weißglut des Massenkampfes wurde die sozialistische Erkenntnis mächtig gefördert.

Die großen kühnen Gedanken des marxistischen wissenschaftlichen Sozialismus begannen sich innerhalb der modernen Arbeiterbewegung mannigfaltig durchzusetzen, die Puffballen wie die bürgerlich-demokratischen Ideen wurden mehr und mehr zurückgedrängt. Jedoch nicht völlig ausgerottet und unschädlich gemacht. Die geistige Entwicklung kann weder im Tempo noch im Ziel kommandiert werden, sie ist zu sehr abhängig von der materiellen Entwicklung und von gar zu vielen Nebenmständen.

Auf dem Parteitag in Halle, im Jahre 1900, stand die Programmforderung auf der Tagesordnung. Diebstahl ging als Referent Punkt für Punkt des Programms kritisch durch und kam zu dem Schluß: „Das alte Programm hat sich überlebt, schaffen wir ein neues. Dieses wird wiederum alt werden. Dann schaffen wir abermals ein neues. Was wir nicht tun, tun unsere Kinder.“

Einmütig wurde der Parteivorstand beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidierten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens drei Monate vor Zusammenritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.“

Der nächste Parteitag tagte in Erfurt, im Jahre 1901. Schon Monate vor dem Parteitag hatte der Parteivorstand einen Programmentwurf zur öffentlichen Diskussion gestellt, die sich sehr lebhaft gestaltete. Dem Parteitag lagen vier Entwürfe vor: 1. Entwurf des Parteivorstandes, 2. Entwurf der Redaktion der Neuen Zeit in Stuttgart, 3. Entwurf der Genossen Nutzbach, Kampfmeyer und Luz in Magdeburg und 4. Entwurf des Genossen Stern in Stuttgart, dazu eine Fülle von Vorschlägen. Alle Entwürfe bewegten sich im allgemeinen auf dem gleichen Boden der Grundansätze des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Parteitag setzte eine Kommission ein, die während der Tagung einen endgültigen Entwurf schuf. Diebstahl war Referent. Ohne Debatte gab der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei einstimmig folgendes Programm:

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerstückelten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Groß-

grundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verfallenden Mittelklassen — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Unsicherheit ihrer Existenz, des Glucks, des Brotes, der Ernüchterung, der Entleerung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Arme der überflüssigen Arbeiter, immer schärfer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandwerker zu verproletieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Aus der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirkt werden, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Massen aus einer Quelle des Glucks und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechtes, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Welt-

bedeuts und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich einig mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlrecht; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Berwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schüle-

rinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes. Rechtssprechung durch vom Volk gewählte Richter. Verurteilung in Strafjahren. Entschädigung unzulässig Angelegter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu bedecken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterjugengesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 20 Minuten in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Befreiung der Soldatenordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

In seinem ersten Teil aimet das Erfurter Programm marxistischen Geistes. Nach der Methode des historischen Materialismus wird in knappen Worten der Gang der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bis zum letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts festgestellt. Die Wirkungen dieser Entwicklung werden aufgezeigt und die Mittel und Wege genannt, durch die eine soziale Umwälzung zur Befreiung aller Unterdrückten herbeigeführt werden soll. Durch den selbständigen Klassenkampf soll die Arbeiterklasse die politische Macht erobern, um das kapitalistische Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum und die Warenproduktion in die sozialistische Produktion umzuwandeln.

Der grundsätzliche Teil des Erfurter Programms beharrt der Modernisierung und der Ergänzung. Es fehlt in ihm die Berücksichtigung der höchsten Stufe der kapitalistischen Entwicklung, der Epoche des Finanzkapitals, das im Imperialismus seinen politischen Ausdruck findet. Die Erscheinungen und die Wirkungen des Imperialismus und die sich daraus ergebenden neuen Aufgaben für die Arbeiterklasse wären klar zu formulieren. Es müßte weiter nachgewiesen werden, daß die Regelung der kapitalistischen Produktion durch Unternehmerorganisationen und die von Kapitalisten und Reformsozialisten erstrebte Arbeitergemeinschaft ebensowenig die ökonomischen und die sozialen Fragen zu lösen vermögen, wie die bis auf die Spitze getriebene Verstaatlichung und Militarisierung der Wirtschaft.

Es wäre ferner darzulegen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind und wie sie durchgeführt werden sollen, um die kapitalistische Gesellschaft aus dem imperialistischen Herrschaftsabbath auf eine höhere Stufe der Kultur zu führen, d. h., um den Sozialismus zu verwirklichen.

Wir dürfen nicht mehr von unserem Ziel in allgemein gehaltenen Sätzen sprechen. Das möchte hingehen, solange man das Ziel in weiter Ferne glaubte, solange es sich in der Hauptsache darum handelte, durch den Kampf um politische und wirtschaftliche Reformen die materiellen und geistigen Vorbereitungen für die Kämpfe des Proletariats gegen den Kapitalismus zu schaffen. Jetzt stehen wir in der letzten Epoche des proletarischen Klassenkampfes. Und nun müssen wir konkret sagen, was wir an die Stelle des Kapitalismus setzen wollen und wie wir es wollen. Dabei müssen auch die Reste der bürgerlich-demokratischen Ueberlieferungen ausgemerzt werden. Wir dürfen nicht mehr von den „gleichen Rechten und den gleichen Pflichten Aller“ sprechen, weil wir sonst dazu beitragen würden, in den Köpfen der Arbeiter falsche und falsche Auffassungen über den Sozialismus zu erhalten oder hervorzurufen. Das wäre besonders verhängnisvoll für uns in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die klimatischen Verhältnisse, die Bodengestaltungen, die Bodenbeschaffenheit, die Bodenschätze, kurz die Lebensmöglichkeiten und Lebensbedingungen sind überall anders und geben dem Menschen hier solche und dort andere Rechte und Pflichten. Aber auch unter gleichen Lebensmöglichkeiten und Lebensbedingungen regeln sich die Rechte und Pflichten für den einzelnen je nach seiner Stellung im Produktionsprozeß. Wir dürfen nichts zur auch nur scheinbaren Rechtfertigung des Vormürs gegen uns beitragen, nachdem wir eine „Blaue Gleichmacherei“ erstreben sollen. Obendrein müßte wir den Arbeitern, gerade in einer Zeit, wo jeder auf seinem besonderen Posten seine besondere Pflicht tun soll, um die sozialistische Produktion in Gang zu bringen, erst wieder klar machen, daß es „gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ nicht geben kann. Diese Aufklärungsarbeit nimmt unseren russischen Genossen, dazu mitten in der Revolution, viel Zeit und Kraft, die sonst für andere Aufgaben frei wären.

Das Erfurter Programm gibt uns Auskunft über den Stand der Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts. Der Kampf um Reformen war noch vorherrschend und das Ziel mehr oder weniger lediglich vorkämpfend. Dieser Kampf sollte das unmittelbare Ringen um die politische Macht und um das Ziel vorbereiten. Der 7. Abschnitt und die gesamten nächsten Forderungen beschäftigen das.

Es bleibt jedem überlassen, darüber zu entscheiden, ob diese nächsten Forderungen an den bürgerlichen Staat gerichtet werden oder ob sie als Uebergangsmassnahmen gedacht sind. In der Tat, diese Forderungen bringen uns in

Verlegenheit. Sie lauten zum erstenmal auf in dem Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1890, als bürgerlich-demokratischer Kompromiß. Seit 1890 erben sie sich in allen Programmen wie eine ewige Straußigkeit fort. Sie ändern sich mehr oder weniger in der Form, stehen sich nach der Mode zurecht, in ihrem Kern jedoch bleiben sie sich gleich. Im Einigungsprogramm von 1876 waren sie in zwei Teile gruppiert. Ein Teil war als Grundlage für einen neu zu schaffenden Staat gedacht, der andere Teil sollte schon in der heutigen Gesellschaft verwirklicht werden. Schauen wir uns die nächsten Forderungen näher an, dann müssen wir sagen, für heute wollen sie zu viel, d. h. mehr als die Bourgeoisie jemals gewähren wird, für morgen zu wenig.

Von allen nächsten politischen Forderungen ist von 1860 bis 1918 auch nicht eine einzige verwirklicht worden. Die auch im Erfurter Programm unter 1 aufgestellte Forderung wurde durch den revolutionären Umsturz vom November 1918 verwirklicht. Also durch einen III gewaltsamen Umsturz. Wenn aber das Proletariat zur politischen Macht gelangt ist, dann genügt es nicht, ein allgemeines Wahlrecht zu haben, dann ist das Wahlrecht so zu gestalten, daß es die Macht des Proletariats besitzigen und die der Kapitalisten endgültig ausschalten hilft. Anders ist die ökonomische Befreiung des Proletariats nicht durchzuführen, ohne die die politischen Freiheiten nur sehr bedingten Wert haben.

Die Forderungen unter 2 und 3 wollen Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr und Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volkvertretung. Heute können wir nicht von einem Volk sprechen, weil es in Klassen getrennt ist. In einer Klassegesellschaft kann es ebensowenig eine direkte Gesetzgebung durch das Volk geben, wie eine Volkswehr. Die ökonomische Befreiung läßt nur eine Scheindemokratie ankommen. Die bestehenden Klassen entscheiden auch heute noch in Deutschland, trotz der „freiesten aller Demokratien“, über die Gesetzgebung. Je demokratischer die Gesetze auf dem Papier formuliert sind, desto krasser stehen sie mit den realen Machtverhältnissen in Widerspruch. Das ist aber auch ihr einziger Vorzug. Die bestehenden Klassen verfügen, solange wie sie selbst bestehen, über jede Wehr, ob sie Reichweh, Volkswehr, Einwohnerwehr oder technische Stotwehr genannt wird, in ihrem Klasseninteresse. Alle Namen ändern nichts daran, daß es sich in einer Klassegesellschaft nur um Klassenwehren handeln kann. Kräft ihrer ökonomischen Macht beherrschen die bestehenden Klassen auch die sogenannte Volkvertretung, entscheiden sie auch über Krieg und Frieden.

Wenn die Arbeiterklasse herrscht, muß sie die Kapitalisten, also bestimmte Volksteile, sowohl von der Gesetzgebung und der Wehr wie von der Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließen.

Die 4. Forderung kann aus den eben angeführten Gründen ebenfalls weder in einer Klassegesellschaft noch in der Periode der proletarischen Diktatur verwirklicht werden. Durch diese Bemerkung wird der rechtssozialistische Verrat an der Revolution keineswegs gerechtfertigt, soweit er sich in der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und des Versammlungswortes ausdrückt. Das ist der Grund der bösen Tat, daß die freie Meinungsäußerung und das Versammlungswort des revolutionären Proletariats von der Rechtssozialisten unterdrückt werden.

Die Aufhebung aller Ausnahmegesetze, unter denen die Frauen leiden, die unter 4 gefordert wird, kann aus den vorstehend dargelegten Gründen auch erst tatsächlich mit der Befreiung aller wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Frau nicht nur, sondern auch der der Männer verwirklicht werden. Sie für

in der Artikel 108 der Verfassung Deutschlands heraus lehrreich. Dieser Artikel sagt: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“. Grundförmlich — Was von Punkt 4 gesagt ist, das gilt ferner auch für die Punkte 6 und 9, die gleichzeitig eine vollkommen ungeteilte gesellschaftliche Organisation voraussetzen.

Bei der Betrachtung der 6. Forderung ist zu beachten, daß es sich hier um zweierlei handelt: um Religion und Kirche. Wie die Rechtssozialisten die Wissenschaft des revolutionären Sozialismus, so hat die Kirche die Lehre des Christentums verfälscht. Wie der Religion muß sich jeder selbst auseinandersetzen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die heutige Religion als Massenerscheinung, nach Marx, erst verschwinden wird mit der kapitalistischen Gesellschaft. Solange durch die ganze Welt der kapitalistischen öffentlichen Erziehung die breiten Massen über die Triebkräfte der Menschheitsgeschichte und die sich daraus ergebenden ökonomischen und sozialen Zusammenhänge in Unwissenheit gehalten bleiben, werden Menschen an übernatürliche Kräfte glauben und von ihnen Erklärung und Hilfe erbeten. Es versteht sich danach, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, gegen die Religion zu Felde zu ziehen. Das richtige Ursache und Wirkungen zu erkennen.

Die Trennung der Kirche vom Staat, vom kapitalistischen Staat zu fordern, das wäre das Verlangen von ihm, eine seiner Säulen preiszugeben. Denn die Kirche hat aus der umstürzlerischen Idee des Christentums eine Lehre der Demut und der Unterordnung unter eine hohe Obrigkeit gemacht. Die heutige Kirche ist ein Teil des Staates, der in seiner Gesamtheit die Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen ist. Die Forderung 6 wird erst im Staat der Arbeiterklasse ihre praktische Bedeutung erlangen. Das lehren uns ebenfalls die Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet in der „freien Demokratie“ gemacht haben.

Die unter 7 aufgestellten Forderungen beziehen sich auf rein technische Erziehungsfragen. Dabei werden für die bestehenden Klassen noch Liebesgaben gewünscht. Denn die allgemein geforderte Mergelheit des Unterrichts und der Lehrmittel bedeutet ein Geschenk an die Besitzenden. Der Charakter und der Zweck der öffentlichen Erziehung werden bestimmt von Charakter und Zweck der jeweils vorhandenen Produktionsweise.

Das sozialistische Steuerproblem kann in dem kapitalistischen Staat ebenfalls nicht gelöst werden. Siehe zu Punkt 10 der Forderungen.

Zu den Forderungen des Arbeiterschutzes endlich ist zu sagen, daß die Grundlage des Arbeiterschutzes, die Sicherstellung des Koalitionsrechts, innerhalb des Kapitalismus nicht zu erreichen ist. Selbst wenn das Koalitionsrecht den Arbeitern gesetzlich garantiert wird, dann steht es in dem Augenblick nur auf dem Papier, in dem die Arbeiter ernsthaften Gebrauch davon machen wollen. Es sei nur an die russischen Streikverbote erinnert. Die Reformen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes werden sich in den engen Grenzen bewegen, die die Erhaltung der kapitalistischen Produktion trägt.

Die Reformbedürftigkeit des Exfurter Programms kann nicht bestritten werden. Es ist weder Ueberhebung noch Ueberwissenheit, die uns zu dieser Erkenntnis verholfen hat. Seit der Formulierung des Exfurter Programms sind fast 30 Jahre ökonomischer und politischer Entwicklung dahingegangen. Dann aber vor allen Dingen haben wir vier Jahre Krieg und ein Jahr Revolution durchlebt. Diese letzten Jahre haben uns besonders eindringlich eine ganze Fülle von Erfahrungen eingepaukt. Wir sind von manchem Irrtum,

von mancher Illusion geheilt und reifer geworden. Die Vernunft gebietet, daß wir daraus die nötigen Schlussfolgerungen ziehen. Die Geschichte ist nie fertig, sie ist dauernd in Fluß. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß wir den Gleichschritt mit der Geschichte nicht verlieren.

12. Programmatifche Rundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

1919.

Der Anfang des Krieges von 1914—1918 war das Ende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Opportunisten hatten die Oberhand in der Partei. Diese „Sozialdemokraten“ ergriffen sich als Nationalsozialisten. Sie brängten die sozialrevolutionäre Opposition aus der Sozialdemokratischen Partei und etablierten sich als nationalsozialistische Reformpartei. Um die Arbeiter über den wahren Charakter ihrer Partei zu täuschen, betrieben sie ihre opportunistischen Geschäfte unter der alten sozialdemokratischen Fikta weiter.

Die Opposition schuf sich in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine Organisation für den proletarischen revolutionären Massenkampf.

Während des Krieges sammelten sich in der sozialistischen Opposition Sozialdemokraten und sozialistische Gruppen aus den verschiedensten Gründen. Die einen als grundsätzliche Kriegseinde und Klassenkämpfer, die andern als Gegner der chauvinistischen Politik der Kaisersozialisten, die dritten, weil sie nicht mehr an einen Verteidigungskrieg glaubten, die vierten, nachdem ihnen durch nationalsozialistische Gewaltakte ein weiteres Fortleben in der alten sozialdemokratischen Organisation unmöglich gemacht worden war, usw. usw. Bevor eine Klärung und Sichtung auch nur innerhalb der sozialistischen Opposition erfolgen konnte, machte der Aufstand der Arbeiter und Soldaten im November 1918 dem Krieg ein Ende. Alle Schranken der alten Gewalten waren gefallen und hemmungslos konnte sich plötzlich die politische Bewegung betätigen. Welche, bisher mehr oder weniger indifferente Schichten der Arbeiter und aller anderen Gesellschaftsklassen wurden in die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe gerissen. Viele sozialistisch geschulte Klassenkämpfer waren im Krieg geblieben. Neue Agitatoren traten auf, darunter viele, die vor und während des Krieges noch nicht an der sozialistischen Bewegung teilgenommen hatten. Neue sozialistische, sozialrevolutionäre, sozialreformistische, opportunistische, kommunistische, syndikalistische und anarchistische Programme und taktische Richtlinien tauchten allenthalben auf und neue Parteien wurden gegründet. Ungeübte Massen wandten sich bald diesen, bald jenen Forderungen und Kampfmethoden zu. Gerade in den ersten Monaten nach dem November 1918 erreichte die allgemeine Unklarheit und Verwirrung ihren Höhepunkt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei trat am 2. März 1919 in Berlin zu einem Parteitag zusammen. Der Parteitag nahm zu den großen Problemen der Zeit Stellung. In einer programmatischen Rundgebung legte der Parteitag die grundsätzliche Stellung der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Revolution fest und in einem Aktionsprogramm gab er ihr die Richtlinien für die Fortführung der Revolution. Der Parteitag zählte 100 stimmberechtigte Mitglieder. Nur 8 Stimmen wurden gegen die programmatische Rundgebung abgegeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

Programmativische Grundgedanken

Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundsätzlichen Ziels des Erfurter Programms erklärt der Parteitag:

Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden.

Die Führer der Rechtssozialisten haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie treiben eine Verwirrungspolitik mit den Worten Demokratie und Sozialismus.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politische Besitztum nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Rechtssozialisten sie beschreiben, ist ein Gaußelpakt. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen, mit einer „gemischt-wirtschaftlichen“ Verwaltung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle“ der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Verstaatlichung reifen Betriebe.

Das Klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß sein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann, sondern daß dazu auch eine neue proletarische Kampforganisation erforderlich ist.

Im Rätesystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in den Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.

In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich das Rätesystem aus den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und wird zum Träger der proletarischen Weltrevolution.

Die geschichtliche Aufgabe der U. S. P. ist es, die Bannerträgerin des Klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein.

Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihren Kämpfen um die wirtschaftliche und politische Macht.

Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Verlebens der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Gest der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente.

Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der U. S. P. sind:

1. Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.
2. Völlige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch freiwilligen-Korps gebildeten Soldatenheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der Klassenbewußten Arbeiterkassen. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft. Aufhebung des Militärgerichtsbarkeit.
3. Die Verstaatlichung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaus und der Energie-Erzeugung (Strom, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Die Grundbesitz und große Betriebe sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe durch Verstaatlichung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, sowie Biederung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeineigentum zu überführen und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.
4. Wahl der Behörden und der Richter durch das Volk. Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigeren Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat.
5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll nutz zu steuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweise steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern zu decken. Die Kriegsanleihen sind zu annullieren unter Entschädigung der Bedürftigen, der gemeinnützigen Vereine, Institute und der Gemeinden.
6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Kriegsveteranen und -waisen und den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benutzung zu übergeben. Grundlegende Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens.
7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule. Öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialpädagogischen Grundjahren auszugestaltet ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und die Verwirklichung der hierzu erforderlichen Mittel.
8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Inzestate und Übertragung an die Kommunalbehörden.

8. Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. So-
fortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen
Räterepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiter-Inter-
nationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik
im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und
Brechtel.

Die II. S. P. ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung
aller proletarischen Kräfte, die sie erlangt, der vollständige und dauernde
Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. Das Bekenntnis
in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieser Kund-
gebung ist aber die notwendige Voraussetzung der Einigung der Ar-
beiterklasse.

Die programmatische Kundgebung beginnt: „I. Rechtfertigung der
leitenden Gedanken des grundsätzlichen 2. u. des Erfurter Pro-
gramms erklärt der Parteitag.“ Damit ist die Reformbedürftigkeit des
Erfurter Programms von der höchsten Instanz der Unabhängigen Sozial-
demokratie bereits ausgesprochen.

Die revolutionäre Situation war im März 1919 so kritisch, daß der Par-
teitag sich hauptsächlich darauf beschränken mußte, in einem während der
Tagung geschaffenen Aktionsprogramm die nächsten Forderungen auszu-
sprechen. Zur grundsätzlichen Teil der Kundgebung wird der Vermerkungs-
politik, die von rechtssozialistischen Führern mit den Worten Demokratie und
Sozialismus getrieben wird, das entschiedene klare Bekenntnis zum revolu-
tionären Klassenkampf, zur proletarischen Diktatur und zum Räteystem ent-
gegengesetzt. Dies Bekenntnis wirkte wie eine befreiende Tat, und ihm vor
allen Dingen ist es zuzuschreiben, daß die Arbeiter der Unabhängigen Sozial-
demokratie in Massen zugeströmt sind und daß sie in wenigen Monaten in
einem Maße erstarbte und wuchs, das beispiellos in der Geschichte der Par-
teien ist.

Die nächsten Forderungen entsprachen dem Stand der Revolution vom
März 1919. Die Räteorganisation war eine Macht, mit der die Regierung
rechnen mußte. Der Bürgerkrieg war noch akut und in verschiedenen Teilen
Deutschlands holte das revolutionäre Proletariat zu neuen Schlägen aus. Es
mußte damit gerechnet werden, daß die Aktionen, die hier und dort im Gange
waren, leicht zu einem neuen direkten Kampf des Proletariats gegen den kon-
terrevolutionären rechtssozialistisch-bürgerlichen Regierungsblock auf der ganzen
Linie führen konnten.

Wenn damals die Einordnung des Räteystems in die Verfassung gefordert
wurde, so geschah das nicht in der Absicht, den bürgerlichen Parlamenten ein
proletarisches Räteparlament beizusetzen, sondern aus dem Bestreben, die
revolutionären Rechte des Räteystems zu befestigen und zu erweitern. Die
Räte, nicht die von Regierungsgnaden verkrüppelten und und versüßten,
sondern die von den revolutionären Arbeitern aus eigener Kraft geschaffenen
Räte, sollen entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Ver-
waltung erhalten. Die Räte sollten, solange das Proletariat nicht mächtig ge-
nug ist, an Stelle der bürgerlichen Parlamente den Rätekongreß zu setzen, in
der Gesetzgebung und Verwaltung das entscheidende, das letzte Wort
sprechen. Im Gemeindeprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie, das

nach den Grundsätzen der programmatischen Kundgebung formuliert ist, kommt
das vollkommen eindeutig zum Ausdruck: Die Arbeiterräte „haben das Recht,
gegen Beschlüsse und Maßnahmen der städtischen Verwaltung Einspruch zu er-
heben und die Entscheidung des kommunalen Arbeiterrates an-
zurufen“.

Doch auch dieser Zustand war nur für die Zeit bis zur Eroberung der
politischen Macht durch das Proletariat gedacht. In dem Augenblick, in dem
das Proletariat die politische Macht besitzt, wird die bürgerliche Demokratie,
die in Wirklichkeit eine militaristisch-kapitalistische Diktatur ist, von der prole-
tarischen Diktatur abgelöst und der Rätekongreß wird die höchste Instanz des
proletarischen Staates.

Die Entwicklung der Reaktion seit März 1919 hat jedoch eine andere revo-
lutionäre Situation geschaffen. Heute herrscht Klarheit darüber, daß die
Forderung von der Einordnung des Räteystems in die Verfassung keine fort-
schrittliche Wirkung mehr haben kann. Die rechtssozialistisch-bürgerliche Re-
gierung hat durch ihren Betriebsrätegesetzentwurf gezeigt, daß sie den alten
Betriebsausschüssen nur einen neuen Namen geben will, die der harmonis-
tuseiligen Arbeitsgemeinschaft Vorbeandienste leisten sollen.

Die Arbeiterräte können sich als revolutionäre Organe nur als freie un-
abhängige Organisationen entwickeln, die soviel revolutionäres Recht aus
eigener Kraft besitzen werden, wie sie Macht haben. Die revolutionären Räte
werden-soviel Macht haben wie sie vom Proletariat empfangen.

So wenig es jemand zu fordern einfällt, daß die Unabhängige Sozial-
demokratische Partei in die Verfassungen eingeordnet wird, so wenig dürfen
wir heute fordern, daß die Räte in die Verfassung eingeordnet werden. Beide
Organisationen sind revolutionäre Kampforganisationen zur Eroberung der
politischen Macht als Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus.

Die erste Forderung der programmatischen Kundgebung ist demnach
gegenstandslos geworden.

Die unter 2 und 3 aufgestellten Forderungen erhalten erst Bedeutung
als Aufgaben für die Zeit der proletarischen Diktatur. Das irreführende
Wort Volkswehr ist durch ein zutreffenderes zu ersetzen, etwa Ar-
beiterwehr.

Die Forderungen im 4. Absatz sind zu trennen. Die erste, Wahl der Ge-
fördern und Richter durch das Volk, wird erst in der sozialistischen Gesellschaft
verwirklicht werden können, in der es weder wirtschaftliche Unterdrückung noch
Gesellschaftsklassen gibt. Die übrigen Forderungen kommen wiederum für die
Zeit der proletarischen Diktatur in Betracht und müssen auf die Revolutions-
vertäter und auf die Arbeitermörder ausgedehnt werden.

Die unter 5 bis 9 erhobenen Forderungen sind zu modifizieren.

Die Unabhängige Sozialdemokratie muß sich ein grundsätzliches Programm
schaffen, in dem ihr Ziel umschrieben ist, und ein Aktionsprogramm als
Parolen für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht. Für die
Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus müssen die Maßregeln
zur ökonomischen, sozialen, juristischen und politischen Umwälzung der Gesell-
schaft angedeutet werden.

13. Vorschläge für ein neues Programm.

War die programmatische Rundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Drang der Ereignisse zur knappen Feststellung der wichtigsten sozialrevolutionären Grundzüge geboren, so müssen wir jetzt darüber hinaus gründliche Arbeit leisten. Das ist es, was der gegenwärtige Stand des proletarischen Klassenkampfes gebieterisch von uns fordert. Diese gründlichere Arbeit kann nicht von einzelnen Genossen, nicht von Parteiklassen geleistet werden. Das neue Programm muß von der Partei geschaffen werden.

Ich schlage deshalb vor, daß wir uns über das Grundfähliche des neuen Programms ausprechen und verständigen. Der Parteitag hätte dann eine Programmkommission zu wählen und ihr den Auftrag zu geben, daß sie nach dem Parteitag zusammentritt und einen Entwurf zu einem Programm ausarbeitet. Dieser Entwurf ist von der Parteiklasse, wenn nicht besondere Ereignisse eine andere Regelung erfordern, mindestens drei Monate vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen und zur allgemeinen Diskussion zu stellen. Der nächste Parteitag hat dann die Schlussarbeit zu leisten.

Für die Arbeiten der Programmkommission habe ich einige Vorkedanken zusammengestellt, um Ihnen zu demonstrieren, wie unser grundsätzliches Programm gedacht werden muß. Es sind Gedanken aus verschiedenen Werken unserer allgemein anerkannten Theoretiker und Ergänzungen und Ausführungen, wie sie sich aus unseren Lehren ergeben.

Ich habe vor allen Dingen das „Kapital“ von Karl Marx benutzt. Dann das „Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding, das die höchste Epoche des Kapitalismus wissenschaftlich in ihren Ursachen, Erscheinungen und Wirkungen würdigt. Das Finanzkapital ist eins der aktuellsten Werke und keiner unserer Agitatoren sollte veräumen, es nach dem Kapital von Karl Marx zu studieren. Jeder wird großen Gewinn davon haben. Ich verweise besonders auf die Ausführungen, die über die Stellung der verschiedenen Massen und Schichten zum Finanzkapital gemacht sind und wie schließlich die Diktatur der Finanzkapitalisten in die Diktatur des Proletariats umschlagen wird. Weiter habe ich das Werk unserer Genossin Luxemburg über die Akkumulation des Kapitals benutzt, die ökonomische Würdigung des Imperialismus. Endlich habe ich die bisherigen sozialistischen Programme benutzt, soweit sie Gedanken von bleibendem Wert enthalten.

Es ergeben sich aus alledem folgende

Zeitgedanken für ein neues Programm der Unabhängigen Sozialdemokratie,

die als der Programmkommission als Material zu überweisen bliebe:

Die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden, Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese schwerkere und furchtbare Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals.

Das selbstertarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen unabhängigen Arbeitsindividuum mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, das auf Ausbeutung fremder, aber formell freier Arbeiter, Lohnarbeiter, beruht.

Das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln und die Lohnarbeit bilden die Grundform der kapitalistischen Produktion, die Voraussetzung

des Mehrwerts ihre Arbeitskraft. Den Mehrwert schaffen die Arbeitnehmer durch Mehrarbeit.

Der Mehrwert spaltet sich in verschiedene Teile. Seine Bruchteile fallen verschiedenen Kategorien von Personen zu und erhalten verschiedene, gegeneinander selbständige Formen, wie Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente usw.

Ein Teil des Mehrwerts wird als Kapital angewandt und dem allen hingeweiht, akkumuliert. Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Akkumulation von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation des Kapitals.

Der Kapitalismus kommt zur Welt und entwickelt sich historisch in einem nichtkapitalistischen sozialen Milieu.

In den westeuropäischen Ländern umgibt ihn zuerst das feudale Milieu, aus dessen Schoß er hervorgeht. — Die Landwirtschaft auf dem platten Lande, das Kunsthandwerk in der Stadt —, dann, nach Abkämpfung des Feudalismus, ein vorwiegend bäuerlich-handwerkemäßiges Milieu, also einfache Warenproduktion in der Landwirtschaft wie im Gewerbe.

Außerdem umgibt den europäischen Kapitalismus ein gewaltiges Terrain außereuropäischer Kulturen, das die ganze Skala von Entwicklungsstufen von den primitivsten kommunikativen Herden wandernder Jäger und Sammler bis zur bäuerlichen und handwerkemäßigen Warenproduktion darbietet.

Mitten in diesem Milieu arbeitet sich der Prozeß der Kapitalakkumulation vorwärts.

Der Kapitalismus bedarf zu seiner Existenz und Fortentwicklung nichtkapitalistischer Produktionsformen als Absatzmarkt für seinen Mehrwert, als Bezugsquellen seiner Produktionsmittel und als Reservoir der Arbeitskräfte für sein Lohnsystem.

Der Kapitalismus führt deshalb vor allem stets und überall einen Vernichtungskampf gegen die Naturalwirtschaft in jeglicher historischer Form, auf die er stößt.

In diesem Kampf bilden politische Gewalt, Revolution, Krieg, Pest und Verzug, staatlicher Steuerdruck und Willkür der Waren die Hauptmethoden.

Die Akkumulation des Kapitals hat drei Phasen: der Kampf des Kapitals mit der Naturalwirtschaft, der Kampf mit der Warenwirtschaft und der Konkurrenzkampf des Kapitals auf der Weltbühne um die Stelle der Akkumulationsbedingungen.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion erreicht der bäuerlichen Wirtschaft immer einen Zweig des Gewerbes nach dem andern, um sie zur fabrikmäßigen Massenproduktion zu konzentrieren. Die kapitalistische Industrie verwandelt die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten. Das selbständige Handwerk, die kleinen Industriellen, die kleinen Kaufleute und Rentiers, die Bauern und alle diese Klassen und Schichten erliegen im Konkurrenzkampf gegen den Großkapitalismus und Großgrundbesitz, sie werden kapitalabhängig, ruiniert, aufgerieben, ins Proletariat geschleudert.

Die Expropriation der Volksmassen wirkt zur Expropriation der ungeheuren Mehrheit in der kapitalistischen Gesellschaft. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer größer die Zunahme der Ausbeutung ihrer Existenz, des Lebens, des Ruhs, der Gesundheit, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Auf der anderen Seite schafft die technische Entwicklung der Produktionsmittel, die Entwicklung der Produktivkräfte, die wachsende Produktivität der menschlichen Arbeit eine ständig größer werdende Zahl überschüssiger Arbeiter: die industrielle Reservearmee.

Der Kapitalismus setzt überall, wo er hinkommt, an die Stelle der Naturalwirtschaft die Warenwirtschaft und zwingt alle nichtkapitalistischen Schichten und Gesellschaften, für das Kapital Warenabnehmer und Warenverkäufer zu werden. Das Kapital tritt dann selbst an die Stelle der einfachen Warenproduktion. Es gerät die ihm dabei hinderlichen allen sozialen Verbände wie die alten rechtlichen und politischen Einrichtungen.

Zur Beseitigung von Verhältnissen, die den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals widersprechen, deren ökonomische Überwindung nur schwer und allmählich zu erreichen ist, appelliert das Kapital an die Staatsgewalt und stellt sie in den Dienst der Expropriation, die das „freie“ Lohnproletariat schafft.

Die kapitalistische Kolonialpolitik arbeitet mit Verletzung kommunistischer Eigentumsrechte, Enteignung von Grund und Boden, harten Steuern, mit Sklaverei und Kalleinjur, mit Feuerwaffen, Schnaps, Bluthunden, Syphilis, Wibel usw., mit auswärtigen Anleihen, Eisenbahnbauten, Revolution und Krieg.

Die Revolution ist in dem Prozeß der kapitalistischen Emanzipation der Hinterländer nötig, um die aus den Zeiten der Naturalwirtschaft und der einfachen Warenwirtschaft übernommene, deshalb veraltete Staatsform zu sprengen und einen für die Zwecke der kapitalistischen Produktion eingerichteten Staatsapparat zu schaffen.

Der Krieg ist gewöhnlich die Methode eines jungen kapitalistischen Staates, um die Vormundschaft der alten Staaten abzuschleifen, die Feuerkurse und Probe der kapitalistischen Selbständigkeit eines modernen Staates, weshalb die Militärreform und mit ihr die Finanzreform überall die Einleitung zur ökonomischen und politischen Verfestigung bilden.

Die alten kapitalistischen Länder können ihre Interessen nur durch stete Vermehrung ihrer Machtmittel wahren.

Bei der hohen Entwicklung und der immer heftigeren Konkurrenz der kapitalistischen Länder um die Erwerbung nichtkapitalistischer Gebiete nehmen die Akkumulationsmethoden des Kapitals an Energie und Gewalttätigkeit zu, sowohl in seinem aggressiven Vorgehen gegen die nichtkapitalistische Welt, wie in der Verschärfung der Gegensätze zwischen den konkurrierenden kapitalistischen Ländern.

Die Schlussphase des Kapitalismus ist der Imperialismus. Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten Weltmilieus.

Die imperialistische Schlussphase des Kapitalismus besteht aus einer ununterbrochenen Reihe von Konflikten, Krisen und Katastrophen jeder Art. Die Völker aller Länder werden von Massenanschiebung, Massenplünderung, Massenraub und Massenmord, von Unterernährung und Hunger, von wirtschaftlichem und finanziellem Elend heimgesucht und bezwungen. Anarchie auf allen Gebieten und Mordfall in die Barbarei drohen der ganzen Welt.

Der Kapitalismus kann nur leben und sich entwickeln von dem Feind: nichtkapitalistischer Normalen. Geographisch umgibt der nichtkapitalistische

Milieu heute noch die weitesten Gebiete der Erde. Gemessen jedoch an der gewaltigen Masse des bereits akkumulierten Kapitals der alten kapitalistischen Länder, das um die Absatzmöglichkeiten für sein Mehrprodukt, wie um Kapitalisierungsmöglichkeiten für seinen Mehrwert ringt, gemessen ferner an der Rapidität, mit der heute der kapitalistische Gebiete in kapitalistische verwandelt werden, erscheinen diese Gebiete als geringer Rest.

Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet.

Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen, als ihr Milieu und ihr Nährboden nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit gescheitert, eine Weltform der Produktion zu sein. Er ist ein lebendiger historischer Widerspruch in sich selbst, seine Akkumulationsbedingung ist der Ausdruck, die fortlaufende Lösung und zugleich Potenzierung des Widerspruchs.

Auf einer gewissen Höhe der Entwicklung kann dieser Widerspruch nicht anders gelöst werden, als durch die Anwendung der Grundlagen des Sozialismus, — derjenigen Wirtschaftsform, die zugleich von Hause aus Weltform und in sich ein harmonisches System, weil sie nicht auf die Akkumulation, sondern auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschheit selbst durch die Entfaltung aller Produktivkräfte des Erdlandes gerichtet sein wird.

Der Sozialismus ist das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er wird verwirklicht werden in der bewußt organisierten und planmäßig arbeitenden sozialistischen Gesellschaft, die die Völker aller Länder umfaßt.

Die sozialistische Gesellschaft baut sich auf auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, das die Lohnarbeit und jede wirtschaftliche Unterdrückung aufhebt und alle arbeitsfähigen Menschen nach gemeinsamen ökonomischen Grundgesetzen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß zusammenschließt, das die Gesellschaft von vornherein in den Besitz der Produkte setzt. An die Stelle der kapitalistischen Warenproduktion tritt die sozialistische Bedarfsproduktion, an die Stelle des kapitalistischen Warenauslaufes die sozialistische Verteilung der Produkte: jedem nach seinem Bedürfnis und nach dem jeweils vorhandenen Reichtum der Gesellschaft.

Die ständig wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit, die in der kapitalistischen Gesellschaft für die ausgebeuteten Massen eine Quelle des Elends und der Unterdrückung ist, wird in der sozialistischen Gesellschaft zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Verbesserung.

Der Sozialismus bedeutet die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern die Befreiung der Menschheit aus zum Hemmnis für ihre weitere Entwicklung gewordenen heraklischen ökonomischen, sozialen, juristischen und politischen Lebensverhältnissen. Der Sozialismus bedeutet Aufstieg der Menschheit zu höheren Kulturstufen.

Parteilosigkeiten und Parteigenossen! Soweit die Zeitgedanken. Unser grundrissliches Programm soll eine immer wachsende der proletarischen

Zeit und der kapitalistischen Entwicklung bis zu ihrem gegenwärtigen Stand mit ihrer Ursachen und Wirkungen geben. Daraus ergibt sich dann eine Darlegung über den Sozialismus, der an die Stelle des Kapitalismus treten muß. Unser Ziel ist mit feinen Strichen zu zeichnen. Mehr braucht in dem grundsätzlichen Programm nicht zu stehen. Die praktische Anwendung unserer Grundsätze und Forderungen ist in einem Aktionsprogramm anzugeben.

14. Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Unsere Taktik wird dann am sichersten für die proletarische Revolution und für den Sozialismus sein, wenn sie nichts anderes ist, als die praktische Anwendung unserer Grundsätze und Forderungen. Wir müssen es ablehnen, Programm und Taktik als von einander unabhängige Dinge gelten zu lassen, wie das zum Beispiel die Rechtssozialisten tun, die sich nach ihren Behauptungen immer noch zu den Grundsätzen des Erfurter Programms bekennen und zu gleicher Zeit eine opportunistische Taktik betreiben, die direkt gegen das Programm gerichtet ist. Unsere Grundsätze und Forderungen sind keine Phantasielprodukte, auch sind sie nicht aus parteipolitischen Absichten zur Gewinnung aller möglichen Klassen und Schichten als schöne Worte gedacht, es handelt sich bei ihnen um historische, nach wissenschaftlichen Methoden gewonnene Resultate. Unsere Taktik muß dauernd aktuell sein. Wir müssen mit der allgemeinen Entwicklung stets im Gleichschritt bleiben und dürfen unser Ziel nie aus dem Auge verlieren. Unser Ziel ist im eigentlichen Programm aufgestellt. Die Mittel und Wege zur Erreichung unseres Ziels müssen in einem Aktionsprogramm angegeben werden. Die sozialistische Gesellschaft wird in ihren Anfängen schon in der kapitalistischen Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, die zum Sozialismus drängenden Tendenzen zu stärken und immer stärker hervortreten zu lassen, die Entwicklung betruht im Sinne des Sozialismus zu beeinflussen und voranzutreiben. Wir stehen mit beiden Beinen in der Wirklichkeit. Darum dürfen wir auch keinen Augenblick untätig sein. Wir müssen fortgesetzt zu allen öffentlichen Fragen Stellung nehmen und überall und immer da sein, wenn es gilt, dem Kapitalismus eine Schlappe zu liefern. (Vollst.)

Darum habe ich von vornherein die Ansicht abgelehnt, die in dieser Zeit immer wieder auftritt und die besagt, daß das revolutionäre Proletariat sich nicht politisch betätigen dürfe. Syndikalistien und Anarchisten und früher auch die meisten Kommunisten setzten ihre ganze Hoffnung nur noch auf „die eine direkte Aktion“, die eines Tages das Wunder der Erlösung vollbringen sollte.

Das hieße, einen luftleeren Raum konstruieren zu wollen, was ein unmögliches Verlangen ist. Das hieße, uns selbst in Wohlgefallen aufzulösen oder mit einem Wort: als revolutionäre Bewegung abzudanken und in die Gebiete von Illusionen zu flüchten. (Sehr gut!) Unsere Bewegung trägt keine Pause. Wir können nicht latenten warten oder auf irgendein Kampfmittel verzichten. Auch das geringste Kampfmittel richtig angewandt, ist fruchtbar für unsere Bewegung und muß angewandt werden. (Nur: Sehr richtig!) Es darf nicht ein Gebiet, nicht einen Winkel geben, wo wir nicht den Kapitalismus, den Todfeind des Proletariats, stellen und ihm zu Leibe rücken. (Zuruf: Sehr richtig!) Unsere Bewegung muß ein ununterbrochener Kampf sein ohne Maß und ohne Ruh, immer müd, stets tatkräftig und erregt. Damit wir

diesen ununterbrochenen Kampf planmäßig und zielbewußt führen, müssen wir ein Aktionsprogramm haben, in dem wir vom Allernächsten zum Nächsten und vom Nächsten zum Ferneren Stellung nehmen.

Genossen und Genossinnen! Wir leben in einer Zeit, wo unser Ziel, der Sozialismus, kein unerreichbar scheinender Zukunftsstraum mehr ist sondern, wo dies Ziel dicht vor uns steht. Wir können nicht mehr ausweichen und sagen: Wir wissen nicht, wie unsere sozialistische Gesellschaft beschaffen sein wird, das muß die Zukunft lehren. Das könnte gesagt werden, solange wir noch um die ersten politischen und wirtschaftlichen Reformen kämpfen müßten, um die Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein zu erwecken, sie zu sammeln, sie kampffähig und stark für ihre historische Aufgabe zu machen. Heute müssen wir Stellung nehmen und wir sind so glücklich, Stellung nehmen zu können, weil wir die wissenschaftlichen Werke unserer Vorkämpfer haben. Wir müssen nur verstehen, diese Schätze zu heben und uns nicht scheuen, aller Welt zum Trost die nötigen Konsequenzen aus den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zu ziehen. Wir müssen die Verwirklichung des Marxismus, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, rücksichtslos aufdecken und vernichten. Und gerade in dieser Zeit der Irrlehren und des politischen Überglaubens ist es uns aller, ein Bedürfnis, mutig anzusprechen, was wir als gesunkene Sozialisten auszusprechen haben. Die Parteileitung hat in Verbindung mit der Disziplinarkommission eingeseht, die die Aufgabe haben, durch gründliche Erhebungen aller Welt zu zeigen, was heute auf ökonomischem, sozialem, juristischem und politischem Gebiet getan werden müßte, um aus der kapitalistischen Anarchie und Barbarei herauszukommen und zum Sozialismus zu gelangen. Sie sehen, daß wir uns mit ganz realen Tatsachen auseinandersetzen, daß wir uns stark und fähig genug wissen, mit der rauhen Wirklichkeit fertig zu werden. Was sofort getan werden müßte, um das Volk aus Not und Elend herauszuführen, das werden wir in breiter Öffentlichkeit sagen. Wir sind eine Arbeiterbewegung mit gewaltigen Aufgaben und keine Verschwörer, die mit dem Dolch im Gewande durch die Mächte schleichen. Als Trägerin einer Massenbewegung müssen wir am hellen Tage allen Menschen unsere Grundsätze und Forderungen verkünden, müssen wir die Millionen Kopf- und Handarbeiter zum planmäßigen Kampf für unsere, das heißt Ihre Sache, rufen und führen. Die Arbeiten der Kommissionen werden öffentlich zur Diskussion gestellt werden, bevor sie ihre endgültige, offizielle Gültigkeit erhalten.

Daß die Arbeiten der Kommissionen noch nicht veröffentlicht werden konnten, legt nicht daran, daß die in Betracht kommenden Genossen müßig sind; es liegt nur daran, daß es sich um große Aufgaben handelt, die man nicht kurzweilig erledigen kann, die sehr viel Mühe und Arbeit erfordern. Aber Sie können versichert sein, wir drängen und treiben fortgesetzt. Wir hoffen, daß die ersten Kommissionsarbeiten schon in nächster Zeit zur öffentlichen Diskussion gestellt werden können. Auch diese Arbeiten sind ein Teil unseres Programms und erst, wenn auch die Arbeiten der Kommissionen fertig sind, werden wir ein lückenloses Programm haben. Es wird ein epochemachendes Werk von weltgeschichtlicher Bedeutung sein.

Für den unmittelbaren Kampf brauchen wir sofort ein Aktionsprogramm. Das muß von diesem Parteitag geschaffen werden. Im Auftrag der Parteileitung lege ich Ihnen den Entwurf zu einem Aktionsprogramm vor, der von der Parteileitung nach eingehenden Beratungen einstimmig angenommen

Aktionsprogramm.

„Die proletarische Revolution hat zwei große Epochen: den Kampf um die Erwerbung der politischen Macht und ihre Verhauptung für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.“

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegenätze untereinander, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern gleich. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert also den internationalen Zusammenbruch und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der ganzen Welt. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Dem imperialistischen Kapitalismus setzt das Klassenbewußte Proletariat aller Länder den internationalen Sozialismus entgegen.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat leitet die Befreiung der Arbeiterklasse ein. Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rücksichtslos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverwundlichen proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestaltet sind, und des revolutionären Räteystems, das die Arbeiter in den Betriebsräten zum revolutionären Handeln zusammenfaßt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei steht auf dem Boden des Räteystems. Sie unterstützt alle Bestrebungen, die Räteorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihre alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen und sie zu schulen für die Diktatur des Proletariats.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geräumt. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats. Sie vereinigen in sich Gesetzgebung und Verwaltung. Ihre Wirklichkeit bedeutet die Umwandlung und Neugestaltung des kapitalistischen staatlichen Verwaltungsapparates, einschließlich der Gemeinden; sie bedeutet aber auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse und ihren Zusammenschluß zwecks Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft. Die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie in die planmäßige sozialistische Wirtschaft erfolgt durch das wirtschaftliche Räteystem. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt der Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des politischen Räteystems entgegen, dem bürgerlichen Parlament als dem Ausdruck des Machtwillens der Bourgeoisie den revolutionären Räte-Kongress.

Zur Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Auflösung jedes konterrevolutionären Soldatenheeres, Auflösung aller militärischen Zivil- und Polizeiformationen, Einwohnervestren in Stadt und Land, Technischen Rotmiliz, Polizeitruppen, Entwaffnung des Bürgertums und der Grundbesitzer. Errichtung einer revolutionären Wehr.

2. Umbauung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Vergesellschaftung ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens sowie anderer hochentwickelter Industrien.

3. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Vertiefung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Weidland.

4. In den Städten ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeineigentum zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

5. Planmäßige Regelung des Ernährungswesens.

6. Vergesellschaftung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Vergesellschaftung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungsbetriebe. Öffentliche Einheitschulen mit mächtigem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

8. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Völlige Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu privaten Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen.

9. Sozialistische Steuerpolitik, die durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer zur Befreiung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

10. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

11. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeigen- und Werbewesen und Übertragung an die Kommunalverbände.

12. Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

13. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern. Sofortige Anbahnung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken.

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Befreiung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Rätesystem. In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch das Rätesystem in seinem tiefsten Sinn zur höchsten Stellung. Der tiefste Sinn des Rätesystems ist, daß die Arbeiter, die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger der gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur auch die verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfsmittel. Das vornehmste Kampfsmittel ist die Aktion der Masse. Sie verwirft gewalttames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und dem revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung der proletarischen Massen, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstrebt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären allienfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundfäden und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Nur durch die proletarische Revolution kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden."

15. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht.

Parteilgenossinnen und Genossen! Zu dem vorgelegten Affidavitprogramm wird einleitend gesagt, daß die proletarische Revolution zwei große Epochen hat. Wir stehen noch in der ersten Epoche, in dem Kampf um die Eroberung der politischen Macht. Im November 1918 schien diese Epoche der Revolution zum Abschluß gekommen zu sein. Heute wissen wir, daß es damals breiten Massen des Proletariats an sozialistischem Bewußtsein und sozialistischem Willen mangelte. (Rufe: Sehr richtig!) Die Eroberung der politischen Macht ist unsere nächste Aufgabe. Jede Maßnahme, die wir treffen, jede Aktion, die wir führen, jede Wahlkandidat, die wir schlagen, jede Arbeit, die wir tun, muß danach orientiert sein. Mehr und mehr müssen wir alle unsere Kräfte und Fähigkeiten auf den Kampf um die Eroberung der politischen Macht konzentrieren. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Das ist jedem marxistischen Sozialisten geläufig und steht ja auch klar genug schon im Erstes Programm.

Sine alle sozialistische Wahrheit ist es ferner, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Daraus folgt,

daß jedes Faktieren mit der Bourgeoisie ein Verrat an der Arbeiterklasse ist. Darum kann es mit den Noskesozialisten keine Einigung geben, weil sie längst den Boden des Klassenkampfes verlassen haben und die Geschäfte der Milliardäre und Kapitalisten besorgen. Den Proletariern strecken wir die Bruderhand entgegen. An der Einigung des Proletariats arbeiten wir unermüdet und, wie wir wir Freunden sagen dürfen, erfolgreich. Elbing hat ein neues Beispiel gegeben, wie das Proletariat geeinigt werden muß. Dort sind die Noskesozialisten bei den eben stattgefundenen Stadiparordnenwahlen gründlich in die Kanne gehauen. Die Arbeiter müssen wir uns holen. Die Noske, Karbus, Ellert und Kompanie sind für jeden ehrlichen Sozialdemokraten erledigt, die Gesellschaft mag in ihrem eigenen Dreck verkommen. (Lebhafte Beifall.)

Die Befreiung der Arbeiterklasse, die die Befreiung der Menschheit sein wird, kann vollkommen nur international verwirklicht werden. Und gerade in diesen Tagen, wo der chauvinistische Nationalismus wieder durch die Massen brüllt, wo Hindenburg und Ludendorff sich wieder hervorwagen, müssen wir die internationale Solidarität des Proletariats in verstärktem Maße betonen. In keinem Lande der Welt, außer in dem mitläuferischen Deutschland, dürften geschlagene Heerführer so unverschämte auftreten, wie Hindenburg und Ludendorff es tun... (Draufschrei der Beifall überdün: die weiteren Worte des Redners.) Zwei Menschen, die vom sicheren Ort aus Millionen Menschen in den Tod geschickt haben, die über Berge von Leichen und durch Meere von Blut und Tränen gegangen sind, die mit dem glorreichen Wilhelm das deutsche Volk in diese herrlichen Zeiten geführt haben, dürfen nicht als Zeugen provokatorische Reden vor einem sogenannten Untersuchungsausschuß führen, sie müssen als Angeklagte vor einem Volksgericht stehen. (Lebhafte Beifall.) Aber wie konnten in bürgerlichen Zeitungen lesen, daß Frauen auf dem Bahnhof geweint haben, als Hindenburg Wehr verließ. Was müssen das für Frauen gewesen sein, die da weinten, als ein Menschenmörder sich anschickte, unbekannt und unbeschwert von jeder Auflage in ein von Not und Umkehrungen freies Leben zurückzukehren! (Rufe: Sehr gut!) Auch ein Noske wäre in keinem Lande der Welt als Regierungsmann denkbar... (Stürmischer Beifall überdün die weiteren Worte des Redners.)... Wahrlich, der feine Soldatler Heinrich Heine hat immer noch recht: es fehlt dem Deutschen nur noch der Schwanz zum Weiden. Diese elende Hundekette, diese verfluchte Aneckseligkeit, die Chauvinisten als spezifisch deutsche Tugend preisen, die muß jedem Sozialdemokraten bis in die tiefste Seele zuwider sein. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wie ein Sozialdemokrat sagen kann, er sei zuerst Deutscher, oder Engländer oder Franzose, und dann erst Sozialdemokrat. Ich sage, wie ärmlich muß der Geist eines Menschen beschaffen sein, der nur fähig ist, ein enges Land zu lieben, in dem er zufällig geboren ist und der alle anderen Länder je nach Wunsch und Befehl von oben haßt oder verachtet. Gewiß denke auch ich mit wärmerem Herzen an mein Vaterland und an die Gegend, wo meine Wiege stand. Darum aber gilt mir nicht nur das Land meiner Geburt als Vaterland, sondern mein Vaterland sind die Länder der Erde; ich fühle mit allen Völkern der Erde und lebe mit Kopf und Herz im internationalen Sozialismus. (Beifall.) Wir fordern läßt die ganze Erde. Die ganze Welt soll unser sein! Diese Gedanken müssen uns befehlen, der Internationalismus muß

unser ganzes Sein erfüllen, dann werden wir frei und groß genug sein, die Menschheit zu erlösen. (Lebhafter Beifall.) Denn dann haben wir den Sozialismus wirklich verstanden.

Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht muß bei unserer Partei gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Mätkorganisation geführt werden. Das ist im Aktionsprogramm ausdrücklich hervorgehoben. Aus dem Aktionsprogramm ergeben sich auch die großen Aufgaben, die jede Organisation zu erfüllen hat.

16. Kapitalistische Diktatur — proletarische Diktatur. Bürgerliche Demokratie — sozialistische Demokratie.

Sind wir im Besitz der politischen Macht, dann muß sie durch die Diktatur des Proletariats behauptet werden, bis die sozialistische Gesellschaft gesichert ist. Der fromme Mann schlägt ein Kreuz, wenn er das Wort von der Diktatur des Proletariats hört, der brave Noskezialist schlägt an seine Brust und ruft: Herr Gott, ich danke dir, daß ich nicht bin wie die Unabhängigen! (Heiterkeit.) Die Noskezialisten jagen unsere Ansicht, daß die Diktatur des Proletariats für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus historisch notwendig sei, verstoße gegen die sozialdemokratischen Grundsätze. Wir seien keine Sozialdemokraten mehr, sondern wir wären Bolschewisten.

Was waren denn das für Sozialdemokraten, diese Scheidemann und Noske und Ebert, die sogar in der Partei die höchsten Stellen bekleiden durften, wenn sie nicht einmal ihr eigenes Programm gelten lassen wollten? (Frau Riech: Sehr gut!) Im Erfurter Programm wird klar genug gesagt, daß die Vergegenständlichung der Produktionsmittel von der Arbeiterklasse nicht bewirkt werden könne, wenn sie nicht im Besitz der politischen Macht sei. Ihr eigenes Parteiprogramm müssen, so sollte man meinen, die Ebert, Scheidemann und Noske doch gelesen haben. Wenn nicht als Mitglieder, so doch mindestens als Parteiführer. Ich habe dafür nur eine Erklärung: Entweder sie sind so bodenlos dumm, daß sie das Programm gelesen und nicht begriffen haben, aber aber sie sind bewußte Betrüger! (Lebhafter Beifall.) Wenn die Noskezialisten die Grundsätze des revolutionären Sozialismus verleugnen, dann muß es unsere Aufgabe sein, deutlicher als je das freudige und stolze Bekenntnis abzugeben für die Diktatur des Proletariats ohne jedes Kompromiß und ohne jede Einschränkung! (Beifall.)

Damit ist nicht gesagt, daß wir keine Demokraten sind. Erlauben Sie mir, auf diesen Gegenstand näher einzugehen. Ich möchte zunächst eine Schrift empfehlen, mit der ich nicht in allen Einzelheiten übereinstimme, die aber gerade über Demokratie und Diktatur glänzende Darlegungen enthält. Wie das glänzendste, was ich in der letzten Zeit darüber gelesen habe. Es ist eine Schrift unseres österreichischen Genossen Max Adler, der in einer Broschüre über Demokratie, Diktatur und Mätksystem vorzügliche Darlegungen gemacht hat. Auf diese Darlegungen nehme ich im Folgenden besonders Bezug.

Die sozialistische Arbeiterbewegung betrat den Boden der Demokratie, nachdem sie erkannt hatte, daß die anarchischen und syndikalistischen Kampfmethoden, die Erhebungen von Minderheiten und die ganzen sinnlosen Gewaltakte, von der Beförderung einer Maschinerie bis zum blutigen wilden Aufstand,

nicht zum Ziele führen können. Die sozialistische Arbeiterbewegung mußte sich auf einen langen, zähen und planmäßigen Klassenkampf einrichten, auf Eroberungen politischer und wirtschaftlicher Reformen, um dadurch die materiellen und geistigen Vorbedingungen im Proletariat für die Eroberung und Verhinderung der politischen Macht zu schaffen. Als ungeheure Mehrheit sollte das Proletariat die öffentliche Gewalt übernehmen, um im Interesse der ungeheuren Mehrheit zu herrschen, bis durch die Verwirklichung des Sozialismus jene Klassenherrschaft aufhört. Die sozialistische Arbeiterbewegung betrat nicht den Boden der bürgerlichen Demokratie, um sich dieser Demokratie zu unterwerfen, sondern, um die Demokratie zu einem Kampfmittel für die proletarische Revolution zu gebrauchen. (Lauter Zustimmung.)

Hier schieden sich die Geister. Opportunistische Sozialisten haben die bürgerliche Demokratie an. Sie erklären, daß sich in Deutschland infolge der Revolution die Demokratie in einer nie geahnten Weise entfalten könnte; Deutschland sei die „freieste Demokratie der Welt“. Das ist der alte Stöckerglaube, der in der großen französischen Revolution von 1789 die Welt durch die demokratischen Schlagworte: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! zu erlösen heißte. Das ist der alte Überglaube der utopischen Sozialisten und philanthropischen Weltverbesserer, nach dem die soziale Gerechtigkeit durch politische Umwälzungen, durch Verfassungen oder Gesellschaftsverträge gelöst werden könnte.

Wo ist hier auch nur eine Spur von dem Kern des wissenschaftlichen Sozialismus, daß die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse, die Aufhebung der Lohnsklaverei, die Grundlage jeder Befreiung bilden muß? Solange es Kapitalisten und Proletariat gibt, gibt es für die Arbeiterklasse auch in der freiesten Demokratie der Welt keine Freiheit. Politische Freiheitsparagraphen sind leere Formeln, solange die wirtschaftliche Freiheit fehlt.

Die sozialistische Demokratie, die allein für uns in Betracht kommt, setzt die Vergegenständlichung des Eigentums an den Produktionsmitteln voraus. Das ist nur durch die soziale Revolution zu erreichen. (Rufe: Sehr richtig!)

Wenn also jemand sich als Demokrat bezeichnet, dann ist die Frage zu stellen, ob er für die bürgerliche oder für die sozialistische Demokratie eintritt. Wer der bürgerlichen Demokratie anhängt, verzichtet auf die Revolution, der ist im besten Falle opportunistischer Reformsozialist. (Sehr gut!)

Kein Sozialrevolutionär oder steht im härtesten Kampf zur bürgerlichen Demokratie. Damit bekämpfen wir keineswegs das Prinzip der Demokratie, sondern damit drücken wir zum Ausdruck, daß es im Klassenstaat nur eine bürgerliche, nur eine Scheindemokratie geben kann.

Durch das demokratische Prinzip soll die Mehrheit zur Geltung kommen. In einer Klassengesellschaft wird das demokratische Prinzip verfaßt. Entweder durch die wirtschaftliche Übermacht der Besitzenden, durch die die Besitzlosen höchstens formell, aber nicht tatsächlich demokratische Rechte empfangen. Denn aber ist das Prinzip der Mehrheit in einer Klassengesellschaft unstatig. Die Minderheit wird durch die Diktatur der Mehrheit unterdrückt. In einer Klassengesellschaft gibt es in den wichtigsten Lebensfragen keine gemeinsame Interessen, die Klassenschubdrücken schaffen Klasseninteressen und Klassengegenstände. Die Beschlüsse der Nationalversammlung wie die aller bürgerlichen Parlamente erfolgen nicht im Interesse der Gesamtheit der Gesellschaft, sie sollen

vielmehr die Interessen der Besitzenden wahren. Es bewegt nur an die Slaveriepolitik, an das Wahlrechtsgesetz, an die Behandlung der Kirchen- und Schulfragen, an die ganze Politik nach innen und nach außen erinnert zu werden, um das offenkundig zu machen. So kommt es, daß in „der freiesten Demokratie der Welt“ die „vollendete Demokratie“ in Wirklichkeit eine „Diktatur der schmerzgeschliffenen Bajonette“ ist: die in der Schutzhäsi, in den Streikverböten, in dem Belagerungsstand mit allen seinen Begleiterscheinungen, zum Ausdruck kommt. (Letzte Zustimmung.)

Das Klassenbewußte Proletariat steht deshalb mit Fug und Recht im härtesten Kampf gegen die bürgerliche Demokratie. Wie könnte es auch anders sein, wenn sich das Proletariat nicht selbst aufgeben will.

Erst in der Klassenkriem, in der sozialistischen Gesellschaft wird das demokratische Prinzip seinen wahren Sinn erhalten. In der sozialistischen Gesellschaft werden alle Mitglieder durch gemeinsame Interessen zu einer Gemeinschaft zusammengeworfen. Die Solidarität ist das oberste Gesetz. In einer solchen Gesellschaft werden durch Mehrheitsbeschlüsse nicht Lebensinteressen von Minderheiten verletzt, die Minderheiten nicht beherrscht oder gar beseitigt. Die Mehrheitsbeschlüsse entscheiden über Meinungsverschiedenheiten, über Zweckmäßigkeitsfragen, die nie Lebensinteressen anderer verletzen, sie wirken als Verwaltungsakte. Ähnlich so, wie sich die Minderheiten in den proletarischen Organisationen ja auch heute schon durch Mehrheitsbeschlüsse nicht vergewaltigt fühlen, weil sie eben auch nicht vergewaltigt werden, denn allen gemeinsam ist das Lebensinteresse der Organisation.

Das Klassenbewußte Proletariat setzt der Diktatur des militaristischen Kapitalismus, das und nichts anderes ist heute die bürgerliche Demokratie, die Diktatur des Proletariats entgegen. (Aufs: Sehr richtig!)

Die Forderung der Diktatur des Proletariats ist so alt, wie der wissenschaftliche Sozialismus überhaupt. (Sehr gut!) Wenn diese Frage in der sozialistischen Arbeiterbewegung nach dem Beginn der proletarischen Revolution plötzlich umstritten ist, so liegt das daran, daß die rechtssozialistischen Führer den Boden des revolutionären Klassenkampfes verlassen, daß sie sich mit bürgerlichen Parteien verdröberten und daß sie in der Konsequenz ihrer Taten die bürgerliche Demokratie als alleinigmächtige Wunderkraft ausgeben. Als wissenschaftlich geschulte Sozialdemokraten müssen wir die Diktatur des Proletariats erstreben, weil sie historisch notwendig ist. Das sollten auch solche Moskajozialisten begreifen, deren Intelligenz getadelt noch ausreicht, in der „freiesten Demokratie der Welt“ Präsident und Mitglied des Ministerrats zu sein. (Weiterheit.)

Die Frage lautet nicht Demokratie oder Diktatur. Die Diktatur soll nicht das Ziel sein. Das Ziel ist die Demokratie, d. h. die sozialistische Demokratie. Die Diktatur des Proletariats ist das Mittel zur Erzwungung der sozialistischen Demokratie. Die sozialistische Demokratie wird durch den Sozialismus in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden.

Der Staat ist eine Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen. Darüber herrscht unter uns nur eine Meinung, seit wir die Geschichte der Staaten kennen. Was geschieht mit dem Staat, wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat? Die einen sprechen von der Zerstückelung der Staatsmaschine und berufen sich dabei auf Marx und Engels, die 1872, unter dem

ersten Eindruck der Erfahrungen des Pariser Kommune, im Vorwort zur kommunistischen Manifest geschrieben, daß das Proletariat die fortige Staatsmaschine nicht einfach in Besitz nehmen, es für die eigenen Zwecke in Bewegung setzen könne. Es müsse die Maschine zerbrechen. Nun ist es aber kein Geheimnis, daß Marx und Engels in ihrem ganzen Leben und Wirken keinen Zweifel daran gelassen haben, daß sie den gelegentlich ausgesprochenen Gedanken von dem Zerbrechen der Staatsmaschine nie aufgegeben haben. Der kapitalistischen Gesellschaft wird die Herrschaft über die Staatsmaschine genommen. Das Proletariat nimmt Besitz von der Staatsmaschine, um sie umzuwandeln und neu zu gestalten. (Aufs: Sehr richtig!) Mehring sagt darüber in seinem letzten Werk über Marx: „Später aber hat wenigstens Engels, nach dem Tode von Marx, im Kampfe mit anarchistischen Richtungen diesen Vorbehalt wieder fallen lassen und ganz die alten Anschauungen des Manifestes wiederholt.“ Engels hat denn auch in seinem Anti-Dühring eingehend dargelegt, daß der Staat nicht einfach „abgeschafft“ werden kann. Das Proletariat ergreift Besitz von der Staatsmaschine. Der bürgerliche Staat wandelt sich um in den proletarischen Staat. Marx sagt: „Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Ihr entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ Was mit der Eroberung der politischen Macht verbunden wird, das ist die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates. Das ist die Festsetzung einer Tatsache.

Das Proletariat übernimmt die Staatsmaschine nicht, um sie unbedenklich laufen zu lassen. Selbstverständlich nicht! Die Staatsmaschine wird umgebaut und verbessert, bis sie etwas vollkommen Neues geworden ist, bis aus den bürgerlichen Herrschaftsorganen proletarische Herrschaftsorgane und aus diesen sozialistische Verwaltungorgane geworden sind.

Die Diktatur des Proletariats ist ein Mittel zur „Erkämpfung der Demokratie“. Die Diktatur des Proletariats kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie sich auf das Proletariat als Klasse stützt. Auch diese Erkenntnis hat uns Marx vermittelt. In diesem Sinne hat auch Lenin ausgesprochen, daß die von der Diktatur des Proletariats ausgeübte Gewalt nur gegen die außerparlamentarische Minorität gerichtet sei und damit den Wunsch der ärmsten Väter mit dem Proletariat gerechtfertigt, „ohne von der Demokratie herab und die sozialistische Umgestaltung unmöglich ist“. Über die Diktatur sagt Lenin: „Als Unterdrückungsorgan tritt hier nicht die Minorität der Bevölkerung auf, wie es stets bei der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnarbeit der Fall war, sondern die Majorität des Volkes.“ In Deutschland ist das Proletariat in so großem Maße die Mehrheit der Gesellschaft, daß schon die Mehrheit des Proletariats tragfähig genug wäre für die Behauptung der politischen Macht. Majäre und entscheidende Maßnahmen im Interesse der Arbeiter wären sehr leicht die gesamte Arbeiterklasse für die Forderung der Verwirklichung des Sozialismus gewonnen. (Aufs: Sehr richtig!)

Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Vernichtung der bürgerlichen Demokratie oder richtiger der kapitalistischen Diktatur und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Daran ist nicht zu rütteln. Sie ist aber eine vorübergehende Erscheinung, eine Uebergangsmaßnahme. Diktatur ist auch nicht gleichbedeutend mit Terror. In welchen Formen die Diktatur ausgeübt, durch

welche Mittel sie aufrecht erhalten wird, das hängt ab von der jeweils vorhandenen revolutionären Situation und von dem Verhalten der konterrévolutionären Mächte. (Stufe: Sehr richtig!) Wenn das Proletariat als Klasse, bewußt und zielklar die politische Herrschaft erobert hat, dann bildet es nicht mehr eine Masse unklarer und durcheinander wirbelnder oder gar gegeneinander krebender Elemente, sondern eine festgefügte entschlossene Macht. Sollte es dann den Reaktionären gelingen, das Proletariat durch Gewalt wieder in die Anarchie zu treiben, dann würde es der Gewalt, Gewalt entgegenzusetzen gezwungen sein. (Lebhafter Beifall.) Wir stehen für die Befreiung der Menschheit und wollen die Autoritäten der Menschheit versuchen, ihre alte Macht durch Gewalt wieder zu erobern, dann würden wir uns nicht wehres abschließen lassen, wie die 20 Matrosen in Berlin. (Mit erhobener Stimme): Wenn die Arbeiter jahrelang gezwungen wurden, für die Imperialisten zu kämpfen, dann würden sie gegebenenfalls sicher mit Freuden bereit sein, ihr ganzes Sein willen einzusetzen für ihre Freiheit und die ihrer Kinder für den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Die Diktatur des Proletariats ist weder eine teuflische Erfindung boshafter Unabhängiger, um die Kossozialisten zu ärgern, noch ein raffiniert ausgeklügeltes Schlagwort um die Kapitalisten zu erschrecken. Die Diktatur des Proletariats ist als geschichtliche Tat eine historische Notwendigkeit. Das hat Genosse Hilferding in seinem Finanzkapitel streng wissenschaftlich nachgewiesen. Darf erfahren wir, daß die ökonomische Macht der herrschenden Klasse stets zugleich Macht über Menschen, Verfügung über menschliche Arbeitskraft bedeutet. Ökonomische Macht bedeutet zugleich aber auch politische Macht, Verfügung über die Machtmittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates. Diese strikte Zusammenfassung aller Machtmittel des Staates erscheint als seine höchste Machtentfaltung, der Staat als unüberwindliches Inkrement der Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft, dann aber zugleich die Eröderung der politischen Macht als Vorbedingung der ökonomischen Befreiung. Die bürgerliche Revolution setzte erst ein, als der absolute Staat nach Überwindung der innerjantlichen territorialen Gewalten der großen Grundherren in sich alle Machtmittel vereinigt hatte, während die Konzentration politischer Macht in den Händen einiger größter Grundherren selbst die Voraussetzung für den Sieg des absoluten Königtums gebildet hatte. So ist der Sieg des Proletariats geknüpft an die Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen weniger Kapitalmagnaten oder Magnatenvereinigungen und an deren Herrschaft über die Staatsmacht.

Das Finanzkapital in seiner Vollenbung bedeutet die höchste Stufe ökonomischer und politischer Machtvollkommenheit in der Hand der Kapitaloligarchie. Es vollendet die Diktatur der Kapitalmagnaten. Zugleich macht es die Diktatur der nationalen Kapitalbeherrscher des einen Landes immer unübertraglicher mit den kapitalistischen Interessen des anderen Landes und die Herrschaft des Kapitals innerhalb des Landes immer unvereinbarer mit den Interessen der durch das Finanzkapital ausgebeuteten, aber auch zum Kampf aufgerufenen Volksmassen. In dem gewaltsamen Zusammenprall der feindseligen Interessen schlägt schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.

Wir hatten schon einmal in Deutschland eine Diktatur des Proletariats. Nämlich nur zwei, drei Tage lang, im November 1918. Was hat diese Diktatur des Proletariats jahrelanges getan? Geschichtliche Dokumente aus jener Zeit geben Aufschluß über die „Schreckensherrschaft“ des deutschen Proletariats in den ersten Tagen der Revolution. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren damals die Träger der Revolution. Sie übertrugen die politische Gewalt auf den Rat der Volksbeauftragten. Der verkündete mit Gesetzeskraft:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerungen in Wort und Schrift sind frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gefindeordnung wird außer Kraft gesetzt, ebenso das Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgestellten Arbeiterdienstbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Es wurde ferner eine Amnestie erlassen, die sich auf nichtpolitische Vergehen erstreckte. Der Wahlstandort und die Erwerbslosenfürsorge wurden eingeführt, andere soziale Maßnahmen angekündigt. Ein Grundgesetz für die Sozialisierung sollte geschaffen werden. Das waren gewiß vorheißungsvolle Anfänge zur Herbeiführung einer neuen Zeit. (Lebhafte Zustimmung.) Und alles das ohne Terror! Die Arbeiter und Soldaten dachten gar nicht daran, einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Nicht einmal Feuer drohswortverkündern, die Millionen Menschen auf dem Gewissen haben, wurde auch nur im geringsten ein Gedanke zugefugt. Die Arbeiter und Soldaten dachten so wenig an eine terroristische Diktatur, daß sie nicht einmal Wert darauf legten, die Waffen und alles Kriegsmaterial in Gewehrheim zu nehmen. Wären nur die proletarischen Massen damals von sozialistischem Bewußtsein erfüllt gewesen, hätten sie ihre in den ersten Tagen unbefrilltere Macht im sozialrevolutionären Sinne planmäßig und zielbewußt ausgenutzt, um wieviel besser würde es heute um uns alle! (Lebhafter Beifall.) Niemals hätten all' Männer und Frauen in Deutschland größere politische Freiheiten und mehr politische Rechte, niemals hätten die Lohnsklaven mehr Aussichten auf ihre wirtschaftliche Befreiung, als im November 1918, unter der Diktatur des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Vergleichen wir damit die Zustände, wie sie uns heute die bürgerliche Demokratie gebracht hat:

1. Der Belagerungszustand besteht schon seit vielen Monaten in Berlin und in anderen Teilen des Reiches wird er jedesmal verhängt, wenn die Arbeiter nicht Geloten sein wollen.

2. Arbeiterorganisationen werden verfolgt, Versammlungen von „Sicherheitskolonnen“ mit Handgranaten gesprengt.
3. Revolutionäre Arbeiter dürfen ihre Meinung weder in Wort noch in Schrift frei äußern, oppositionelle Zeitungen sind verboten.
4. Regierungssozialisten bemühen sich erfolgreich als Zentrumsfakten dafür, daß dem Volke die Religion erhalten bleibt.
5. Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind mit politischen Gefangenen gefüllt, es wurden sogar schon alte russische Gefangenenlager mit politischen Gefangenen belegt. Politische Verfolgte werden der kapitalistischen Klassen- und der militaristischen Mächte ausgetiefert, Todesurteile werden gegen politische Verfolgte verhängt und vollstreckt.
6. Arbeitern, die sich nicht maßlos ausbeuten lassen wollen, die sich gegen fortgesetzte Angriffe der Ausbeuter zur Wehr setzen, die ihre Lebenshaltung nicht immer noch tiefer herunterdrücken lassen wollen, wurde von den Noske-Sozialisten in der Regierung verboten zu streiken. Streikenden Arbeitern wurden Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Anklagen wegen Landesverrats angedroht. Noskegardisten holten in Berlin streikende Eisenbahner aus ihren Wohnungen und zwangen diese Arbeiter mit Waffengewalt zu arbeiten.
7. Revolutionäre Arbeiterführer und Arbeiter sind vogelfrei. „Wir Noskegardisten können einen totschlagen.“ Mörder haben gute Zeiten. (Stürmische Rufer: Sehr gut!)
8. Reaktionäre und Militaristen halten ein ganzes Heer von Spießeln und Propagandisten aus. Mörderzentralen haben ganze Listen für neue Opfer ihrer ruchlosen Schandtaten angelegt. (Stürmische Rufer: Sehr gut!)

Die Reaktion in Deutschland, betrieben von Kapitalisten und Militaristen, gepflegt und gefördert von Noske-Sozialisten, versucht die Arbeiterklasse fortgesetzt in planlose Aktionen zu heben und zu Ausschreitungen zu provozieren. (Rufer: Sehr richtig!) Es wird eine systematische militaristische Butschkatil betrieben. Die alten Gewalttäter brennen auf einen Bürgerkrieg, ledigen nach Arbeiterblut, wollen noch mehr Arbeiter abschlachten, um das Proletariat auf abschabare Zeit unerbittlich zu machen. (Stürmische Rufer: Sehr richtig!) Zwei Bilder sind für der Zeiten Schande charakteristisch. Jenes Titelbild des rechtssozialistischen Wahren Jalohs vom August 1914, wo drei Deutsche mit Drecksflecken auf einen Russen, einen Franzosen und einen Engländer dreinschlagen, ist charakteristisch für die internationale Solidarität der Rechtssozialisten. Das Titelbild unserer Freien Welt vom Juli 1919, wo Noskegardisten einem Zug kriechlich demonstrierender Arbeiter eine große Tafel mit den Worten: Halt! Wer weiter geht, wird erschossen!, entgegenhalten, ist charakteristisch für die Solidarität der Noske-Sozialisten gegenüber der Arbeiterklasse im eigenen Lande. (Rufer: Sehr wahr!) Jenes Bild, das Wappenschild der rechtssozialistischen Internationale mit der Inschrift: Nun feste druff! Jetzt gibt es nur noch das Dreckschneid, anstelle der Worte: Proletariat aller Länder vereinigt euch! Dies Bild, das Wappenschild der Noske-Sozialisten, mit der Inschrift: Wer weiter geht, wird erschossen!, anstatt der Worte: Auf Sozialisten! Schließt die Reihen! (Stürmische Zustimmung.) Blut und Eisen sind die Methoden der bürgerlichen Demokratie. Der blutige Rev. er wird verübt im Namen der bürgerlichen Demokratie, keine

Nahrung gibt nicht vor der ehrlichen Überzeugung, daß revolutionäres Proletariat, Menschenrechte und Menschenwürde werden von vertierten Menschen getrennt. (Schlatter Weisheit.) Unter der Diktatur des Proletariats konnten die Geister frei und ungehindert miteinander ringen, da konnten alle Parteien um die Seele des Volkes ringen. Unter der bürgerlichen Demokratie herrscht der weiße Schrecken. (Rufer: Sehr richtig!) Lassen wir und also nicht schrecken durch den Papanz: Die Diktatur der Arbeiterklasse bedeutet Terror, Schreckensherrschaft. Wir erleben es täglich am eigenen Leib, daß bürgerliche Demokratie und Terror und zu gleicher Zeit beglücken. (Rufer: Sehr richtig!)

17. Das Räte-System als Grundlage der Diktatur des Proletariats.

Wenn wir nun die Diktatur haben, dann ist erst ein Teil unserer Aufgabe erledigt. Dann müssen wir auch wissen, was wir tun sollen. Was hat dann zu geschehen? Dann sehen wir anstelle der kapitalistischen Herrschaftsorganisation den proletarischen Staat auf der Grundlage des Räte-Systems. (Rufer: Sehr gut!) Der Staat ist dann die Herrschaftsorganisation der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muß, solange sie den Kapitalismus nicht wirtschaftlich überwunden hat, während des Umwandlungsprozesses auf wirtschaftlichem Gebiet, die Kapitalistenklasse niederhalten. Der Sturz der kapitalistischen Gewalt ist ein politischer Akt. Dann aber beginnt der Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung und der wirtschaftlichen Organisation. Die Arbeiterklasse wird keine Diktatur errichten, die von Kapitalisten wieder dadurch unterwühlt werden kann, daß sie die Möglichkeit erhalten, in die Arbeiterregierung hineinzukommen. Ein Rätekongreß tritt an die Stelle des bürgerlichen Parlaments. Dieser Rätekongreß darf nur aus Sozialrevolutionären bestehen, die bewirkt sozialrevolutionär handeln. Es wird ein Wahlgesetz zu erlassen sein, das so beschaffen ist, daß der Rätekongreß sozialrevolutionär zusammengesetzt ist. (Rufer: Sehr gut!) Daß keine Klasse, keine Partei, keine Schicht, die gegen die Revolution der Arbeiter ist, auch nur eine einzige Stimme in diesem Rätekongreß bekommen kann. Sonst hat der Rätekongreß keinen Wert für die Revolution, sonst kann er seine Aufgabe nicht erfüllen, den Sozialismus herbeizuführen. Ueber das Räte-System herrscht unter uns grundsätzlich durchaus keine Unklarheit mehr. Wie das Räte-System in seinen Einzelheiten zu gestalten ist, darüber sind seit Monaten Artikel und Schriften erschienen. Es ist ein Aufbau des Räte-Systems publiziert worden, der natürlich mit dem Fortschreiten der Revolution entwickelt werden wird. Mit dem Fortschreiten, der Durchführung des Sozialismus wird die sozialistische Demokratie auch im Rätewahlrecht immer mehr zur Geltung kommen, bis sie sich in der sozialistischen Gesellschaft vollkommen entfalten kann. Wir müssen aber auch auf dem Gebiete des Räte-Systems aus dem reinen Theoretischen herauskommen und an die praktische Arbeit gehen, die immer noch die beste Lehrmeisterin ist. Die Arbeiterklasse wird anstelle des kapitalistischen Staates und seiner Organe überall auf der Grundlage des Räte-Systems die Instanzen und Körperschaften der Räte bilden, in den Gemeindefräden, in den Kreisen, in den Bezirken. Der Rätekongreß wird den Zentralrat einsehen und der Zentralrat wird die Volksbeauftragten als Spitze der Arbeiterregierung einsehen. Der Rätekongreß setzt sich zusammen aus Delegierten der Arbeiterräte, er gibt die Richtlinien für die innere und äußere

Politik. Der Zentralrat übt eine gesetzgebende und verwaltende Tätigkeit aus und ist dem Nationalrat verantwortlich. Die Vollbeauftragten sind ausführende Vertrauensmänner. Die Diktatur des Proletariats stützt sich nicht nur auf eine politische Organisation, sie braucht auch eine entsprechende Verwaltung. Die alte Verwaltung darf nicht sinnlos geschlagen werden. Sie darf ebensowenig einfach übernommen werden. Sie ist umwandelnd neu zu gestalten. Alles abstoßen, Neues hineinbringen, Vereinfachen, bis etwas vollkommen Neues geworden ist. Wir bewegen uns hier durchaus im Sinne der Gedanken von Marx, der gelehrt hat: Anknüpfen an das äußerste Ende, weiterbauen auf dem, was gegeben ist und nicht etwas in die Luft hineinbauen.

18. Wann und wie kann der Sozialismus verwirklicht werden?

Der Besitz der politischen Macht ist die Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Die Frage der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion erinert uns an die jetzt so oft gestellte Frage: Wann kann der Sozialismus verwirklicht werden? Und da sagen manche: Marx lehrt, der Sozialismus könne nur verwirklicht werden, wenn sich der Kapitalismus in einem Zustande der Hochkonjunktur befindet, wenn er kräftig wächst. In einer Zeit wie der jetzigen, wo die Wirtschaft ruiniert ist, da ist der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Wer dieser Ansicht ist, hat aus dem, was Marx gesagt hat, einen falschen Schluß gezogen. Ich weiß wohl, daß Marx in seinen Werken lehrt, daß die kapitalistische Gesellschaft erst einen bestimmten Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht haben muß, bevor der Sozialismus den Kapitalismus ablösen kann. Die Vorbedingungen für den Sozialismus müssen nicht nur im Proletariat, sie müssen auch in der kapitalistischen Gesellschaft gegeben sein, bevor er verwirklicht werden kann. Die Konzentration des Kapitals schafft ein immer größer und stärker werdendes Heer von Proletariern, die Entwicklung der Produktivkräfte verändert die ökonomische Struktur und schafft die Grundlage für die soziale Revolution, die Unternehmerorganisationen beginnen die Vergegesellschaftung der Produktionsmittel durchzusetzen. Es gilt also für die allgemeine Entwicklung, daß der Sozialismus erst Wirklichkeit werden kann, wenn der Kapitalismus seine höchste Vollendung gefunden hat. Und daran ist nicht zu rütteln, daß der Kapitalismus in Deutschland den Höhepunkt seiner Entwicklung erreicht hat (Sehr richtig!), daß es möglich ist, mit der Verwirklichung des Sozialismus unmittelbar zu beginnen. Wenn in Deutschland die Wirtschaft durch den Krieg zerrüttet ist, so handelt es sich hier um eine besondere Erscheinung innerhalb der allgemeinen Entwicklung. Es ist eine Katastrophe in jener Reihe von Katastrophen, die vom Kapitalismus verursacht, die ihm selbst schädlich sind und die er doch nicht verhindern kann. Diese ununterbrochenen Katastrophen zeigen an, daß der Kapitalismus seine historische Mission erfüllt hat, daß er außerstande ist, die neuen ökonomischen, sozialen und politischen Probleme zu lösen, daß er dem Sozialismus Platz machen muß. Es ist durchaus marxistisch, wenn wir sagen, daß es in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Krisen unsere Aufgabe ist, diese Krisen auszunutzen, um die kapitalistische Herrschaft zu kürzen und den Sozialismus zum Siege zu bringen. Gerade durch die gegenwärtige Krise ist der Kapitalismus erschüttert. (Sehr richtig!) Das müssen wir ausnützen, um den Kapitalismus, wenn irgend

möglich, völlig zu erledigen. (Bravos!) Wir dürfen nicht warten, bis sich der Kapitalismus wieder politisch und wirtschaftlich erholt hat. Bei einer kapitalistischen Hochkonjunktur schläft der revolutionäre Wille und die revolutionäre Leidenschaft der Arbeiterklasse mehr oder weniger ein. Wenn der Arbeiter leidlich sich satt essen kann, dann gilt auch heute noch das Wort des Safflers: Euch deutschen Arbeitern muß man erst noch Hunger machen, wie elend ihr lebt, bevor ihr begreift, was ihr tun müßt. (Sehr wahr!)

Verwirklichung des Sozialismus heißt in erster Linie Vergegesellschaftung der Produktionsmittel. Diese Vergegesellschaftung ist bereits im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft durch die Unternehmerorganisationen eingeleitet. Was sind denn die Unternehmerorganisationen, die Kartelle, Syndikate, Trusts und Dinge anderes als die Anfänge der Vergegesellschaftung und der planmäßigen Regelung der Arbeit? Das Ziel der Unternehmerorganisationen ist zunächst die Kontrolle der Versorgung eines Marktes mit einem bestimmten Gut, um damit eine Einwirkung auf die Preisgestaltung zu erringen, welche den beteiligten Unternehmern einen höheren Kapitalgewinn bringt. Zur Regelung des Wettbewerbs, um die Profitrate zu erhöhen, wurden Kartelle gegründet.

Unter Kartell ist ein Übereinkommen von Kapitalisten zu verstehen, eine Unternehmung, die durch gewisse Einschränkungen ihres freien Wettbewerbs unter ihren Mitgliedern oder anderen gemeinsamen wirtschaftlichen Maßnahmen den Unternehmergewinn der Beteiligten zu erhöhen sucht. Die eingeschlossenen angeschlossenen Betriebe produzieren unabhängig von einander, mit verschiedener Technik, nach verschiedenen Grundsätzen, mit verschiedenen Löhnen und verschiedenen Finanzgebahrungen. Jeder dem Kartell angeschlossene Betrieb erhält nur eine bestimmte Produktionsmenge und jedem Betrieb wird ein bestimmter Bruttopreis für abzuliefernde Waren gesichert. Die Kartelle sind also Vereinbarungen für den Verkauf von Produkten.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung drängte aber zum weiteren Ausbau der Unternehmerorganisationen.

Es entstanden die Syndikate. Das Syndikat ist ein fester organisierter Kartell zu dem Zweck, nicht nur den Verkauf, sondern auch die Produktion zu regeln. Das Syndikat regelt die Produktion der angeschlossenen Betriebe und soll dadurch und durch den gemeinsamen Verkauf den Unternehmerprofit erhöhen. Das Syndikat hat ein Zentralorgan, ein Bureau, von dem allein Aufträge angenommen und Lieferungen und Zahlungen besorgt werden. Die einzelnen Betriebe dürfen sich nur mit Erlaubnis des Syndikats ausdehnen oder verbessern. Der Gewinn bleibt den einzelnen Betrieben.

Beim Syndikat durften die Kapitalisten nicht stehen bleiben, wollten sie auch ferner Schritt halten mit der wirtschaftlichen Entwicklung.

Eine festere Zentralisation der Unternehmerorganisationen sind die Trusts. Der Trust ist eine Vereinigung von Kapitalisten zu einer Betriebsgemeinschaft, in die die einzelnen Betriebe so vollständig aufgehen, daß sie nur noch Zellenbetriebe des Ganzen bilden. Hier haben wir die intensivste Verschmelzung von Betrieben. Der einzelne Kapitalist produziert nicht mehr selbständig und hat auch keinen selbständigen Gewinn mehr.

Um noch ein Wort über die Dinge zu sagen. Der Ring ist eine Unternehmerorganisation zur organisierten Preistreiberi durch Aufkauf von Waren und Einwirkungen auf Verkaufsbedingungen und Absatzgebiete.

Wir sehen, die Unternehmerorganisationen sind Ver-
gesellschaftungen innerhalb der Klasse der Kapitalisten.
Vergesellschaftungen, nur für die Profitinteressen einer bestimmten Klasse.
Die einzelnen Privateigentümer an den Produktionsmitteln schließen sich zu-
sammen, werden gemeinsame Besitzer von Produktionsmitteln, regulieren die
Produktion, den Verkauf und kommandieren die ganze Wirtschaft. Setzen wir
an die Stelle der Kapitalisten den Staat der Arbeiterklasse als Vetter der
Unternehmerorganisationen, dann sind wir mitten drin in der Vergesellschaftung
für die Gesellschaft! Die Übernahme der Produktionsmittel durch den
Staat der Arbeiterklasse ist die erste wichtigste Maßnahme auf dem Wege der
Umwandlung der staatlichen Herrschaftsorgane in gesellschaftliche Verwaltungs-
organe.

Wie der Kapitalismus durch seine eigene Entwicklung gleichzeitig seinen
Todfeind, das Proletariat, immer zahlreicher und stärker macht, so steigert er
gleichzeitig auch die vorhandenen Widersprüche bis zu unvertäglich gewordenen
Zuständen. Die Konkurrenz ist ein kapitalistisches Grundgesetz. Die Regelung
der Produktion durch Unternehmerorganisationen beruht gegen dies Grund-
gesetz. Marx sagt darüber: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapital-
magnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und
monopolisieren, wächst die Masse des Stands, des Drucks, der Nothwendigkeit, der
Erwartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anwachsenden
und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst ge-
schulten, bereiten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird
zur Hessei der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeduldet ist. Die
Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit er-
reichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen
Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums
schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.“

Die Konzentrationsvorgänge, die Bildung von Unternehmerorganisationen
und die immer inniger werdenden Beziehungen zwischen Bankkapital und in-
dustriellem Kapital, haben dem Kapital seine höchste Form, die Form des
Finanzkapitals, gegeben. Um die Aufhellung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten
der jüngsten kapitalistischen Entwicklung hat sich Hilferding durch sein Finanz-
kapital verdient gemacht. Er weist nach, daß das Finanzkapital die Leitung
der Produktion vom Eigentum trennt und die Produktion bis zu jener
Grenze vergesellschaftet, die innerhalb des Kapitalismus zu erreichen
ist. „Sobald das Finanzkapital die wichtigsten Produktionszweige unter
seiner Kontrolle gebracht hat, genügt es, wenn die Gesellschaft durch
ihre bewußte Vollzugsorgane, den vom Proletariat eroberten Staat,
sich des Finanzkapitals bemächtigt, um sofort die Verfügung über die wichtigsten
Produktionszweige zu erhalten. Von diesen Produktionszweigen sind alle
anderen abhängig und die Herrschaft über die Großindustrie bedeutet so bereits
die wirksamste gesellschaftliche Kontrolle auch ohne jede weitere unmittelbare
Vergesellschaftung. Die Gesellschaft, die über den Bergbau, die Eisenindustrie
hinunter bis zur Maschinenindustrie, die Elektrizität, die chemische Industrie
verfügt, die über das Transportwesen herrscht, hat durch die Beherrschung
dieser wichtigsten Produktionsphären die Verteilung des Rohmaterials an die
anderen Industrien und den Transport ihrer Produkte in der Hand und kann
so diese gleichfalls beherrschen. Die Verschmelzung von sechs Berliner Groß-
banken würde so heute schon — das Finanzkapital erschien rund fünf Jahre
vor dem Krieg — die Verschmelzung der wichtigsten Sphären des Groß-

industrien bedeuten und in der Übergangszeit, solange kapitalistische Ver-
rechnung sich noch als opportun erweist, die Politik des Sozialismus in ihren
Anfängen außerordentlich erleichtern. Die Expropriation braucht sich gar nicht
auf die große Zahl häuerlicher und gewerblicher Kleibetriebe zu erstrecken, da
diese durch die Verschmelzung der Großindustrien, von der sie längst abhängig
geworden sind, mittelbar vergesellschaftet werden wie jene unmittelbar. Es ist
daher möglich, den Expropriationsprozeß gerade dort, wo er wegen seiner De-
zentralisation langwierig und politisch gefährlich wäre, in langsamer Ent-
wicklung auszuweisen, das heißt aus dem einmaligen Expropriationsakt der
Staatsgewalt eine allmähliche Vergesellschaftung durch ökonomische Vorteile,
die die Gesellschaft bewußt gewährt, zu machen, weil das Finanzkapital die
Expropriation, soweit sie für den Sozialismus notwendig, bereits besorgt hat.“
Diese Gedanken zeigen, wie sich unser Ziel auf die Wirklichkeit aufbaut und
wie sich unsere Forderungen praktisch durchführen lassen. Sie beweisen aber
auch, daß die Zeit für den Sozialismus bei uns in Deutschland gekommen ist.
Der Sozialismus hat aufgehört, ein schöner Zukunftstraum zu sein, er ist zum
Hauptgegenstand der unmittelbaren praktischen Politik des Proletariats ge-
worden. (Lebhafte Zustimmung.)

19. Das Rätesystem als Grundlage für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft.

Die Diktatur des Proletariats baut sich nicht nur politisch, sondern auch
ökonomisch auf der Grundlage des Rätesystems auf. Die Räte werden vor-
zuziehend an auch wichtige ökonomische Funktionen haben. Betriebsräte müssen
sofort und mit aller Energie geschaffen werden, als Hauptmittel, als Organe
zur Schulung und als Vorarbeit für den Sozialismus. Durch die Betriebs-
räte schafft sich das sozialrevolutionäre Proletariat revolutionäre Stäber, in
die die Massen der Kopf- und Handarbeiter aufgenommen und für den
Klassenkampf in Ver- gung gesetzt werden. Über die Stäber vermag sich die
proletarische Diktatur auf die gesamte Arbeiterklasse zu stützen und sich so
unerschütterlich zu behaupten. Durch die Betriebsräte können die Arbeiter, zu
mancher für die Fortführung der proletarischen Revolution wichtigen Position
gelangen. Sie erhalten tiefsten Einblick in den Produktionsprozeß, werden in
steigendem Maße mit dem ganzen gesellschaftlichen Arbeitsprozeß betraut,
lernen die Arbeitsteilung in ihrer vollen Bedeutung kennen, wodurch besonders
auch die Kopf- und Handarbeiter mehr als bisher zu gegenseitiger Achtung
und zur Solidarität erziehen werden. Die Arbeiter vermögen in der ver-
sozialistischen Zeit den Nachschub den der Kapitalisten nachzuspielen, der
passiven Resistenz und der Sabotage, die von den Kapitalisten in dieser Zeit
mit Vorliebe angewandt wird, um die Revolution zu diskreditieren. Diese
Unternehmergepflogenheiten öffentlich bekannt werden zu lassen, ist nicht zuletzt
auch aus agitativen Gründen wichtig. Die kapitalistischen Verbrechen
müssen auch auf ökonomischem Gebiet aufgedeckt werden. Das rüttelt alle auf,
die darunter leiden. (Beifall.) Wir sehen also, wie wichtig es für uns ist, mit
dem Aufbau des Rätesystems schon vor der Eroberung der politischen Macht zu
beginnen und daß es ein Lebensinteresse der Arbeiterklasse ist, die Räte-
organisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische
Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen. Für den Aufbau des
Rätesystems sind bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet. Organisationsbüros

debattiert und ausgearbeitet. Die Grundlage bilden die Betriebsräte. Darauf baut sich das Räteystem mit dem Fortschreiten der Revolution weiter auf: Bezirksgruppenrat, Reichsgruppenrat, Bezirkswirtschaftsrat, Reichswirtschaftsrat. Die Leitung des Reichswirtschaftsrates wird in den Händen besonderer Beauftragter des vom Rätekongreß eingesetzten Zentralrats liegen und dem Zusammenhang zwischen den ökonomischen und den politischen Fragen Rechnung tragen.

Seute schon mit dem Aufbau des Räteystems begonnen, wird es in seiner Entwicklung mit der Entwicklung der proletarischen Revolution Schritt halten und zur Grundlage für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft werden. In der sozialistischen Gesellschaft wird das Räteystem, wie es im Aktionsprogramm heißt, in seinem tiefsten Sinne zur höchsten Vollendung gelangen. Der tiefste Sinn des Räteystems ist, daß die Arbeiter, die produktive, der Gesellschaft nützliche Arbeit leisten, die die ganze Kultur erhalten und zu immer höheren Stufen führen, auch Träger der öffentlichen Gewalten und Einrichtungen sein sollen, daß sie verantwortlich und bestimmend auf allen Gebieten sein sollen. Nicht daß die Arbeiter schaffen und daß andere über sie herrschen. Die Geschichte der Arbeit ist die Geschichte der Menschheit. Die Arbeiter sind die Träger der Menschheitsgeschichte. Es ist eine Fälschung der Geschichte, Fürsten und Geldherren als „Macher der Geschichte“ hinzustellen. Der mystische Schein, den die Kapitalverhältnisse über die ganzen Verhältnisse der modernen Menschheit verbreiten, der die wahren Verhältnisse der Menschen untereinander nicht ohne weiteres klar erkennen läßt, muß schwinden. Die Arbeit muß wieder zur höchsten Würde, der Arbeiter wieder zum vornehmsten Menschen werden. Das ist der tiefste Sinn des Räteystems. Und deshalb — sage ich — sollte man nicht sagen, man wisse nicht, ob in einem Lande die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räteystems aufgebaut wird, und in einem anderen Lande nicht. Es ist möglich, daß für den Beginn der proletarischen Revolution und für ihre erste organisatorische Befestigung in einem Lande die Räteorganisation, in dem anderen die Gewerkschaften — wie vielleicht in England — und in dem dritten Lande die politischen Organisationen vorherrschend und maßgebend sind. Aber letzten Endes wird sich die proletarische Revolution überall auf der Grundlage des Räteystems erhalten und entwickeln, weil eben durch die proletarische Revolution die Arbeiter befreit und berufen werden, auf allen Gebieten das entscheidende Wort zu sprechen.

Wenn wir uns über die gewaltigen Aufgaben klar sind, die dem Räteystem zukommen, dann ergibt sich aus dieser Erkenntnis für uns die Schlussfolgerung, daß unser Räteystem nichts gemein haben kann mit den Betriebsräten, die durch den Rißhandel in der Nationalversammlung geschaffen werden sollen. Die Räteorganisation kann sich nur entwickeln auf dem urwüchsigen Boden der Revolution als revolutionäre unabhängige Organisation, frei geschaffen aus der Machtvollkommenheit der Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall.) Die Zeit ist vorüber, wo es noch seinen besonderen Sinn hatte, zu fordern, daß die Räte verfassungsmäßig anerkannt werden müssen. Heute wissen wir, daß auch die Räteorganisation erklämpft werden muß, daß der Kampf um die Räteorganisation ein Stück Revolution ist, daß die Räteorganisation eben in einer bürgerlichen Demokratie verfassungsmäßig gebunden sein. Die revolutionären Gewerkschaften und wie die Unabhängige Sozialistische Partei: Sehr richtig!

20. Kampfmittel und Taktik — Parlamentarismus — Aktion der Masse.

Sie finden dann eine Reihe von Punkten im Aktionsprogramm, die als Maßnahmen zur Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in Betracht kommen. Es könnte die Frage gestellt werden, warum in dem Aktionsprogramm nicht Forderungen für die Zeit vor der Eroberung der politischen Macht formuliert sind und andere Forderungen für die Epoche der proletarischen Diktatur. In früheren Programmen, wie Sie aus dem geschichtlichen Überblick über unsere Programme erfahren können, sind unsere Forderungen in „Zukunftsforderungen“ und „Gegenwartsforderungen“ eingeteilt worden. Das waren aber rein theoretische Redungen. In der Praxis stellte sich heraus, daß eine solche Einteilung keinen Sinn hat. Ich wollte zunächst auch Forderungen an den kapitalistischen Staat erheben und andere für die Zukunft formulieren. Ich mußte davon ablassen. Versuchen Sie es bitte, auch einmal. Sie werden später auch bald erkennen, daß es unmöglich ist zu sagen, diese Forderung kann jetzt erfüllt werden, diese später. Revolutionäre Forderungen werden wir von dem kapitalistischen Staat nicht bewilligt erhalten können. Reformistische Forderungen, die innerhalb des kapitalistischen Staates verwirklicht werden können und die geeignet sind unsern Kampf zu fördern, erheben wir ohnehin im Verlaufe des Klassenkampfes in Spezialresolutionen. So z. B. auf dem Gebiet der Sozialpolitik, des Arbeiterschutzes, der Fürsorge für Mutter und Kind, und für Jugendhilfe. Auch bei unserer Stellungnahme zu politischen Tagesfragen treten wir mit entsprechenden Parolen und Forderungen auf den Plan. Bei den Forderungen in unserem Aktionsprogramm müssen wir von dem Voratz ausgehen, daß wir den jetzt bestehenden Staat zur sozialistischen Gesellschaft unwandeln wollen. Wir müssen fragen, was hat zu geschehen, um die jetzt vorhandenen Verhältnisse und Einrichtungen im Sinne des Sozialismus umzugestalten? Danach formulieren wir unsere Forderungen. Und dann kämpfen wir um die Verwirklichung unserer Forderungen. Dadurch bekommt unser Kampf seine große Richtung, seine Grundsatzfestigkeit, sein Zielbewußtsein, seinen Elan und seine unüberwindliche Macht. Können wir einzelne oder viele unserer Forderungen durchsetzen bevor wir die politische Macht erobert haben, dann wird uns das sehr angenehm sein. Je mehr, desto besser. Die Punkte 1—14 in unserem Aktionsprogramm bedürfen nach dem Gesagten keiner weiteren Begründung, sie sind für jeden geschulten Sozialisten klar und verständlich genug.

Das Ziel unseres Klassenkampfes ist die sozialistische Gesellschaft. Welche Maßnahmen zur Verwirklichung unseres Ziels getroffen werden müssen, darüber sind wir uns nicht im Zweifel. Die praktische Tätigkeit für die Verwirklichung unserer Grundsätze und Forderungen, das ist es, was wir Taktik nennen. Unsere Taktik muß sich gemäß den jeweils geltenden Kampfbedingungen anpassen. Sie muß aber stets grundsätzlich orientiert sein. (Ausehr richtig!) Der Klassenkampf muß gemeinsam geführt werden, von der Unabhängigen Sozialdemokratie, den revolutionären Gewerkschaften und dem proletarischen Räteystem. Die Gewerkschaften, die von der alten Gewerkschaftsbürokratie vom Boden des Klassenkampfes in den Sumpf harmonisierender Arbeitsgemeinschaft geführt worden sind, müssen von innen heraus umgestaltet und wieder in die Front des revolutionären Proletariats zurückgeführt werden. (Lebhafte Beifall.) Das ist eine der unaußschießbaren

wichtigen Aufgaben, die unsere Mitglieder in den Gewerkschaften zu erfüllen haben. Eine ebenso unaufschiebbare wichtige Aufgabe ist der Ausbau der Arbeiterorganisation zur revolutionären Kampforganisation. Auch diese Arbeit muß von unseren Mitgliedern mitgeleistet werden. (Zustimmung.)

In dem Kampfsystem des Proletariats wenden wir alle Kampfmittel an, die uns die moderne Klassenkampflehre bietet. Alle Mittel, die uns als wirksam und erfolgreich im Laufe der Geschichte der Arbeiterbewegung bekannt und vertraut geworden sind. Wir verzichten auf kein Kampfmittel, das sich bewährt hat. Zum wichtigsten Kampfmittel ist die Aktion der Masse geworden. Die Aktion der Masse wird auch das entscheidende Mittel sein. (Lebhafte Beifall.) Zu den Kampfmitteln gehört auch der Parlamentarismus. Das besonders hervorzuheben wäre nicht nötig gewesen, wenn wir in der letzten Zeit nicht in unserer Partei lebhaft Auseinandersetzungen über die Frage Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus gehabt hätten. Es wenig wie dem Marxparlamentarismus huldigen oder uns gar erwidern dürfen, durch den Parlamentarismus zum Sozialismus zu kommen (Ruf: Segeth: Ach toll — Welcher Ruf: Eine Mission!), so wenig dürfen wir aber auch zu inkonsequenten oder anrüchlichen Methoden zurückkehren, die von der mächtigsten geschulten Arbeiterbewegung schon vor mehr als einem Menschenalter überwunden worden sind. Dem revolutionären Sozialdemokraten war der Parlamentarismus nie mehr als ein Kampfmittel neben vielen anderen. Aber heute, wo alles angefaßt wird, ist es angebracht, auch in dieser Frage wieder einmal ins Gedächtnis zurückzurufen, wie Marx sich grundsätzlich zum Parlamentarismus gestellt hat. Es wäre überhaupt für manchen jungen Staatsbürger nutzlos, wenn er nicht nur das kommunistische Manifest und den achtzehnten Brumaire lesen würde. Marx und Engels haben außerdem noch einiges geschrieben, was gerade nicht nebenächlich ist. (Ruf: Sehr gut!) Das allgemeine Wahlrecht bringt die gesamte Bourgeoisie, bringt alle Schichten der bestehenden Klassen zur Herrschaft. Wir ist jetzt die Arbeiterklasse ihre Forderungen und erzwingt zuweilen Unterwerfungen einzelner Interessen in Gesellschaften, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt. Auch die auf diese Weise erzielten Reformen sind Mittel, den Klassenkampf zu unterstützen. Und gerade für die politische Mobilisierung des Proletariats als Klasse, für seine Erweckung und Herausbildung als Kampfkörper hatte der Parlamentarismus besonders zu Beginn der Arbeiterbewegung seine große Bedeutung. Es ist nie darf übersehen werden, daß die Reformen nur Mittel, nicht Zweck des Klassenkampfes sind. Der Zweck ist soziale Revolution. Der Sozialismus als Ziel, das ist das entscheidende Moment, das den sozialrevolutionären Klassenkampf von dem Reformsozialismus, von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Modifikation unterscheidet. Hier dreht es sich um die Frage vom Kleinbürgerlichen oder vom proletarischen Charakter der Arbeiterbewegung. Beachten wir diese Grundsätze, dann werden wir nie dazu kommen zum Parlamentarismus falsch einzuschätzen oder ihn zu übersehen. Wenn das allgemeine Stimmrecht nicht die wunderbare Wunderschöpfung ist, wofür republikanische Weidmänner es angesehen hatten, besitzt es das ungleich höhere Verdienst, den Klassenkampf zu entfesseln, die verschiedenen Mittelschichten der bürgerlichen Gesellschaft — und wie wir heute sagen können, auch die verschiedenen Zellen der Arbeiterklasse — ihre Illusionen und Enttäuschungen rasch durchleben zu lassen, sämtliche Fraktionen der ausbleibenden Klassen — und heute auch die Rechtssozialisten — in einem Sturm auf die Staatshöhe zu schleudern und ihnen so die trügerische Krone ab-

zurücken, während der Senf nur bestimmte Fraktionen der Bourgeoisie sich kompromittieren und die anderen hinter den Vorhang des Verstandes und ja mit dem Heiligenschein der gemeinsamen Opposition umgibt. (Ruf: Sehr richtig!) Haben wir nicht gerade seit dem November 1918 diese Wirkung des Parlamentarismus erlebt, mit ihrem großen Nutzen für die Enttarnung der bürgerlichen und sozialistischen Demokraten und die Zerstörung schädlicher Illusionen innerhalb der Arbeiterklasse? Denken Sie an den Januar, an die Zeit vor den Nationalwahlen. War da nicht in breiten Massen des Volkes, in breiten Schichten der Frauen die Hoffnung und der Glaube an die Wunderkraft der bürgerlichen Demokratie vorhanden? Glaubte man nicht jeden gleichwertigen Worten der Rechtssozialisten: als revolutionäre Haupterzitzungszellen zu müssen die Demokratie, das ist die Nationalversammlung? Wenn Deutschland erst seine Nationalversammlung hat, damit bekommen wir eine Verfassung voller Freiheiten und Rechte, Frieden, Glück und Wohlfahrt, kurz alles, was das Herz begehrt. War es uns damals möglich, gegen die Illusion in den Massen aufzukommen? Wir haben uns heiser gesprochen in großen Volksversammlungen, aber unsere Stimme drang nicht überall hin, überzeugte nicht alle. Die breiten Massen des Volkes haben für eine Nationalversammlung der Rechtssozialisten und Demokraten gewählt, weil sie an deren Versprechungen geglaubt haben.

Über nachdem die Wahl vollzogen war, mußte die Partei der Rechtssozialisten, mußten die bürgerlichen Parteien im Parlament den Beweis dafür erbringen, ob sie ihre Versprechungen wahr machen werden. Die Vertreter unserer Partei zwangen auch die Rechtssozialisten und die bürgerlichen Demokraten, zu den Forderungen der Arbeiter Stellung zu nehmen. Unsere Massen stellen klare Forderungen und Aufträge. Es gab kein Ausweichen, die Rechtssozialisten und die bürgerlichen Demokraten mußten Farbe bekennen und sie mußten sich als das erklären, was sie seit jeher gewesen sind, als Verräter der Revolution. Die Folge ist, daß die Massen von Illusionen befreit werden und sich mehr und mehr von den Hattenfängern abwenden. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr in den Massen Bahn: die Rechtssozialisten und die Demokraten verraten uns! Wir selbst müssen unsere Sache führen und kämpfen bis wir frei sind! Was die schönsten Reden und die besten Artikel nicht vermochten, die Massen von Illusionen zu befreien und sie von Krawatten ab- und aus Gedächtnis herauszubringen, das besorgte gründlich die Nationalversammlung mit ihren Handlungen und Unterlassungsständen. Auch bei Wahlbewegungen ist der Parlamentarismus ein gutes Mittel, die Massen aufzuklären und aufzupolieren. Ferner können Massenaktionen wirksam durch unsere Vertreter im Parlament unterstützt werden, wie ja ihre ganze Arbeit eine Unterstützung des Klassenkampfes ist. Je nach dem jeweiligen Stand des allgemeinen Kampfes wird der Parlamentarismus mehr oder weniger Bedeutung haben. Daß der Parlamentarismus als Kampfmittel nur für die erste große Epoche der Revolution, für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht in Betracht kommt, ist in unserem Aktionsprogramm ungewichtig genug ausgesprochen. Noch eins ist beim Parlamentarismus wichtig für uns. Vor allem in den Gemeinden. Die Arbeit unserer Genossen in den Gemeinden ist Aufklärungsunterricht für sie auf dem Gebiet der Verwaltung. Wir wissen, daß man nicht heute Artikel schreiben und morgen eine Stadt regieren kann, daß man nicht heute an der Gabelstange oder am Schraubstock stehen kann und morgen ohne weiteres fähig ist, in einer Gemeindeverwaltung tätig zu sein. Das will alles gelernt sein. Und wenn wir heute



Arbeitergenossen überall Hineinbringen, um das Getriebe der öffentlichen Verwaltung kennen zu lernen, so ist das gleichzeitig Zukunftsarbeit für uns. Wenn wir in die Lage kommen, eine Verwaltung aus eigener Kraft aufbauen zu müssen, dann wollen wir nicht auf Kapitalisten, Offiziere und andere Feinde der Arbeiterklasse angewiesen oder von ihnen abhängig sein. Wir dürfen keine Gelegenheit versäumen, nur die Kopfe und Handarbeiter für ihre großen geschichtlichen Aufgaben fähig zu machen.

Unser Ziel, die Mittel und Wege zum Ziel, kennen wir. Nun ist es unsere Aufgabe, mit der Massenorganisation und den revolutionären Gewerkschaften die proletarischen Massen zusammenzufassen, zu revolutionieren und in Bewegung zu bringen. Es ist unsere Aufgabe als Partei, der Massenbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und ihr führend voranzuschreiten. Unablässiger Kampf, das ist unsere Pflicht. Schwere Kämpfe liegen hinter uns, schwerere stehen uns bevor. Es mag sein, daß wir noch manche Schlacht verlieren, bevor wir den uns gewiß werdenden entscheidenden Sieg erringen. Wir dürfen durch keinen Sieg übermütig, durch keine Niederlage mutlos werden. Es wäre töricht, nur damit zu rechnen, daß wir über Nacht zur entscheidenden Aktion kommen. Ebenso töricht wäre es, mit einer verhältnismäßig ruhigen längeren Entwicklung des Klassenkampfes zu rechnen. Es gibt nicht nur zwei Möglichkeiten, die wir bei unserer Taktik in Rechnung stellen müssen, es gibt deren viele. Allerlei Komplikationen sind denkbar. Besonders politische oder ökonomische Ereignisse können eintreten und uns zur Lösung von Fragen von entscheidender Bedeutung veranlassen. Wir müssen die Taktik einschlagen, daß wir dauernd aktiv sind und müssen Vorkehrungen treffen, daß wir zu jeder Stunde bereit sind (Sehr richtig!), die letzte Schlacht zu schlagen und die politische Macht zu übernehmen. (Sehr richtig!)

So wollen wir ohne Schwanken und Zaudern, voll Kraft und Energie das höchste Ziel erstreben: die Diktatur des Proletariats. Und dann von dieser Position aus zur Verwirklichung des Sozialismus übergehend, kämpfen ohne Unterlaß. Laßt uns unser Sturmbanner entrollen und den kämpfenden Massen vorantragen. Keine Mühe darf uns zu schwer, kein Opfer zu groß sein. In uns allen ist der revolutionäre Sozialismus zur lebendigen vorwärtstreibenden Kraft geworden. In uns allen lebt unausrottbar die Siegesgewißheit. Wir sind stolz auf die historische Mission, die wir als Arbeiterklasse zu erfüllen haben. Wir sind kühn genug, den Kampf gegen alle Feinde der unterdrückten Menschheit aufzunehmen und führen uns stark genug, alle unsere Feinde in den Staub zu zwingen. Von der Dummheit nicht verstanden, von der Gemeinheit gehaßt, von der Niedertracht verfolgt und gehetzt, von der Brutalität mit Gewalt bedroht, spotten wir aller Verfolgungen, trotzen wir allen Stürmen, schlagen wir alle Feinde, holen wir uns unsere Macht und unseren Sieg! (Langer, kürzlicher Beifall.)

Anhang.

1. Schlußwort Crispin.

Parteilogenossen und Parteigenossen! Es sind sachliche Vorschläge, die so gut wie gar nicht beantragt worden, so daß ich mich kurz fassen kann. Wenn verlangt wird, in das Aktionsprogramm aufzunehmen, daß die Bergesellschaftung grundsätzlich ohne Entschädigung erfolgen soll, so mache ich darauf aufmerksam, daß ich schon mitgeteilt habe, daß eine Reihe von Kommissionen an der Arbeit sind, die über alle solche Einzelheiten noch bestimmte Richtlinien ausarbeiten, und auch über die Frage der Entschädigung bei der Bergesellschaftung wird eine Ausarbeitung vorgelegt werden. Dann kann diese Frage in allen ihren Einzelheiten und Konsequenzen geprüft werden. Ich möchte ferner bitten, das Wort, daß wir auch das parlamentarische Kampfmittel gebrauchen, im Programm stehen zu lassen, und zwar, damit wir nach dem Parteitag nicht der Gefahr ausgesetzt werden, neue Auslegungen und neue unfruchtbare Debatten über unsere Stellung zum Parlamentarismus zu bekommen. (Zurufe: Sehr richtig!) Auf unserem Parteitag hat sich nicht ein einziger Genosse gegen den Parlamentarismus erklärt. Deshalb brauchen wir uns auch nicht zu genieren, das im Programm auszusprechen. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir erklären ebendrin ausdrücklich in dem vorliegenden Programm, daß zum vornehmsten Kampfmittel die Aktion der Massen gehört. Unser Programm soll klar und entschieden ausdrücken, daß wir den Mut haben, uns ohne jeden Rückhalt, ohne jede Zweideutigkeit, zum wissenschaftlichen Sozialismus zu bekennen! Das verlangt unser Programm. Ich möchte unsere Freunde darüber aussprechen, daß wir uns auf dem Boden unseres Programms einzig sind mit der Arbeiterorganisation und mit unseren Genossen, die in der Gewerkschaftsbewegung in unserem Sinne wirken. Das Programm hat gewissermaßen schon in der Debatte hier auf dem Parteitag seine Feuerprobe bestanden. Wir werden, wenn das Programm angenommen wird, das wahr machen können, was wir darin aussprechen: daß wir der proletarischen Bewegung Inhalt, Richtung und Ziel geben, daß wir Führer und Wortredner sein werden im Kampfe, den das Proletariat gegen die kapitalistische Gesellschaft führt. Wenn der Parteitag durch die Erkenntnis zum Bewusstsein für den wissenschaftlichen Sozialismus gekommen sein wird, dann wird es Aufgabe aller Genossen und Genossinnen sein, dafür einzutreten, daß nach dem Parteitag unser Programm zur Tat wird.

Wenn 1789 und 1848 die Arbeiter für die Bourgeoisie gekämpft haben, so leben wir heute, 1919, in jener geschichtlichen Epoche, wo das Proletariat gegen die Bourgeoisie, gegen alle Klassen und Parteien, die sich ihm entgegenstellen, für seine eigene Befreiung kämpft. Die Monarchie ist in Deutschland gestürzt. Die Republik der Bourgeoisie ist errichtet. Aber das wollen wir aus-

sprechen: Sollte es irgendetwas gelingen, die Kronen und Szepter vom Pflaster aufzulösen, um sie in Deutschland zu neuem Glanze zu erheben, dann wird das Proletariat keinen Augenblick zögern, geschlossen auf dem Plan zu erscheinen. (Lebhafte Beifall.) Wir stehen für unsere Sache. Wir wissen, daß die Bourgeoisie, das Junkertum, die Reaktion die Waffen hat; aber eins kann uns keine Gewalt nehmen, das ist unsere Arbeitskraft, und wird die Reaktion ihr Haupt erheben, so wird der Massenstreik durch die Lande gehen als Einleitung für den Kampf, den das Proletariat dann gegen die gesamte Reaktion aufnimmt. Das erklären wir hier sichtlich und einfach als proletarische Partei, als Führerin der Bedrückten, ohne uns zu rühmen: Wir sind unter allen Umständen zur Abwehr entschlossen, wir sind zum Kampfe bereit für den Sozialismus, für die Menschheit. (Stürmischer Beifall.)

2. Bericht der Redaktionskommission für das Aktionsprogramm.

Genossinnen und Genossen! Schon die Tatsache, daß der Parteitag eine Redaktionskommission eingesetzt hat, hat die Aufgaben dieser Kommission so bestimmt begrenzt, daß sie ihre Arbeiten nicht erledigen konnte. Wir haben die Anträge, die noch während der Verhandlungen gestellt wurden, geprüft und, soweit sie Verbesserungen enthielten, in redaktioneller Hinsicht berücksichtigt. Die beiden Anträge, Nummer 134 und 135, über Schul- und Erziehungsfragen und über die Frage der Entschädigung bei der Vergesellschaftung bitten wir den in Betracht kommenden Kommissionen zu überweisen. Alle übrigen Anträge, soweit sie nicht bei der redaktionellen Verbesserung unseres Programms berücksichtigt sind, halten wir dann, wenn das Aktionsprogramm angenommen wird, für erledigt.

Es sind folgende redaktionelle Änderungen vorgenommen: In Absatz 4 ist in der letzten Zeile gestrichen worden der Ausdruck „In den Betriebsträgen“. Dann ist ferner unter den mit Nummern versehenen Absätzen bei Punkt 3 ein Druckfehler berichtigt worden. Dort muß es nicht „Grundbesitz“ heißen, sondern „Großgrundbesitz“. In Punkt 4 ist hinter den Worten „In den Städten“ eingefügt worden „und vorwiegend industriellen Gemeinden“ und im selben Absatz in der letzten Zeile gestrichen worden: „Auf eigene Rechnung“, weil darüber näheres in unserem Kommunalprogramm gesagt wird. In Punkt 9 haben wir in der vorletzten Zeile statt des Wortes „Allgemeinheit“ das klarere Wort „Proletariat“ gewählt.

Weiter haben wir in dem dritten Absatz hinter der Forderung 14, wo es heißt, daß wir uns aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel bedienen, zwischen den Worten „das vornehmste Kampfmittel“ noch eingefügt und entziehende“, damit der Parlamentarismus nicht eine größere Bedeutung bekommt, als wir ihm zuerkennen können. Wir haben also dem in Betracht kommenden Satz die Fassung gegeben: „das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse“. Den nächsten Satz, der mit dem Wort „Sie“ beginnt, würde ich so zu beginnen bitten, daß wir sagen: „Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei“, weil das stilistisch besser ist. Ich glaube, daß der Parteitag damit einverstanden ist.

Damit ist das Aktionsprogramm endgültig formuliert, und ich bitte nun den Parteitag, dies Programm, wenn irgend möglich, einstimmig anzunehmen.

3. Endgültige Formulierung des beschlossenen Aktionsprogramms.

Die proletarische Revolution hat zwei große Epochen: den Kampf um die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegenstände untereinander, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern gleich. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert also den internationalen Zusammenschluß und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der ganzen Welt. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Dem imperialistischen Kapitalismus steht das Klassenbewußte Proletariat aller Länder den internationalen Sozialismus entgegen.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat leitet die Befreiung der Arbeiterklasse ein. Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umgestaltet sind, und des revolutionären Räte-systems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenschließt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei steht auf dem Boden des Räte-systems. Sie unterstützt alle Bestrebungen, die Räteorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihr alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen und sie zu führen für die Diktatur des Proletariats.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmert. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats. Sie vereinen in sich Gesetzgebung und Verwaltung. Ihre Wirksamkeit bedeutet die Umwandlung und Neugestaltung des kapitalistischen staatlichen Verwaltungsapparates, einschließlich der Gemeinden; sie bedeutet aber auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse und ihren Zusammenschluß zwecks Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt der Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grund-lage des revolutionären Räte-systems entgegen, dem bürgerlichen Parlament, als dem Werkzeug des Machtwillens der Bourgeoisie, den revolutionären Räte-longstreik, die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie in die planmäßige sozialistische Wirtschaft erfolgt durch das wirtschaftliche Räte-system.

Zur Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Auflösung jedes imperialistischen Erbvertrages, Auflösung aller militärischen Bündnisse und Kolonialverträge, Zurücknahme der

und Jura, Technische Nothilfe, Polizeitruppen, Entlohnung des Bürgertums und der Grundbesitzer. Errichtung einer revolutionären Wehr.

2. Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Verstaatlichung ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswezens, sowie anderer hochentwickelter Industrien.

3. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Vereinfachung aller wirthschaftlichen und wirtschastlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Weidland.

4. In den Städten und vorwiegend industriellen Gemeinden ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeindegut zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen.

5. Planmäßige Regelung des Ernährungswesens.

6. Verstaatlichung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Verstaatlichung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Öffentliche Erziehung mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

8. Erklärung der Religion zur Privatsache. Willkürige Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu reinen Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen.

9. Sozialistische Steuerpolitik, durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer zur Deckung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Proletarier den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

10. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

11. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeigen- und Werbewesen und Übertragung an die Kommunalverbände.

12. Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

13. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern. Sofortige Aushmung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken.

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Befreiung aller Massen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erreichung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Rätesystem. In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch das Rätesystem in

seinem tiefsten Sinn zur höchsten Geltung. Der tiefste Sinn des Rätesystems ist, daß die Arbeiter, die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur, auch die verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt gewalttames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und dem revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung der proletarischen Massen, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstrebt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären aktionsfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

Nur durch die proletarische Revolution kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
1. Weder neo-sozialistisch noch anarchistisch, sondern marxistisch-sozialistisch	3
2. Die Pläne der deutschen Imperialisten	3
3. Der Völkerbund der Kapitalisten und der Völkerbund der Sozialisten	13
4. Durch wissenschaftlichen Sozialismus zur Erkenntnis	16
5. Was ist uns das Programm?	18
6. Das kommunistische Manifest	19
7. Offenes Antwortschreiben	23
8. Programm des Verbandes der deutschen Arbeitervereine	29
Programm der Internationalen Arbeiterassoziation 1864	30
9. Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869	32
10. Programm der Sozialdemokratischen Partei 1875	36
11. Das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutsch- lands 1891	41
12. Programmatische Rundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1919	49
13. Vorschläge für ein neues Programm	64
14. Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	68
15. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht	68
16. Kapitalistische Diktatur — proletarische Diktatur. Bürgerliche Demo- kratie — sozialistische Demokratie	64
17. Das Räte-system als Grundlage der Diktatur des Proletariats	71
18. Wann und wie kann der Sozialismus verteidigt werden?	72
19. Das Räte-system als Grundlage für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft	75
20. Kampfmittel und Taktik — Parlamentarismus	77
Inhalt.	
Schlußwort zur Debatte auf dem Parteitag	81
Bericht der Redaktionskommission	82
Endgültige Formulierung des beschlossenen Aktionsprogramms	83
Inhaltsverzeichnis	86